

UNTERBEZIRK
BREMEN-STADT

SPD

Jahresbericht 2012/2013

SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahresbericht 2012/2013
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt

Impressum:

SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt

Vorsitzende: Uta Kummer (V. i. S. d. P.)

Obernstr. 39-43, 28195 Bremen
Telefon: 0421/35 0 18 14; Fax: 0421/35 0 18 24
E-Mail: ub-bremen-stadt@spd.de
www.spd-bremen-stadt.de

März 2014

© SPD Unterbezirk Bremen-Stadt

Inhalt

Gedenken

Mitglieder in den Gremien des Unterbezirks **Seite 7**

Mitglieder in den Gremien der Landesorganisation **Seite 8**

Rechenschaftsbericht des Vorstandes

Politischer Bericht **Seiten 9-14**

Bericht des Wahlkampfbeauftragten **Seite 15**

Terminbericht **Seiten 16-20**

Kassenbericht **Seite 21**

Rechenschaftsbericht 2012 **Seiten 22-24**

Rechenschaftsbericht 2013 **Seiten 25-27**

Mitgliederentwicklung 2012/2013 **Seiten 28-29**

Einzelberichte

**Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD
(Jusos)** **Seiten 30-31**

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) **Seite 31**

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) **Seite 32-33**

AG 60 plus **Seite 34-36**

Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bau und Umwelt **Seite 37**

Arbeitskreis Wirtschaft und Gewerbe **Seite 38**

Arbeitskreis Soziales **Seite 38**

Forum Sozialpolitik **Seite 39**

Arbeitskreis Christinnen und Christen **Seite 40**

Arbeitskreis Netzpolitik **Seite 41**

Sozialdemokratischer Arbeitskreis für interkulturelle Zusammenarbeit (SAIZ) **Seiten 41-42**

Innerparteiliche Bildungsarbeit **Seiten 42-43**

Beschlussverfolgung

Beschlussbericht **Seiten 44-100**

Gedenken

Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt hat in den Jahren 2012/2013 viele Mitglieder durch den Tod verloren.

Aus der großen Zahl der verstorbenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seien hier stellvertretend genannt:

Dieter Schüler

Claus Dittbrenner

Otto Fichtner

Edith Jann

Ilse Kaisen

Ursel Kerstein

Waldemar Klischies

Willi Klukas

Anneliese Leinemann

Renate Möbius

Gerhard Otwiaska

Georg Reichelt

Hans Rost

Andre Schulz

Thilo Böschen

Hermann Stichweh

Wir sind ihnen und allen verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung bei der Verwirklichung unserer politischen Ziele zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Mitglieder in den Gremien des Unterbezirks (aktuell)

Unterbezirksvorstand:

Vorsitzende:	Uta Kummer
Stellvertreter:	Hannes Grosch
Kassiererin:	Melanie Kennard
Schriftführer:	Karl Bronke
Beisitzerinnen/Beisitzer:	Dieter Adam Sanem Güngör Ekkehard Grimm Brigitte Grziwa-Pohlmann Nils Kuhlmann Sabine Metschies Steffen Niehaus
Revision:	Heidi Locke Jürgen Maly Sabine Wohlers

Schiedskommission:

Vorsitzender:	Hans Alexy
Stellvertreterin/Stellvertreter:	Kadriye Pile Horst Isola
Beisitzerinnen/Beisitzer:	Elke Dittmar Hans-Herbert Haase Arnold Knigge Susanne Meister

Mitglieder des Unterbezirks Bremen-Stadt in den Gremien der Landesorganisation (aktuell)

Landesvorstand

Landesvorsitzender: Dieter Reinken

Stellvertretende Vorsitzende: Sarah Ryglewski

Landesschatzmeisterin: Petra Krümpfer

Beisitzerinnen/Beisitzer:
Rolf Prigge
Catharina Hanke
Mustafa Güngör
Rainer Hamann
Lena Weber
Nicoletta Witt

Revision:
Jens Görtz
Ingrid Osterhorn

Schiedskommission

Vorsitzender: Thomas von der Vring

Stellvertretender Vorsitzender: Hans-Christoph Hoppensack

Beisitzerinnen/Beisitzer:
Manfred Broda
Larissa Krümpfer

Rechenschaftsbericht des Vorstandes

Im vergangenen Jahr feierte die SPD ihren 150. Geburtstag. Der Vorstand des Unterbezirks Bremen-Stadt mit mir als Vorsitzende hat diesen langen Weg zwei kurze Jahre für die stadtbremischen Genossinnen und Genossen begleiten dürfen und es euch und uns ermöglicht, ein Stück dieses Weges mitzugestalten.

Politischer Bericht

Der Unterbezirk hat in den letzten beiden Jahren verschiedene politische Themen bearbeitet:

Als erstes wichtiges Thema haben wir uns mit der Frage **bezahlbaren Wohnraums** beschäftigt. Dieses in der Landesverfassung festgeschriebene Recht auf angemessenen Wohnraum ist für den sozialen Zusammenhalt existenziell. Ohne Gegensteuerungsmaßnahmen ausschließlich auf das „freie Spiel der Marktkräfte“ zu setzen, drohte auch für Bremen eine tiefe Spaltung der Stadt in gute und schlechte Stadtteile und Wohnungsnot für Menschen mit keinem und geringerem Einkommen.

Wir haben drei gut besuchte öffentliche Veranstaltungen mit externen und eigenen Expertinnen und Experten organisiert. Die Erkenntnisse daraus sind u. a. in einen Antrag eingeflossen, der auf dem Unterbezirksparteitag im November 2012 beraten und beschlossen wurde

„A8/2012 Sozialdemokratische Wohnungspolitik“. Das Thema steht in der Politik von Senat und Bürgerschaftsfraktionen laufend weit oben auf der Tagesordnung. In einem „Bündnis für Wohnen“ werden zusammen mit Akteurinnen und Akteuren aus der Wohnungswirtschaft Wege aus der Wohnungsknappheit erarbeitet. Als wesentlicher Baustein ist hier ein Wohnraumförderungsprogramm für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen zu nennen, das von Senat und Bürgerschaft in 2012 auf den Weg gebracht wurde. Auch wird das Wohnungsangebot insgesamt durch die Ausweisung diverser neuer Wohnbauflächen erhöht. Die Diskussionen im Bundestagswahlkampf und den darauf folgenden Koalitionsverhandlungen haben gezeigt, dass Wohnen ein Thema ist, welches den Menschen unter den Nägeln brennt. Die Umsetzung der Programmatik wird laufend vom Unterbezirksvorstand und seinem Arbeitskreis Stadtentwicklung begleitet (siehe auch Beschlussbericht). Insgesamt müssen nach unserer Ansicht noch weitere Anstrengungen unternommen werden, um das politische Ziel der angemessenen Wohnungsversorgung für alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Dies gilt umso mehr mit der anhaltenden und verstärkten Zuwanderung.

Auf der Tagesordnung steht ebenfalls laufend die **Betreuung und Förderung unserer Kinder** im U3- und Elementarbereich. Chancengleichheit von Anfang an ist ein Kernpunkt des sozialen Zusammenhaltes unserer Stadtgesellschaft. Hier verweise ich auf den ausführlichen Bericht des AK Soziales. Unter der Federführung von Brigitte Grziwa-Pohlmann hat er zwei wichtige Anträge erarbeitet: auf dem Parteitag im November 2012: *„A7 2012 Versorgung von Unterdreijährigen sicherstellen“*. Sowie auf dem Parteitag im März 2014: *„Alle Kinder fördern – Kinderbetreuung weiter ausbauen“*.

Ebenfalls unerlässlich für sozialdemokratische Politik ist das Thema **Bildung**. „Bildung ist der Schlüssel zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben, zu Beschäftigung und Innovation. Bildung ist ein Schlüssel für die Entfaltung der Persönlichkeit und eine wichtige Voraussetzung dafür, das eigene Leben zu gestalten.“ So steht es im rot-grünen Koalitionsvertrag dieser Legislaturperiode. Im Sommer und Herbst 2012 stand das Thema leider laufend auf der Tagesordnung eines Koalitionsausschusses, da die finanziellen Rahmenbedingungen für die zitierten Sätze geklärt werden mussten. Ich habe als Unterbezirksvorsitzende an den Vorbereitungen des Koalitionsausschusses seitens der SPD teilge-

nommen und regelmäßig mit dem Vorstand rückgekoppelt. Der Koalitionsausschuss konnte am Ende zwar positive Ergebnisse erzielen, leider trat jedoch in der Folge Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper einen Tag vor unserem Parteitag im November 2012 zurück. Das hatte natürlich Einfluss auf den Ablauf des Parteitages zum einen (Bürgermeister Jens Böhrnsen berichtete den Delegierten aktuell von den Ereignissen), zum anderen nahmen wir im Vorstand uns das Thema Bildung als Arbeitsvorhaben für die nächsten Wochen vor. Im März 2013 organisierten wir eine öffentliche Bildungskonferenz mit der inzwischen neu gewählten Senatorin Eva Quante-Brandt. Hier diskutierten wir mit den gut 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die sozialdemokratischen Kernpunkte von Bildungspolitik in Bremen. Die Ergebnisse der Konferenz flossen ein in einen Antrag für den Parteitag im April 2013: „*A3 2013 Gute Schule für alle*“. In den beschlossenen Haushalten 2014/15 konnten die maßgeblichen Punkte des Antrages angemessen finanziert werden. Die bisherigen Schwerpunktmittel konnten inzwischen größtenteils in den Eckwerten verstetigt werden. Hervorzuheben ist die, auf Initiative der SPD-Bürgerschaftsfraktion, beschlossene Fortsetzung und Ausweitung des Ganztagschulprogramms (siehe auch Beschlussbericht).

Gleichzeitig mit den Beratungen über die Eckwerte der Haushaltsentwürfe 2014/15 haben wir uns in die Diskussion über die **Investitionspolitik** des Senates eingemischt. In einem Antrag für den Parteitag im April 2013: „*A1 2013 Verlässliche Investitionspolitik für die öffentliche Infrastruktur*“ fordern wir eine den Aufgaben der Daseinsvorsorge angemessene mittel- und langfristige Investitionspolitik. Der Antrag wurde auch auf dem folgenden Landesparteitag beschlossen. Die Forderungen gingen ein in die Haushaltsbeschlüsse der Bürgerschaft. Wir halten die Planungen allerdings noch nicht für ausreichend. Als Beispiel dafür möge die unzureichende Prioritätensetzung der Bädersanierung gelten.

Im April 2013 gründete der Unterbezirksvorstand ein Themenforum Sozialpolitik auf Initiative von Petra Kodre, Karl Bronke und Joachim Schuster. Dieses Instrument wurde im Zuge der Parteireform der Bundespartei entwickelt. Im Forum wurde zuerst das Thema **Pflegepolitik** beraten. Auch hier verweise ich auf den ausführlichen Bericht des Forums. Das Forum erarbeitete einen Antrag für den Parteitag im November 2013: „*A14 2013 Für eine gute Pflege in öffentlicher Verantwortung*“. Aktuell berät das Forum als Ergebnis des Antrages der Jusos zum Parteitag im November 2013 „*A20 2013 Für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik in Bremen*“.

Zusätzlich haben wir auf Initiative aus den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften weitere Themenfelder aufgenommen, wie bspw. das Thema Bahnlärm aus den Ortsvereinen Peterswerder/Steintor, Walle und Findorff „*A1 2012*“, die Entwicklung der Innenstadt „*A10 2012*“ aus dem Ortsverein Altstadt mit einer öffentlichen Veranstaltung dazu, Diskussionen um die Entwicklung der Jacobs University von den Jusos „*A24 2012*“, zur Umstrukturierung der Polizeireviere aus dem Ortsverein Woltmershausen „*A23 2012*“ oder die Erarbeitung eines abfallwirtschaftlichen Standortkonzeptes aus den Ortsvereinen Hastedt, Hemelingen und Arbergen/Mahndorf „*A10 2013*“.

Sicher haben wir nicht alle politisch wichtigen Themen gleichermaßen zufriedenstellend bearbeiten können. Zum Beispiel sind die Themen Verkehrs- und Innenpolitik meines Erachtens in den letzten zwei Jahren etwas zu kurz gekommen. Das liegt zum einen auch daran, dass in der Arbeitsteilung mit der Landesorganisation einige stadtpolitische Themen auch dort bearbeitet werden (Rekommunalisierung, Energie, Krankenhäuser). Zum anderen fehlt manchmal schlicht Zeit, Man- und Womenpower und Kraft, um weitere Themenfelder angemessen zu bearbeiten. Ich meine aber, dass der Vorstand in der Bearbeitung der oben aufgeführten prioritären Politikfelder die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat.

In den zwei Jahren haben wir mehrere öffentliche Veranstaltungen unter unsrer eingeführten Dachmarke Dialog Stadt durchgeführt, alle diese Themen umfassend beraten und vorbereitet und auch

öffentlich gemacht. Zusammenfassend glaube ich damit sagen zu können, dass der Vorstand mit der Bearbeitung dieser Themen seinem Anspruch, den Unterbezirk als größte parteipolitische Organisation in Bremen unterhalb der Landesebene in den kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen der Stadt zu stärken und sichtbar zu machen, gerecht wurde.

Bundestagswahlkampf und Koalitionsverhandlungen

Ab dem Sommer 2013 spielte natürlich der **Bundestagswahlkampf** eine dominierende Rolle in der Arbeit des Unterbezirks und der Gliederungen. Wir haben in Bremen insgesamt einen engagierten Wahlkampf geführt, für den ich mich im Namen des Vorstandes bei allen ganz herzlich bedanken will. Ich möchte mich hier nicht ausführlich äußern und auf den Bericht unsres Wahlkampfbeauftragten Joachim Schuster verweisen. Joachim möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für sein Engagement danken.

Insgesamt hat es leider nicht gereicht für einen rot-grünen Politikwechsel. Nach der Wahl hat sich die SPD deshalb auf den beschwerlichen Weg von Sondierungs- und dann in Koalitionsgespräche mit der CDU/CSU begeben müssen. Wie es der Zufall wollte, lag der Entwurf des Koalitionsvertrages genau am Tage unseres Parteitages am 27. November 2013 vor, sodass wir wieder einmal kurzfristig den Ablauf des Parteitages umorganisieren mussten: Bürgermeister Jens Böhrnsen hat die Delegierten als Mitglied der Verhandlungsdelegation zeitnah über die Ergebnisse der Verhandlungen informiert. Und wir haben den Delegierten ad hoc 200 druckfrische Exemplare des Entwurfes zur Verfügung stellen können.

In der folgenden Diskussion um den Vertragsentwurf hat die SPD aber dann wieder gezeigt, dass mit der alten Tante noch zu rechnen ist: Im Rahmen einer bisher beispiellosen Befragung aller Mitglieder über den Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU haben viele tausende Genossinnen und Genossen diskutiert, gestritten und abgestimmt, am Ende für die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU. Der Unterbezirk hat sich (nach dem Parteitag) mit einer Veranstaltung zur Befragung an der Diskussion beteiligt. Auch hier möchte ich mich für das faire und engagierte Mittun aller Beteiligten ganz herzlich bedanken. Nun gilt es, das Erreichte umzusetzen und zu begleiten. Und natürlich weiter an einem Politikwechsel zu arbeiten.

Organisationsbericht

Gleichzeitig zu der politischen Arbeit haben wir wichtige strukturelle und organisatorische Fragen des Parteilebens auf dem Zettel gehabt.

Wir haben das **Protokollwesen und die Beschlussnachverfolgung** neu strukturiert. Wir haben die **Kassenführung und Wirtschaftsplanung** neu aufgestellt und die Kritikpunkte aus der Revision 2010/11 aufgenommen, siehe auch Kassenbericht. Wir haben eine neue **Internetseite**. Wir sind bei **Facebook** vertreten. Bis zur Aufstellung der neuen Seiten hat uns noch Klaus-Dieter Wenger als Internetbeauftragter unterstützt, dem ich an dieser Stelle noch einmal für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement in dieser Sache danken möchte. Wir haben versucht, die **Zusammenarbeit mit den Beiratsfraktionen** und der Gesamtbeirätekonzferenz neu aufzustellen. Wir haben zwei sehr positiv aufgenommene **Neumitgliedstreffen** durchgeführt. Wir haben wieder einen **Tag der Ortsvereine** durchgeführt. Wir haben innerhalb der **innerparteilichen Bildungsarbeit** ein Beiräteseminar in einer Tagungsstätte in Aurich vorbereitet, das dann aber leider wegen zu geringer Anmeldezahlen nicht stattfinden konnte. Auch gab es wieder ein strukturiertes Bildungsprogramm, das der Ortsverein Gartenstadt-Vahr für den Unterbezirksvorstand vorbereitet und durchgeführt hat (siehe Bericht dazu). Dem Vorsitzenden des Ortsvereins, Gerd Markus, sei an dieser Stelle für seinen ehrenamtlichen Einsatz ge-

dankt. Auch werden wir ab März 2014 das sehr erfolgreiche **Mentoringprogramm** auf Beiratsebene aus dem Jahr 2010 wiederholen.

Wir haben neun Mal zu **Ortsvereinsvorsitzendenkonferenzen** zu wichtigen, hauptsächlich organisatorischen Fragen, insbesondere im Bundestagswahlkampf eingeladen. Diese Treffen waren für uns sehr wichtig, da wir es auch als Aufgabe des Unterbezirksvorstands ansehen, die Verbindung zwischen den ehrenamtlichen „Basis“gliederungen und den eher professionell agierenden Gliederungen und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in Fraktion und Senat zu halten und herzustellen.

Mit den **Arbeitsgemeinschaften** der Jusos, AG 60 plus, AfA und ASF haben wir u. a. durch regelmäßige Teilnahme ihrer jeweiligen Vorsitzenden an unseren Vorstandssitzungen Kontakt gehalten. Alle vier großen Arbeitsgemeinschaften haben inzwischen auf Unterbezirksebene vom Delegierten- auf das Mitgliederprinzip umgestellt. Inzwischen konnte auch die Frage der Finanzierung der Arbeitsgemeinschaften auf Unterbezirksebene für alle Beteiligten einigermaßen befriedigend gelöst werden: Die Arbeitsgemeinschaften erhalten ein gewisses Grundbudget zur freien Verfügung, die Grundstruktur der Arbeit (Mitgliedsversammlung und Vorstandsarbeit) wird vom Unterbezirk finanziert. Zu der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und der verschiedenen **Arbeitskreise** (Stadtentwicklung, Soziales, Christinnen und Christen, Netzpolitik, SAIZ) des Unterbezirks siehe separate Berichte.

Die Gesamtmitgliedschaft im Unterbezirk haben wir zwei Mal im Jahr mit einem **Rundbrief** informiert.

Vorstandssitzungen fanden regelmäßig vierzehntägig (außer in den Ferien) statt.

Parteitage fanden zwei Mal im Jahr, also insgesamt vier Mal statt. Aus den Gliederungen wurden insgesamt über 50 Anträge zur Beschlussfassung gestellt, davon vom Vorstand acht. Nach anfänglichen „Holprigkeiten“ haben wir nunmehr den Parteitagsablauf so organisiert, dass alle Beteiligten damit zufrieden sein können. An dieser Stelle möchte ich mich auch noch einmal bei den Ortsvereinen aus dem Nordosten bedanken, die mit ihrer konstruktiven Kritik zu diesem Gelingen beigetragen haben. Dies findet sich in der neuen **Geschäftsordnung** wieder, die wir als „A13 2013“ auf dem Parteitag im November 2013 beschlossen haben.

An dieser Stelle sei etwas ausführlicher eingegangen auf das wichtigste organisationspolitische Arbeitsvorhaben dieser Wahlperiode: Wir haben eine **neue Satzung!** Die neue Satzung war zum einen aus Altersgründen notwendig (die alte stammt aus dem Jahr 1996). Auch hatte es im Zuge der Parteireform diverse übergeordnete Änderungen auf Bundesebene gegeben, die sich in der Unterbezirkssatzung nicht widerspiegelten. Zum anderen war es erforderlich, mit den Bestimmungen zu Kandidatinnen- und Kandidatenaufstellungen zu den Bürgerschafts- und Beirätelisten auf das neue personalisierte Wahlrecht zu antworten. Die Landesorganisation hatte Ende April 2013 in ihrer Satzung und Richtlinie rahmensetzende Vorgaben verabschiedet. Dies musste nun auf Unterbezirksebene nachvollzogen, ausgefüllt und ergänzt werden. Die Federführung für dieses ehrgeizige Vorhaben hatte für den Vorstand Karl Bronke inne. Er hat den Diskussionsprozess so breit, transparent und nachvollziehbar vorbereitet, dass (wie vom Parteitag gefordert) jedes Mitglied sich daran beteiligen und informieren konnte. Wir haben in mehreren Vorstandssitzungen, zwei parteioffenen Arbeitsgruppen und einer Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz ausführlich und auch kontrovers gestritten und am Ende auf dem Parteitag im November 2013 die neue Satzung als „A12 2013“ mit großer Mehrheit beschlossen. Im Ergebnis haben wir eine entschlackte und zeitgemäße Satzung, mit der wir uns für die bevorstehende Listenaufstellung gut gerüstet fühlen.

Zur **Mitgliederentwicklung** möchte ich auf den diesbezüglichen Bericht hinweisen. An dieser Stelle sei nur die Mitgliedszahl erwähnt: Wir sind mit ca. 3100 Mitgliedern der mit Abstand größte Unter-

bezirk der Landesorganisation Bremen, stellen damit gut zwei Drittel der Mitglieder. Auf einem solidarischem Miteinander mit den beiden anderen Unterbezirken hat die reine Größe allerdings keinen Einfluss. Als Beispiel möge der unterbezirksübergreifende Arbeitskreis Stadtentwicklung dienen, aber ganz besonders der gemeinsame Wahlkampf im Wahlkreis von Uwe Beckmeyer.

Der Unterbezirksvorstand hat in dieser Wahlperiode zwei Ortsvereinsneuabgrenzungen vorgenommen: aus den Ortsvereinen Altstadt und Mitte wurde der Ortsverein Altstadt/Mitte, aus den Ortsvereinen Grolland und Huchting der Ortsverein Huchting/Grolland. Nunmehr haben wir im Unterbezirkbereich 29 Ortsvereine.

Zur **finanziellen Lage**, die insgesamt als solide zu bezeichnen ist, verweise ich auf den Kassenbericht der Kassiererin.

Die **Unterbezirksschiedskommission** brauchte glücklicherweise nicht tagen. Lediglich im Parteiordnungsverfahren gegen Martin Korol war der Unterbezirksvorstand als Beigladener mit Karl Bronke vertreten.

Bei aller Arbeit kam auch das kulturelle Miteinander nicht zu kurz: Unser jährliches **Sommerfest** hat inzwischen schon fast Tradition, ebenso die gemeinsame **Kohlfahrt** im Winter, bei der uns Susanne Kröhl immer wieder ausgesprochen lecker auf dem Campingplatz am Stadtwaldsee bekocht. Außerdem haben wir mit Unterstützung von Kulturstaatsrätin Carmen Emigholz drei sehr gut besuchte **Ausstellungsführungen** in der Kunsthalle und im Focke-Museum angeboten.

Im **Unterbezirksbüro** selbst haben wir einen personellen Wechsel unserer halben Stelle vollziehen müssen. Der Zeitvertrag von Gerald Wagner konnte nicht verlängert werden. Seit dem 1. September 2012 unterstützt uns nunmehr Wolfgang Arnhold, der vorher für die Landesorganisation tätig war. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Gerald und bei Wolfgang für ihre Arbeit bedanken. Es ist „nur“ eine halbe Stelle, aber Ihr seid immer bereit gewesen, uns auch darüber hinaus und zu „unchristlichen“ Zeiten, die unser Ehrenamt nun mal so mit sich bringt, zu unterstützen. Ohne diesen Rückhalt im Hintergrund hätten wir all das, was ich hier beschreibe, nicht leisten können. Auch möchte ich mich hier beim Landesbüro, besonders bei Roland Pahl bedanken, der uns bei schwierigen organisatorischen, Kassen- und Satzungsfragen immer bereitwillig mit Rat und Tat zu Seite gestanden hat.

Insgesamt möchte ich für den Vorstand feststellen, dass die derzeitige Arbeitsorganisation im Landes- und Unterbezirksbüro zwar für uns ehrenamtliche Vorstände des Unterbezirks mit einer halben Stelle ziemlich knapp bemessen ist, aber die Gesamtzusammenarbeit doch eine angemessene politische Arbeit sicherstellt. Ob sich das bei höheren Anforderungen an Beteiligung, Ortsvereinsunterstützung und Wahlkampfführung auch in Zukunft sagen lässt, wird die Entwicklung zeigen.

Schlechte Zeiten hat es leider auch gegeben: Ende Oktober 2012 wurde der langjährige stellvertretende Unterbezirksvorsitzende Frank Schmitz verhaftet. Die Nachricht hat uns alle geschockt und wir haben einige Zeit gebraucht, um das zu verarbeiten. Er hat kurz darauf seine Mitgliedschaft ruhen lassen und alle seine Ämter niedergelegt. Rückblickend glaube ich aber sagen zu können, dass wir hier einerseits emotional aber andererseits dem Ereignis angemessen miteinander umgegangen sind. Insbesondere möchte ich hier den Ortsverein Findorff erwähnen, aber auch das Landesbüro, was mich auf den sehr anstrengenden Medienansturm bestmöglich vorbereitet hat.

Wir haben inzwischen im April 2013 mit Hannes Grosch einen neuen stellvertretenden Unterbezirksvorsitzenden gewählt. In der Zwischenzeit hat mich Melanie Kennard als kommissarische stellvertretende Vorsitzende unterstützt.

Den Rücktritt von Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper einen Tag vor unserem Parteitag im November 2012 hatte ich im politischen Bericht bereits erwähnt.

Anfang 2013 gab es dann auch noch den Tod unsres langjährigen Vorstandsmitgliedes Renate Möbius zu verkraften. Ihr nimmermüder politischer Einsatz insbesondere für die Rechte der Beiräte hinterlässt eine schmerzhaft Lücke, aber auch dankbare Erinnerungen.

Zusammengefasst möchte ich auch hier sagen, dass der Vorstand seiner Aufgabe, den Gliederungen eine angemessene politische Arbeit zu ermöglichen, nachgekommen ist. Defizite haben wir nach meiner Ansicht noch im Bereich der übergeordneten Koordinierung der Beiräte- und Ortsvereinsarbeit. Hier hatten wir uns mehr vorgenommen. Einen Grund erkenne ich in der zunehmend steigenden inhaltlichen und zeitlichen Anforderung an die Arbeit der Beiräte. Das ist einerseits gut, wir haben vermehrte Beteiligung selbst gewollt, andererseits führt das auch zu zeitlichen und kräftemäßigen Restriktionen in der kontinuierlichen Parteilarbeit, da häufig an der ehrenamtlichen Basis dieselben Akteurinnen und Akteure auf Beirats- und auf Parteiebene aktiv sind. Wir hoffen, mit dem Mentoringprogramm einen Teil dieses Defizites wieder aufzufangen. An dem Grundproblem wird der nachfolgende Vorstand gerade aber auch in Hinblick auf die Beirätewahlen 2015 arbeiten müssen.

Fazit und Ausblick

Zwei Jahre haben wir die Partei in Bremen-Stadt geführt und begleitet. Insgesamt meine ich, dass uns das gelungen ist und wir auf dem gemeinsamen Weg ein gutes Stück in die richtige Richtung vorangekommen sind. Ich hoffe, Ihr seht das auch so. Kritik und Verbesserung sind aber auch immer willkommen.

Der folgende Vorstand hat mit der Europawahl, der Aufstellung der Listen für die Beiräte- und Bürgerschaftswahl 2015, der Mitarbeit am Regierungsprogramm und schließlich dem Wahlkampf einschließlich darauf gegebenenfalls folgender Koalitionsverhandlungen einiges vor sich. Allen Beteiligten wünsche ich auch im Namen des jetzigen Vorstandes dazu ein glückliches Händchen.

Uta Kummer
Vorsitzende des Unterbezirks Bremen-Stadt

Bericht des Wahlkampfbeauftragten zum Bundestagswahlkampf 2013

Der Bundestagswahlkampf war sicherlich eine der herausragenden politischen Aufgaben im Jahr 2013. Bundesweit sollte die schwarz-gelbe Regierung durch ein rot-grünes Bündnis abgelöst werden. Auch in Bremen war das Wahlziel eindeutig definiert. Unsere beiden Vertreter im Bundestag, Carsten Sieling und Uwe Beckmeyer sollten ihre Wahlkreise wieder direkt gewinnen. Letzteres ist geglückt. Uwe erzielte 43,9 Prozent und Carsten konnte 37,9 Prozent der Erststimmen auf sich vereinigen. Und Bremen hat mit einem Ergebnis von 35,6 Prozent der Zweitstimmen einen Beitrag zur Ablösung von schwarz-gelb geleistet. Allerdings ist es nicht gelungen, eine rot-grüne Regierung zu bilden, wie im Wahlkampf propagiert. Das insgesamt enttäuschende Ergebnis der Parteien links von der Mitte hatte letztlich die Bildung einer großen Koalition zur Folge.

Im Zusammenspiel mit der Landesorganisation und den Wahlkreiskandidaten organisierte der Unterbezirk die Kommunikation im Unterbezirk und führte zwei Schulungsveranstaltungen zum Regierungsprogramm der SPD durch. Die Ortsvereine wurden über vielfältige Maßnahmen, unter anderem durch die Einrichtung eines Aktionsfonds zur Mitfinanzierung von kreativen Wahlkampfaktionen, unterstützt.

Der Schwerpunkt des Unterbezirks lag auf den Aktivitäten im Straßen- und Haustürwahlkampf. Ausgehend von der Analyse, dass es von großer Bedeutung sein würde, Wählerinnen und Wähler, die früher SPD gewählt haben, sich dann aber häufig gar nicht mehr an den Wahlen beteiligt hatten, wieder zu mobilisieren, konzentrierte sich der Unterbezirk auf Aktionen in den Stadtteilen, die früher die eindeutigen Wählerhochburgen der SPD waren. Hier wurden gemeinsam mit dem Wahlkreiskandidaten zahlreiche Hausbesuche organisiert. Im gesamten Wahlkampf wurden etwa 12.000 bis 15.000 Hausbesuche durchgeführt. Insgesamt haben sich an den Aktionen gut 100 bis 150 Personen beteiligt. Hier zeigte sich eine gute Mobilisierungsfähigkeit der Partei.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Infostände und Verteilaktionen. Am Morgen nach dem Fernsehduell zwischen Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Kanzlerin Angela Merkel wurden vor dem Bahnhof und an der Domsheide Flugblätter verteilt. Die Infostände der Ortsvereine wurden organisatorisch und finanziell unterstützt. Der zentrale Infostand in der Obernstraße an den letzten zehn Tagen vor der Wahl wurde in Eigenregie durchgeführt. Ebenso waren wir auf dem autofreien Sonntag präsent. Und wie auch in den Wahlkämpfen zuvor organisierte der Unterbezirk die Rosenbeschaffung und Verteilung auf die Ortsvereine bzw. Hausbesuchsaktionen. Schließlich hat sich der Unterbezirk an der Schaltung von Anzeigen in der Schlussphase des Wahlkampfes beteiligt.

Das Wahlergebnis in Bremen Stadt kann insgesamt als befriedigend gewertet werden. Bremen hatte bundesweit das beste Wahlergebnis der SPD. Die prozentualen Gewinne waren die zweithöchsten. Allerdings gibt es auch bedenkenswerte Punkte. Die Wahlbeteiligung in Bremen ist niedriger als im Bundesdurchschnitt. Ein überdurchschnittlicher Zuwachs in sozial benachteiligten Quartieren konnte weder in Bezug auf das Wahlergebnis, noch in Bezug auf die Wahlbeteiligung erreicht werden.

Joachim Schuster
Wahlkampfbeauftragter

Terminbericht (Aktivitäten des Unterbezirks Bremen-Stadt 2012/2013)

17. März 2012	Jahreshauptversammlung des Unterbezirks mit Organisationswahlen in der Aula der Gesamtschule Ost
7. April 2012	Osteraktionen in verschiedenen Ortsvereinen
21. April 2012	Klausur des Unterbezirksvorstands zu Aufgaben-, Arbeits- und Terminplanung
1. Mai 2012	Infostand der AfA und des Unterbezirksvorstands anlässlich der Maifeierlichkeiten auf dem Domshof
5. Mai 2012	Wahlkampfeinsatz zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in Bielefeld
21. Mai 2012	Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz: Vorstellung des Arbeitsprogramms des Unterbezirksvorstands
11. Juni 2012	Unterbezirksvorstand mit Senator Ulrich Mäurer und Polizeipräsident Lutz Müller zur geplanten Umorganisation der Polizeireviere in Bremen
18. Juni 2012	Beirätekonzferenz zum Thema KiTa und U3-Ausbauplanung des AK Soziales
10. Juli 2012	Öffentliches Forum Wohnungspolitik: „Bezahlbare Wohnungen für Bremen“ mit Bianca Urban, Abteilungsleiterin beim SUBV, Ralf Schumann, Geschäftsbereichsleiter bei der GEWOBA und Peter Sakuth Geschäftsführer der Nordbau GmbH&Co.KG im Konsul-Hackfeld-Haus
17. Juli 2012	Besuch der neuen und sanierten Kunsthalle mit Staatsrätin Carmen Emigholz
19. Juli 2012	Treffen mit dem Gesamtpersonalrat Bremen
25. August 2012	Infostand des Unterbezirksvorstands mit dem Ortsvein Peterswerder-Steintor beim Africa-Cup in der Pauliner Marsch
7. September 2012	Sommerfest des Unterbezirks im Westend
17. September 2012	Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz zur Vorbereitung der Bundestagswahl 2013 (Kandidaturen, Regierungsprogramm)

29. September 2012 Unterbezirksvorstandsklausur mit den MdBs Uwe Beckmeyer und Carsten Sieling zur Vorbereitung Bundestagswahl, Teilnahme an der Aktion des Bündnisses „umfairteilen“ auf dem Marktplatz
8. Oktober 2012 Unterbezirksvorstand zur Bildungspolitik mit dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion Mustafa Güngör
8. November 2012 Expertinnen-/Expertengespräch des AK Soziales zur U3-Ausbauplanung
15. November 2012 II. öffentliches Forum Wohnungspolitik mit Michael Sachs, Staatsrat Stadtentwicklung aus Hamburg und Peter Stubbe, Vorstandsvorsitzender der GEWOBA im DGB-Haus
26. November 2012 Unterbezirksvorstandsberatung der Bundestagsliste mit der Kandidatin für Listenplatz 2 und stellvertretenden Landesvorsitzenden, Sarah Ryglewski
27. November 2012 Unterbezirksparteitag im Bürgerzentrum Vahr zu Wohnungspolitik, U3-Ausbau und Anträgen aus den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften
Aktuelles:
-Ergebnis des Koalitionsausschusses zu Bildung und Rücktritt von Senatorin Renate Jürgens-Pieper, dazu informiert der Präsident des Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen
-nach Rücktritt von Frank Schmitz ist Melanie Kennard kommissarische stv. UB-Vorsitzende
1. Dezember 2012/
1. Februar 2014 Frühstückstreffen mit Neumitgliedern 2012 bzw. 2013 im Büro der SPD-Bürgerschaftsfraktion
7. Januar 2013 Vorschlag für Deputationsnachbesetzungen durch den Unterbezirksvorstand: Sabine Metschies vom Ortsverein Buntentor und Verena Behrens, ASF-Landesvorsitzende
16. Januar 2013 Konstituierung des neuen Ortsvereins Altstadt-Mitte
19. Januar 2013 Wahlkampfinsatz zur Landtagswahl Niedersachsen in Delmenhorst
21. Januar 2013 Unterbezirksvorstandsberatung mit Ortsvereinen aus dem Nord-Osten zu Fragen der Parteitagsorganisation
30. Januar 2013 Besuch der Ausstellung Hundertwasser in der Kunsthalle Bremen
16. Februar 2013 Die Kohlfahrt des Unterbezirks wird abgesagt wegen des Todes des langjährigen Vorstandsmitgliedes Renate Möbius

23. Februar 2013 Tag der Ortsvereine im Nachbarschaftshaus Ohlenhof zu innerparteilichen Bildungsangeboten des UB und Vorbereitung der Bundestagswahl mit Carsten Sieling, MdB und Dennis Eighteen, Mitarbeiter des Parteivorstands.
4. März 2013 Unterbezirksvorstandsberatung zu den Eckwert- und Haushaltsentwürfen 2014/15 des Senats mit Staatsrat Henning Lühr
9. März 2013 Öffentliche Konferenz zur Bildungspolitik mit der neuen Senatorin Prof. Eva Quante-Brandt im DGB-Haus
30. März 2013 Osteraktionen in verschiedenen Ortsvereinen
11. April 2013 Unterbezirksparteitag im Bürgerzentrum Neue Vahr mit Nachwahl des stellvertretenden Unterbezirksvorsitzenden Hannes Grosch, Nominierung von Joachim Schuster für das Europaparlament, Anträge zur Bildungspolitik, Gastredner Staatsrat Gerd-Rüdiger Kück, und Anträge aus den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften
13. April/29. Juni 2013/
15. März 2014 Innerparteiliche Weiterbildung des Unterbezirks mit dem Ortsvereins Gartenstadt-Vahr "Woher kommen wir, wohin gehen wir"
15. April 2013 Öffentliche Veranstaltung des Unterbezirks mit dem Ortsverein Altstadt-Mitte zur Innenstadtentwicklung mit Prof. Dr. Ivo Mossig von der Uni Bremen, Marianne Grewe-Wacker, Abteilungsleiterin bei SWH und Michael Frenz, Präsident der Architektenkammer Bremen im Kwadrat
- 19.-21. April 2013 Das geplante Beiräteseminar des UB in Aurich muss wegen geringer Anmeldezahl abgesagt werden
22. April 2013 Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz zur Vorbereitung der Bundestagswahl, Unterbezirkswahlkampfbeauftragter ist Joachim Schuster
1. Mai 2013 Infostand der AfA und des Unterbezirksvorstands anlässlich der Maifeierlichkeiten auf dem Domshof
1. Mai 2013 Die neu gestaltete Internetseite des Unterbezirks wird ins Netz gestellt. Der Unterbezirk ist wieder bei Facebook aktiv
4. Juni 2013 Sozialpolitisches Forum zur Pflegepolitik mit Arnold Knigge (Freie Wohlfahrtspflege), Uwe Schmid (Verdi), Alexander Künzel (Bremer Heimstiftung) und Heinz Rothgang (Zentrum für Sozialpolitik) beim Deutsch Paritätischer Wohlfahrtsverband Bremen
13. Juni und 19. Juni 2013 Innerparteiliche Diskussion des Regierungsprogramms der SPD zur Bundestagswahl

24. Juni, 12. August,
26. August und 9. September OV-Vorsitzenden-Konferenzen zur Bundestagswahl
25. Juni. und 1. Oktober 2013 Parteiloffene Arbeitsgruppe zur Neufassung der Satzung
des Unterbezirks
30. Juni 2013 Besuch der Ausstellung „Graben für Germanien" im Focke-Museum
21. Juli 2013 Geplante Teilnahme der SPD-Mannschaft beim Parteien-Battle beim
Africa-Cup findet mangels gegnerischer Mannschaften nicht statt. Die
SPD gewinnt das Battle kampflos.
9. August 2013 Sommerfest des Unterbezirks im Jugendfreizeitheim Findorff
8. August bis
22. September 2013 Bundestagswahlkampf: Diverse Wahlkampfaktivitäten des
Unterbezirks: Infostände in der Innenstadt, Unterstützung der Tür-zu-
Tür-Aktionen der Wahlkreiskandidaten, Verteilaktionen nach dem
Fernsehduell, Infostand anlässlich des autofreien Sonntags in der Neu-
stadt (siehe auch Bericht des Wahlkampfbeauftragten)
22. September 2013 Bundestagswahl
- Anmerkung:*** Diskussionen über das Wahlergebnis, die Sondierungsgespräche, die Koalitionsverhandlungen und die Mitgliederbefragung wurden überwiegend von der Landesorganisation verantwortet und (bestens) organisiert.
29. Oktober 2013 Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz zur Neufassung der Satzung
27. November 2013 Unterbezirksparteitag zur Satzungsneufassung, Pflegereform und An-
trägen aus den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften
Aktuelles: Ergebnis der Koalitionsverhandlung, Vorstellung durch den
Präsidenten des Senats, Bürgermeister Jens Böhrnsen
2. Dezember 2013 Unterbezirksvorstandsberatung zu den parlamentarischen Haushalts-
beratungen 2014/15 mit dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-
Bürgerschaftsfraktion Max Liess
7. Dezember 2013 Unterbezirksparteikonferenz: Diskussionsveranstaltung mit Parteivor-
standsmitglied und Carsten Sieling, MdB, zur Mitgliederbefragung über
den Koalitionsvertrag im Kwadrat
13. Januar 2014 Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz zur Vorstellung des Kandidaten für
den Landesvorsitz, Dieter Reinken, MdBB. Vorbereitung des Europa-
wahlkampfes und Informationen zur Bürgerschaftswahl 2015 (Listen-
aufstellung), Vorstellung des Beiräte-Mentoringprogramms 2014 des
Unterbezirks

- | | |
|------------------|---|
| 22. Februar 2014 | Kohlfahrt des Unterbezirks zum Alten Campingplatz am Unisee |
| 27. Februar 2014 | Konstituierende Sitzung des Ortsvereines Huchting/Grolland |
| 6. März 2014 | III. öffentliches Forum Wohnungspolitik „Die Situation der Mieterinnen und Mieter in Bremen“ u. a. mit Elke Heyduck, Geschäftsführerin der Arbeitnehmerkamm Bremen. |
| 22. März 2014 | Jahreshauptversammlung des Unterbezirks mit Organisationswahlen im Bürgerzentrum Vahr |

Aufgeführt wurden die mindestens parteioffenen Termine des Unterbezirks und politisch wichtige Vorstandsberatungen. Weitere Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaften und der Arbeitskreise sind den dortigen Berichten zu entnehmen.

Der Vorstand hat regelmäßig 14-tägig (außer in den Ferien) getagt, davon 1x im Monat mit seinen ständigen Gästen u. a. den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften.

Kassenbericht für die Jahre 2012/2013

Mit meiner Wahl zur Kassiererin übernahm ich im Frühjahr die Kasse des Unterbezirks. Durch eine effizienter gestaltete Verwaltung der Kasse konnten die Abläufe vereinfacht werden. Zum Zeitpunkt der Übernahme der Kasse lag das Vermögen bei 3.383,80 Euro. Am 31. Dezember 2012 betrug das Vermögen 32.820,12 Euro und der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 weist einen Vermögensstand von 45.146,67 Euro aus.

Aufgrund einer soliden Haushaltsführung des Unterbezirks konnten somit zwingend notwendige Rücklagen für den anstehenden Europawahlkampf und den Bürgerschafts- und Beirätewahlkampf gebildet werden.

In den Berichtsraum 2012/2013 fiel der Bundestagswahlkampf, den wir erfolgreich durchgeführt haben. Beide Direktkandidaten haben ihre Wahlkreise mit gutem Ergebnis gewonnen. Die Kosten für den Bundestagswahlkampf lagen bei 33.725,86 Euro. Zusätzlich haben die Ortsvereine 589,74 Euro an Wahlkampfbzuschüssen im Rahmen des Aktivitätenfonds abgerufen.

Zu den vom Unterbezirk vorgesehenen 20.000 Euro an Wahlkampfkosten, standen über Spenden weitere Finanzmittel zur Finanzierung des Wahlkampfes im Wahlkreis 54 zur Verfügung. Damit wurde der Wahlkampf im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel geführt.

Weitere Schwerpunktaktivitäten im Berichtszeitraum im Bereich der politischen Arbeit waren:

- Durchführung der Unterbezirksparteitage
- Überarbeitung des Internetauftritts
- Durchführung von wohnungspolitischen Foren im Rahmen des AK-Stadtentwicklung
- Durchführung einer bildungspolitischen Konferenz
- Durchführung einer Parteikonferenz im Rahmen des Mitgliedervotums zum Koalitionsvertrag
- Jährliche Sommerfeste

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Hauptkassiererinnen und Hauptkassierern für ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

Melanie Kennard
Kassiererin des Unterbezirks Bremen-Stadt

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Seite 1

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2012

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

1. Einnahmen:		
Konto	Bezeichnung	Betrag
2000	Beitragsanteile vom LV / Bez.	48.627,62
2100	Mandatsträgerbeiträge	0,00
2200	Spenden von natürlichen Personen	30,00
	davon 2210 Namentliche Spenden v. natürlichen Personen	30,00
	2220 Spendensammlungen	0,00
2300	Spenden von juristischen Personen	0,00
2400	Einn. a. Unternehmenstätigkeit u. Beteilig.	0,00
2500	Einnahmen aus Vermögen	0,62
2600	Einn. a. Verant. Veröffentl. Drucks. u. sonst. Tätigk.	961,60
2700	Zuschüsse von Gliederungen	20.964,22
2900	Sonstige Einnahmen	0,00
	davon 2910 Sonstige Einnahmen	0,00
	2950 Öffentliche Mittel (Juso / RPJ)	0,00
2990	Beitragseinzug durchlaufend	65,00
Summe der Einnahmen		70.649,06
2. Ausgaben		
Konto	Bezeichnung	Betrag
4000	Personalausgaben	0,00
4100	Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	6.385,75
4110	Allgemeine Verwaltung	6.385,75
4120	Büro- (Haus-) und Nebenkosten	0,00
4200	Allgemeine politische Arbeit	22.963,68
4310	Europawahlkampf	0,00
4320	Bundestagswahlkampf	0,00
4330	Landtagswahlkampf	0,00
4340	Kommunalwahlkampf	0,00
4400	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	0,00
4500	Sonstige Zinsen	190,08
4700	Zuschüsse an Gliederungen	11.608,23
4900	Sonstige Ausgaben	0,00
4990	Beitragseinzug durchlaufend	65,00
Summe der Ausgaben		41.212,74

*Alle Mandatsträger und Spender sind mit Namen, Anschrift und Betrag in einer Anlage aufzuführen.

** Die Einnahmen der Konten 2400, 2700 und 2910 sowie die Ausgaben der Konten sind in einer Anlage mit Ihren Einzelbeträgen aufzuschlüsseln und zu erläutern (Kontoblatt-Ausdruck).

Alle Beträge in EUR

Office Consult GmbH

04. APR. 2013

Eingang

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Seite 2

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2012

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

3. Vermögensrechnung		01.01.2012	31.12.2012
0100	Gegenstände des Anlagevermögens		
1010	Kasse	0,00	0,00
1021	Sparkasse Nr. 1142223	-6.093,00	0,00
1023	Sparbuch Nr. 38671798 <i>1230</i>	178,12	178,74
1031	SEB Kto.1282571900 <i>1020</i>	0,00	34.010,62
Summe Bankkonten		-5.914,88	34.189,36
1210	Beteiligungen an Unternehmen		
Summe Beteiligungen an Unternehmen			
1220	Sonstige Finanzanlagen		
Summe Sonstige Finanzanlagen			
1410	Forderungen gegenüber Gliederungen der Partei	9.330,00	0,00
Summe Forderungen an Gliederungen		9.330,00	0,00
1420	Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1429	Forderungen aus Verrechnung		
Summe Sonstige Forderungen		0,00	0,00
1610	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	-342,33
Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei		0,00	-342,33
1620	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
1630	Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
Summe Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern			
1640	Sonstige Verbindlichkeiten	-31,32	-1.026,91
1649	Verbindlichkeiten aus Verrechnung		
Summe Sonstige Verbindlichkeiten		-31,32	-1.026,91
1700	Rückstellungen		
Summe Rückstellungen			
Vermögensbestände insgesamt		3.383,80	32.820,12
Abstimmung			
	Summe der Geldbestände am 01.01.:	3.383,80	
	+ Einnahmen :	70.649,06	
	Zwischensumme :	74.032,86	
	- Ausgaben :	41.212,74	
	Summe der Geldbestände am 31.12.:	32.820,12	
*Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern sind einzeln aufzuschlüsseln und als Anlagen diesem Rechenschaftsbericht beizufügen			

Alle Beträge in EUR

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Seite 3

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2012

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

4. Weitere Angaben zum Rechenschaftsbericht

In obenstehender Vermögensrechnung sind Gegenstände des Anlagevermögens, Geldbestände, Finanzanlagen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten Und Rückstellungen aufgeführt.

Darüber Hinaus hat der Unterbezirk k e i n weiteres Vermögen (Besitz- oder Schuldposten)

Weiteres Vermögen ist auf anliegendem Blatt mit _____ Euro aufgeführt.

Anschaffungen von mehr als 5.000 Euro je Gegenstand sind in Konto 0100 enthalten und ihrer Nutzungsdauer entsprechend über die jeweiligen Ausgabenkonten abgeschrieben.

5. Vollständigkeitserklärung

Wir versichern hiermit, dass in diesem Rechenschaftsbericht alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte vollständig und richtig erfasst und die Angaben in den beigefügten Anlagen vollständig und richtig sind.

Die Vermögensbestände zum 31.12.2012 betragen 32.820,12 Euro.

Ort, Datum:

Bremen, 20.03.2013

Unterschriften

Kassierer/in:

Vorsitzende/r:

Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Angaben:

Revisorinnen

und

Revisoren

*** Absichtsvoll unrichtige Angaben sind strafbar gemäß § 31d Absatz 1 des Parteiengesetzes.**

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2013

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

1. Einnahmen:		
Konto	Bezeichnung	Betrag
2000	Beitragsanteile vom LV / Bez.	49.248,23
2100	Mandatsträgerbeiträge	0,00
2200	Spenden von natürlichen Personen	9.588,00
	davon 2210 Namentliche Spenden v. natürlichen Personen	9.588,00
	2220 Spendensammlungen	0,00
2300	Spenden von juristischen Personen	5.000,00
2400	Einn. a. Unternehmenstätigkeit u. Beteilig.	0,00
2500	Einnahmen aus Vermögen	60,27
2600	Einn. a. Verant. Veröffentl. Drucks. u. sonst. Tätigk.	3.290,20
2700	Zuschüsse von Gliederungen	21.110,00
2900	Sonstige Einnahmen	0,00
	davon 2910 Sonstige Einnahmen	0,00
	2950 Öffentliche Mittel (Juso / RPJ)	0,00
2990	Beitragseinzug durchlaufend	19,83
Summe der Einnahmen		88.316,53
2. Ausgaben		
Konto	Bezeichnung	Betrag
4000	Personalausgaben	0,00
4100	Ausgaben des lfd. Geschäftsbetriebes	4.300,54
4110	Allgemeine Verwaltung	4.300,54
4120	Büro- (Haus-) und Nebenkosten	0,00
4200	Allgemeine politische Arbeit	24.297,21
4310	Europawahlkampf	0,00
4320	Bundestagswahlkampf	33.725,86
4330	Landtagswahlkampf	0,00
4340	Kommunalwahlkampf	0,00
4400	Vermögensverwaltung inkl. Zinsen	0,00
4500	Sonstige Zinsen	0,00
4700	Zuschüsse an Gliederungen	13.646,54
4900	Sonstige Ausgaben	0,00
4990	Beitragseinzug durchlaufend	19,83
Summe der Ausgaben		75.989,98

*Alle Mandatsträger und Spender sind mit Namen, Anschrift und Betrag in einer Anlage aufzuführen.

** Die Einnahmen der Konten 2400, 2700 und 2910 sowie die Ausgaben der Konten sind in einer Anlage mit Ihren Einzelbeträgen aufzuschlüsseln und zu erläutern (Kontoblatt-Ausdruck).

Alle Beträge in EUR

07.03.2014 llh

Revision 7.3.2014
fu.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Seite 2

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2013

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

3. Vermögensrechnung		01.01.2013	31.12.2013
0100	Gegenstände des Anlagevermögens		
1010	Kasse	0,00	0,00
1021	Sparkasse Nr. 1142223	0,00	0,00
1023	Sparbuch Nr. 38671798	178,74	30.239,01
1031	SEB Kto.1282571900	34.010,62	16.992,58
	Summe Bankkonten	34.189,36 ✓	47.231,59
1210	Beteiligungen an Unternehmen		
	Summe Beteiligungen an Unternehmen		
1220	Sonstige Finanzanlagen		
	Summe Sonstige Finanzanlagen		
1410	Forderungen gegenüber Gliederungen der Partei	0,00	0,00
	Summe Forderungen an Gliederungen	0,00	0,00
1420	Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1429	Forderungen aus Verrechnung		
	Summe Sonstige Forderungen	0,00	0,00
1610	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei	-342,33	-977,16
	Summe Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen der Partei	-342,33 ✓	-977,16
1620	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Summe Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
1630	Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
	Summe Verbindl. ggü. Sonstigen Darlehensgebern		
1640	Sonstige Verbindlichkeiten	-1.026,91	-1.107,76
1649	Verbindlichkeiten aus Verrechnung		
	Summe Sonstige Verbindlichkeiten	-1.026,91 ✓	-1.107,76
1700	Rückstellungen		
	Summe Rückstellungen		
	Vermögensbestände insgesamt	32.820,12 ✓	45.146,67
Abstimmung			
	Summe der Geldbestände am 01.01.:		32.820,12
	+ Einnahmen :		88.316,53
	Zwischensumme :		121.136,65
	- Ausgaben :		75.989,98
	Summe der Geldbestände am 31.12.:		45.146,67
*Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern sind einzeln aufzuschlüsseln und als Anlagen diesem Rechenschaftsbericht beizufügen			

Alle Beträge in EUR

07.03.2014 *llk*

Revision 7.3.2014

fs.

Gliederung: 130010000000

SPD-UB Bremen-Stadt

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2013

Aus der Buchführung des Unterbezirks entwickelter Kassenabschluss für die Zeit vom 01.01.2013 bis 31.12.2013

4. Weitere Angaben zum Rechenschaftsbericht

In obenstehender Vermögensrechnung sind Gegenstände des Anlagevermögens, Geldbestände, Finanzanlagen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten Und Rückstellungen aufgeführt.

Darüber Hinaus hat der Unterbezirk k e i n weiteres Vermögen (Besitz- oder Schuldposten)

Weiteres Vermögen ist auf anliegendem Blatt mit _____ Euro aufgeführt.

Anschaffungen von mehr als 5.000 Euro je Gegenstand sind in Konto 0100 enthalten und ihrer Nutzungsdauer entsprechend über die jeweiligen Ausgabenkonten abgeschrieben.

5. Vollständigkeitserklärung


Wir versichern hiermit, dass in diesem Rechenschaftsbericht alle Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte vollständig und richtig erfasst und die Angaben in den beigefügten Anlagen vollständig und richtig sind.

Die Vermögensbestände zum 31.12.2013 betragen 45.146,67 Euro.

Ort, Datum: BREMEN, 07.03.2014

Unterschriften

Kassierer/in:



Vorsitzende/r:



Bestätigung der Richtigkeit vorstehender Angaben:

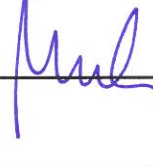
Revisorinnen



und



Revisoren



7/3. 2014

* Absichtsvoll unrichtige Angaben sind strafbar gemäß § 31d Absatz 1 des Parteiengesetzes

Bericht zur Mitgliederentwicklung 2012/2013

A: Bestandsdaten

Der Mitgliederbestand belief sich am 31. Dezember 2013 auf 3104 Genossinnen und Genossen.

Von den Mitgliedern waren 2031 (65,43%) **männlich** und 1073 (34,57 %) **weiblich**.

Mitglieder nach Altersgruppen:

451 (14,53%) Mitglieder unter 35 Jahren

993 (31,99 %) Mitglieder zwischen 35 und 60 Jahren

1660 (53,48 %) Mitglieder ab 61 Jahren

Insgesamt zahlen die Mitglieder im Durchschnitt 13,55 Euro an **monatlichem Beitrag**.

B: Mitgliederzugänge

Die Zahl der Eintritte lag im Jahr 2012 bei 87 und im Jahr 2013 bei 170. Die Steigerung im Jahr 2013 ist durch das Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag auf Bundesebene zu erklären. 170 (66,15 %) der neuen Mitglieder im Berichtszeitraum waren **männlich**, 87 (33,85%) waren **weiblich**.

C: Mitgliederabgänge

Der Unterbezirk hat im Jahr 2012 157 und im Jahr 2013 180 seiner Mitglieder verloren.

Davon waren 114 (33,83 %) **weiblich** und 223 (66,17 %) **männlich**.

Im Jahr 2012 hatte der Unterbezirk 96 Austritte und 61 Todesfälle zu verzeichnen, im Jahr 2013 waren es 121 Austritte und 59 Todesfälle. Damit betrug der Anteil der Austritte in 2013 67,22 % und der Anteil der Todesfälle 32,78 % an den Mitgliederabgängen (ohne Umzüge), die Vergleichszahlen für 2012 sind: Austritte 61,15%, Todesfälle 38,85%.

D: Mitgliederentwicklung

Die Anzahl der Mitglieder hat sich im Berichtszeitraum von 3189 am 1. Januar 2012 über 3099 am 31. Dezember 2012 auf 3104 Genossinnen und Genossen zum Jahresende 2013 verringert. Dies entspricht einem Verlust an Mitgliedern im Berichtszeitraum von 2012 bis 2013 in Höhe von 2,2 %.

Tabelle: Mitgliederentwicklung Unterbezirk Bremen-Stadt 2002-31.12.2013

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2002	4.231	2.855	67,48	1.376	32,52
2003	3.937	2.625	66,68	1.312	33,32
2004	3.720	2.464	66,24	1.256	33,76
2005	3.760	2.465	65,56	1.295	34,44
2006	3.579	2.333	65,19	1.246	34,81
2007	3.425	2.234	65,23	1.191	34,77
2008	3.261	2.129	65,29	1.132	34,71
2009	3.213	2.105	65,52	1.108	34,48
2010	3.162	2.062	65,21	1.100	34,79
2011	3.189	2.079	65,19	1.110	34,81
2012	3.099	2.014	64,99	1.085	35,01
31.12.2013	3.104	2.031	65,43	1.073	34,57

Tabelle: Mitgliederbestand der Ortsvereine im Unterbezirk zum 31.12.2013

SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	3.104
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	188
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	60
SPD-OV Bremen-Borgfeld	57
SPD-OV Bremen-Buntentor	122
SPD-OV Bremen-Findorff	209
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	50
SPD-OV Bremen-Grolland	44
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	115
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	135
SPD-OV Bremen-Hastedt	71
SPD-OV Bremen-Hemelingen	41
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	104
SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	101
SPD-OV Bremen-Huchting	152
SPD-OV Bremen-Huckelriede	44
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	85
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	112
SPD-OV Bremen-Neustadt	119
SPD-OV Bremen-Oberneuland	87
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	60
SPD-OV Bremen-Osterholz	164
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	258
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	120
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	137
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	150
SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	51
SPD-OV Bremen-Seehausen	12
SPD-OV Bremen-Strom	20
SPD-OV Bremen-Walle	152
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	84

Einzelberichte

Bericht der Jusos für die Jahre 2012/2013

Da im Jahr 2012 keine Wahlen auf der Agenda standen, konnten wir die Zeit nutzen, uns inhaltlich mit unterschiedlichen Themen auseinanderzusetzen und gemeinsam Positionen entwickeln. Darüber hinaus hatten wir die Möglichkeit, uns auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf vorzubereiten. 2013 hingegen war stark vom Bundestagswahlkampf geprägt, was zwar zum Vorteil hatte, dass viele Aktionen durchgeführt werden konnten, nachteilig fiel jedoch aus, dass einige Themen nicht die Aufmerksamkeit bekamen, die sie verdienten. Im Folgenden sollen nun die wichtigsten Eckpunkte der vergangenen zwei Jahre dargelegt werden, wobei der Bericht aufgrund der Kürze dem Anspruch auf Vollständigkeit nicht gerecht werden kann.

Mitgliederversammlungen

Die Mitgliederversammlungen bilden das Herzstück unserer politischen Arbeit. Im Zweiwochentakt treffen wir uns um 19:00 Uhr, um uns zu informieren, kontrovers zu diskutieren, Positionen zu entwickeln und um Tagespolitisches zu besprechen. Hierbei ist die Palette an Themen breit: So ging es zum Beispiel im Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unter anderem um Kinderbetreuung in Bremen, um die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa, um die Rente und um die Wohnungspolitik in Bremen. Doch auch Themen wie Feminismus, Asyl- und Flüchtlingspolitik oder Bildungspolitik kamen über den gesamten Zeitraum hinweg nicht zu kurz. Dabei hatten die Mitgliederversammlungen stets den Anspruch langfristig nachzuwirken: Einige Mitgliederversammlungen dienten der politischen Weiterbildung, andere gaben uns den nötigen Impuls für Anträge, die wir anschließend auf den Unterbezirksparteitagen oder der Landesmitgliederversammlung der Jusos stellten. Wieder andere mündeten in konkreten Aktionen oder als Wahlkampffidee für den Bundestagswahlkampf.

Aktionen

Auch in den letzten beiden Jahren organisierten wir viele unterschiedliche Aktionen. Zum einen Veranstaltungen, die traditionell stattfinden: Hierunter zählt unter anderem der 1. Mai, an dem wir 2012 gemeinsam mit der jungen IG BAU gegen die Rente mit 67 und 2013 für die Ausbildungsumlage demonstrierten, der Freimarktbesuch und der Weihnachtsmarktbummel. Zum anderen hatten wir darüber hinaus einmalige Aktionen – so beteiligten wir uns 2012 unter anderem am Aktionstag „um-FAIRteilen“, sammelten Unterschriften gegen das Betreuungsgeld und veranstalteten die Redfront Reloaded Party (Danke Sükrü!). 2013 gab es eine Vielzahl von Aktionen, die wegen des Bundestagswahlkampfes meist wahlkampfbezogen waren (Verteilung Sattelüberzieher, Tür-zu-Tür, Kneipentour, Flyerverteilung, Nachtstand).

Unsere Arbeit in der SPD

Auch die letzten beiden Jahre versuchten wir unserer Rolle als „Stachel im Fleisch der SPD“ gerecht zu werden. Dabei ging es uns vor allem darum, die SPD und die SPD-Bürgerschaftsfraktion in ihren Entscheidungen kritisch zu begleiten. Dabei setzten wir zwei Schwerpunkte: Hochschulpolitik und Flüchtlingspolitik. In Bezug auf die Hochschulpolitik brachten wir folgende Anträge auf dem Unterbezirksparteitag ein: Im Antrag „Finanzierungsstopp für die Jacobs University“ forderten wir, dass keine öffentlichen Mittel mehr in die private Elite-Uni fließen. Mit dem anschließenden Beschluss konnten wir uns jedoch nicht mehr identifizieren. Etwas mehr Erfolg hatten wir mit dem Antrag „Abschaffung der Entgelte für weiterbildende Masterstudiengänge“, welcher an die SPD-Bürgerschaftsfraktion überwiesen wurden. In geänderter Fassung wurde unser Antrag „Bremer

Hochschullandschaft erhalten“ beschlossen. Auf dem Feld der Flüchtlings- und Asylpolitik brachten wir den Antrag „Refugees welcome! Für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik im Land Bremen“ in den Parteitag ein, dieser wurde an das Forum Sozialpolitik überwiesen und soll auf dem nächsten Parteitag noch einmal zum Thema werden.

Abschließend...

...wollen wir uns bei allen aktiven Genossinnen und Genossen bedanken, ohne die unsere Arbeit nicht möglich wäre. Für den demokratischen Sozialismus!

Ali-Aygün Kilincsoy
Vorsitzender

Rechenschaftsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Unterbezirk Bremen-Stadt 2012-2013

Der Schwerpunkt der AfA-Arbeit lag in der Kontaktpflege zu betrieblichen und behördlichen Interessenvertretungen. Hierzu besuchten wir Betriebe (Mercedes, Flughafen) und luden Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter aus Unternehmen und Behörden zu aktuellen Fragestellungen (Situation Karstadt, Streik in den Wasser- und Schifffahrtsämtern) in den Vorstand ein und vermittelten politische Kontakte.

Der Unterbezirksvorstand der AfA tagte monatlich, wozu alle interessierten Mitglieder eingeladen werden. In einer Fragebogenaktion Anfang 2013 wurden die AfA-Mitglieder hierzu nach ihren Interessen befragt. Aus persönlichen Gründen gab es dabei im Januar 2013 einen Wechsel im Vorsitz. Markus Bendig wurde durch Angelo Caragiuli abgelöst.

Im Wahlkampf beteiligte sich die AfA durch Verteilaktionen vor Betrieben sowie der Vermittlung von Besuchen unserer Abgeordneten in Betrieben. Außerdem organisierte die AfA federführend die SPD-Präsenz auf den Mai-Kundgebungen in Bremen. Inhaltlich liegt der Schwerpunkt unserer Diskussionen auf „Gute Arbeit in Bremen“. Hierzu arbeitet die AfA auch mit anderen Einrichtungen, wie etwa dem Forum für Arbeit, zusammen.

Zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen im Frühjahr 2014 organisierten wir gemeinsam mit Arbeit und Leben ein Seminar für interessierte Betriebsräte. Nach den Wahlen wollen wir aktiv auf die neu gewählten betrieblichen Interessenvertretungen zugehen.

Für den Vorstand

Angelo Caragiuli und Inge Briggs

Rechenschaftsbericht des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) im Unterbezirk Bremen Stadt für die Amtsperiode 2012-2014

Am 8. Februar 2012 wurde von der ASF-Jahreshauptversammlung ein neues Vorstandsteam gewählt. Erste Vorsitzende wurde Anja Riemer, stellvertretende Vorsitzende Annika Barlach und Schriftführerin Ruken Aytas. Beisitzerinnen wurden Hannelore Freudenthal, Gule Iletmis und Dr. Angela Stoklosinski. Delegierte der ASF für den SPD-Unterbezirksparteitag waren zusätzlich Dr. Gisela Menger, Gudrun Winkelmann und Gönül Bredehorst.

Der ASF-Vorstand hat sich in seiner zweijährigen Amtsperiode sechs- bis siebenmal im Jahr zu Vorstandssitzungen getroffen, zu denen interessierte Genossinnen jederzeit dazu kommen konnten.

Neben eigenen Aktionen beteiligten sich die Vorstandsfrauen auch an den Aktivitäten der Landes-ASF, wie z. B. Neujahrsempfängen, der Veranstaltungsreihe „Starke Frauen“ und den Anträgen für die Landesparteitage.

Öffentliche Veranstaltungen, parteiinterne Thematisierung von politischen Fragen, die in Bremen für Frauen wichtig sind, und die Beteiligung an dem stadtweiten Frauennetzwerk waren die Arbeitsschwerpunkte in den Jahren 2012 bis 2014. Folgende Veranstaltungen und Gespräche hat der ASF-Unterbezirksvorstand dazu durchgeführt:

6. März 2012: Besuch des Vorstands im Schulzentrum Walle/Lange Reihe

Drei Lehrerinnen der Berufsschule wurden in 2012 von der Landes-ASF als Frauen des Jahres vorgeschlagen und erhielten am 8. März 2012 tatsächlich diese Auszeichnung. Der ASF-Vorstand ließ sich in der Schule die vorbildliche Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern näher erklären und unterstützte die Schule in den darauffolgenden Wochen erfolgreich in der Diskussion um deren Standort und die dortige Raumsituation.

17. März 2012: Antrag für den UB-Parteitag zum Thema „Mädchen- und Fraueneinrichtungen finanziell absichern“

Gefordert wurde eine finanzielle Absicherung der Grundstruktur von Bremer- und auch Bremerhavener Mädchen- und Fraueneinrichtungen, die durch die jeweils zuständigen Stellen und Ressorts zu erfolgen hat. Als notwendig wurde die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für eine dauerhafte kontinuierliche Finanzierungsbasis anstatt punktueller Projektförderung angemahnt. Der Antrag wurde vom Parteitag angenommen.

22. Mai 2012: Besuch des ASF-Vorstands bei Ulrike Hauffe in der ZGF

30. Mai 2012: Fachgespräch zur Ausbildung „Sozialpädagogische Assistentin“

Podium: Regine Geradts (ZGF), Horst Frehe (Staatsrat Soziales), Herr Wittenberg (Bildungsressort), Sybille Böschen (SPD-Fraktion), GEW, ver.di, Dr. Schlepper (freier Träger ev. Kirche).

Ca. 50 Teilnehmende kamen, um über folgende Themen zu diskutieren: Wie soll die Erzieherinnen-ausbildung in Bremen strukturiert werden? Handelt es sich um eine Erstausbildung oder um eine Weiterbildung (berufliche Weiterbildung/Fachschule)? Soll die zweijährige Ausbildung zur Sozialpädagogischen Assistentin in Bremen weiter geführt werden? Wie sieht es aus mit der Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung und den Zugangsvoraussetzungen?

19. November 2012: Gespräch des ASF-Vorstands bei der DGB-Vorsitzenden Annette Düring
Im Gewerkschaftshaus.

27. November 2012: Antrag für den Unterbezirksparteitag zum Thema „BAFÖG-Regelung auf Bundesebene sozialer gestalten“

Der SPD-Unterbezirksparteitag Bremen Stadt forderte auf Antrag der ASF den Bremer Senat auf, eine Initiative für eine Neuregelung des BAFÖG-Bezugs auf Bundesebene zu starten.

8. Februar 2013: Teilnahme an der Frauenkette auf dem Marktplatz

Protest gegen den fortgesetzten Ausschluss von Frauen von der Schaffermahlzeit.

1. März 2013: Treffen des ASF-Vorstands mit interessierten Frauen aus den Ortsvereinen

Besprochen wurde, wie die Arbeit der Frauen in den Ortsvereinen und in den übrigen Parteigremien gefördert werden kann. Was machen wir gerne und wie können wir uns gegenseitig unterstützen? Was muss passieren, damit für die nächsten Wahlen mehr Frauen für die SPD als Kandidatinnen antreten?

13. und 14. August 2013: Gesprächsrunden zum Thema „Aktive Frauen in die Politik – über alles, was Frauen brauchen, um sich politisch zu engagieren!“

Der ASF-Vorstand hatte Genossinnen eingeladen, die sich dafür interessieren, in der Partei aktiv zu werden und dafür das Unterstützungsangebot des ASF-Vorstands wahrnehmen möchten.

7. November 2013: Gespräch von ASF-Vorstandsvertreterinnen mit Mitarbeiterinnen und Vorstandsfrauen von Notruf e.V.

27. November 2013: Antrag der ASF für den Unterbezirksparteitag der SPD: „Notruf e.V. absichern und ausreichend finanzieren“

Der Antrag wurde an die Bürgerschaftsfraktion überwiesen, die bereits angekündigt hatte, dass der Notruf die notwendige finanzielle Zuwendung bekommen wird.

Anja Riemer
Vorsitzende

Arbeitsgemeinschafts 60 plus (AG 60 plus) im UB Bremen Stadt in den Jahren 2012/2013

Vorbemerkung

Die Zusammenarbeit im Vorstand der AG 60 plus, wie auch mit den Parteimitarbeitern Gerald Wagner (bis Sommer 2012) und seinem Nachfolger Wolfgang Arnhold (ab Sommer 2012) war im Berichtszeitraum kollegial und harmonisch. In den folgenden Kurzaufzissen werden Themen angesprochen, die die AG 60 plus neben den am Ende aufgeführten Besuchen und Veranstaltungen im Berichtszeitraum beschäftigt haben.

Ehrenamt braucht Förderung und Unterstützung

Die kontinuierliche eigenverantwortliche Wahrnehmung von Aufgaben, bei reduzierter hauptamtlicher Betreuung, ist für ehrenamtlich Tätige immer wieder eine große Herausforderung. Vor allem, wenn die Akteure ältere Menschen mit unabwendbaren familiären Verpflichtungen sind. Die Praxis, Aufgaben auf Ehrenamtler zu übertragen, ohne ihnen einen eigenverantwortlichen Gestaltungsraum zu gewähren, ist ein schwieriges Konzept.

Es ist unser Ziel, für die Arbeit der AG 60 plus Rahmenbedingungen zu organisieren, die durchgehend zu politischem Mitmachen in der SPD zu motivieren und zugleich die vorhandenen Talente und Fähigkeiten älterer Menschen für die Parteiarbeit zu aktivieren. An den dafür zu ergreifenden Möglichkeiten müssen wir – AG 60 plus und Partei – weiterhin arbeiten. Es gibt durchaus noch Verbesserungsmöglichkeiten.

Bindungskraft fördern und Potentiale nutzen

Die AG 60 plus ist die größte Arbeitsgemeinschaft in der Bremer SPD. Wir organisieren mehr Genossinnen und Genossen, als der Unterbezirk Bremerhaven und der Unterbezirk Bremen Nord insgesamt an Mitgliedern haben. Die AG 60 plus ist ein integraler Teil der SPD im Unterbezirk Bremen-Stadt, mit spezifischen Interessen, die von älteren Genossinnen und Genossen formuliert werden. Sie wirkt mit an der Durchsetzung sozialdemokratischer Politik in Bremen und ist für viele ältere Genossinnen und Genossen, die zu ihrer örtlichen Parteigliederung nur eine sehr geringe oder keine Beziehung (mehr) haben, ein wichtiges Bindeglied, durch die die Verbindung zur SPD gestärkt und erhalten bleibt. Diese Bindungskraft muss nachhaltig gefördert und beachtet werden und darf nicht in ihrer Wirkung gegenüber der insgesamt älter werden Bremer Bevölkerung unterschätzt werden. Hier liegt noch Potential für Nachbesserungen. Die nachstehenden Mitgliedszahlen verdeutlichen die Größe der AG 60 plus in diesem Zusammenhang. Im Unterbezirk Bremen Stadt gibt es aktuell 1598 AG 60 plus Mitglieder von insgesamt 3104 Mitgliedern im Unterbezirk Bremen-Stadt (Stand: 9. Januar 2014), d. h. über 50 Prozent aller Mitglieder gehören der AG 60 plus an.

Reformen müssen Betroffene mitnehmen

Die Mitgliederentwicklung in der AG 60 plus ist ein Spiegelbild der demografischen Entwicklung in unserem Land. Mit realistischem Blick ist festzustellen, dass die AG 60 plus zurzeit nicht das Gewicht hat, was ihr nach der Anzahl ihrer Mitglieder zukommt. Dieses ist intern begründet, aber auch durch die vom Parteivorstand in Berlin verordnete Parteireform, die für die Arbeitsgemeinschaft 60 plus in Bremen von nachteiliger Wirkung war. Es wurden die langjährigen Organisationsprinzipien für die Arbeitsgemeinschaften grundlegend geändert. Das Delegationsprinzip, danach entsandten Ortsvereine je nach Mitgliederstärke Delegierte für die AG 60 plus, wurde abgeschafft und zu Gunsten eines Mitgliederversammlungsprinzips geändert. Damit wurde eine bewährte und fruchtbare Verbindung

zwischen den Ortsvereinen und der AG 60 plus abgeschnitten. Die bis 2011 übliche Möglichkeit, Delegierte der AG 60 plus mehrfach im Jahr zu Versammlungen einzuladen, wurde beendet.

Verwiesen wurde auf die Möglichkeit der elektronischen Einladung. Schriftliche Posteinladungen sind aber unverzichtbar, weil nur 31 Prozent der AG 60 plus-Mitglieder per E-Mail erreichbar sind. Die 2012 und 2013 bereitgestellten finanziellen Mittel reichten andererseits nicht, um alle AG 60 plus-Mitglieder mehrmals jährlich postalisch einzuladen. (Bei Mitgliederversammlungen werden alle Mitglieder ohne hinterlegte E-Mailadresse auch postalisch eingeladen). Mitgliederversammlungen und nach außen gerichtete Veranstaltungen wurden aus finanziellen Gründen im Jahr 2013 nicht durchgeführt. Diese Situation wird der AG 60 plus nicht gerecht. Bereits beim Inkrafttreten der Richtlinie wurde nachhaltig auf diese kontraproduktive Entwicklung hingewiesen. In dazu geführten Gesprächen wurde lediglich erreicht, dass die neue Arbeitsgemeinschaftsrichtlinie für die AG 60 plus zum 31. Dezember 2013 auf ihre Wirkung und Praktikabilität überprüft werden soll. Die AG 60 plus wird 2014 die notwendigen Überprüfungsgespräche führen.

Politische Teilhabe verbessert

Ein wichtiges Arbeitsfeld war die Überarbeitung der, aus dem Jahre 1996 stammenden, Satzung des Unterbezirks und die darin vorgenommene Verankerung und Bewertung der Arbeitsgemeinschaften. Die Unterbezirkssatzung aus dem Jahr 1996 enthielt Bestimmungen, die durch Zeitablauf überholt waren. Die Stellung der Arbeitsgemeinschaften wurde durch die Umsetzung von Landesparteitagsbeschlüssen verbessert. Es wurde erreicht, dass die AG 60 plus nach Abstimmung mit den anderen großen Arbeitsgemeinschaften in Zukunft zwei stimmberechtigte Mitglieder für die Mandatsfindungskommission wählen kann. Es wurde das Recht kodifiziert, eigene Kandidatinnen und Kandidaten zur Bürgerschaftswahl aufzustellen. Ein wichtiger abschließender Schritt wurde allerdings nicht erreicht, nämlich die Arbeitsgemeinschaften in die Reihe der originären Gremien zur politischen Willensbildung in der SPD aufzunehmen. Nach der neuen Satzung haben sie das Recht, „an der politischen Willensbildung mitzuwirken“.

Information und Beteiligung unverzichtbar

Im Jahr 2013 hat das gegen Martin Korol durch den Landesvorstand veranlasste Parteiordnungsverfahren, der einer der drei stellvertretenden Vorsitzenden der AG 60 plus bis zum Ausschluss aus der SPD war, intensiv beschäftigt. Die Debatte wurde vor allem von dem Umstand getragen, dass der AG 60 plus-Vorstand über die gegen Martin Korol erhobenen Vorwürfe länger nur über die Presse informiert war. Erst eine Zusammenkunft mit dem damaligen Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte, der die Fakten für die Entscheidung des Landesvorstandes darlegte und mit Materialien untermauerte, erklärten die Entscheidung. Sie wurde zur Kenntnis genommen. Allerdings hat eine Genossin des AG 60 plus-Vorstands in der Folge ihren Austritt aus der Partei erklärt.

Politik mit Realität konfrontieren

Neben den vorstehend genannten Punkten hat die AG 60 plus im Berichtszeitraum etliche Besuche organisiert und Gespräche mit Personen und Institutionen in Bremen geführt. Es wurden Vorstandssitzungen zu verschiedensten politischen Themen abgehalten. Stichwortartig folgt eine Darstellung der Aktivitäten des AG 60 plus-Vorstands/der 60 plus Mitglieder im Berichtszeitraum:

- 2012 und 2013: Politischer Jahresauftakt mit dem SPD Fraktionsvorsitzenden Björn Tschöpe und dem SPD Sprecher der Sozialdeputation Klaus Möhle

- 2012: Politisches Treffen mit Bürgermeister Jens Böhrnsen zur Politik des Bremer Senats für ältere Menschen in Bremen
- Mai 2012: Teilnahme am Tag der älteren Generation mit Infostand (Thema u. a.: Wahlrecht in Bremen)
- Mai 2013: Teilnahme am Tag der älteren Generation mit Infostand (Thema „Gesund und sicher Leben“)
- 2012: Besuch Haus des Reichs und Gespräch mit Henning Lühr (Gespräch zur Bremer Haushaltslage, Geschichte des Hauses, Art Deco – Stil, Spiegelwände)
- 2012: Gespräch mit dem Vorstand der BSAG (u. a. zu Haltestelleneinstiegen, Hilfen für Rollifahrer, Sicherheit/Sicherheitskontrollen im ÖPNV BSAG/VBN, Weiterbau Linie 1)
- 2012: Besuch Überseemuseum (Voudou Kult – Kunst und Kultur auf Haiti)
- 2012: Gespräch über Transferierung „Anti Rost Projekt“ mit Stadtrat a. D. Wilfried Töpfer
- 2012: Besuch Focke Museum Ausstellung „Hunde und andere Zeitgenossen“ von Elliot Erwitt
- 2013: Erfahrungsaustausch und Gespräch mit Landtagsabgeordneten aus dem AG 60 plus-Vorstand Weser-Ems in Delmenhorst
- 2013: Beteiligung am Niedersächsischen Landtagswahlkampf in Delmenhorst
- 2012: „Grillen mit Politik“ mit Christian Weber
- 2013: „Grillen mit Politik“ mit Carsten Sieling im Rahmen des Bundestagswahlkampfes
- 2012 und 2013: jeweils am 1. Oktober Teilnahme mit einem Infostand am vom DGB veranstalteten großen „Internationalen Tag der älteren Generation“
- 2013: Unterstützungsaktionen für den Ortsverein Osterholz zur Installierung einer Dialysestation im Bremer Osten (leider noch immer nicht realisiert)
- 2012 und 2013: Gespräch mit Bremer Taxiverband (seniorenfreundlicher Taxendienst)
- 2013: Gespräch mit Geschäftsführung und Betriebsrat zur Sanierung und weiteren Entwicklung des Krankenhauses Bremen Ost
- 2013: Radio Bremen (3 Besuche Funkhaus Radio Bremen, wg. riesiger Resonanz)
- 2103: Besuch Werder Bremen (Sozialmanagement und soziales Engagement in Bremen)
- 2012 und 2013: Besuche/Gespräche mit Carmen Emigholz beim Kultursenator u. a. zur Einführung eines Kulturmontags für Senioren
- 2013: Aktive Beteiligung am zentralen Bundestagswahlkampf in Bremen-Stadt
- 2013: Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Andreas Bovenschulte zur Bildung der großen Koalition in Berlin
- 2013: Beteiligung/Gespräche an den erfolgreichen Protesten gegen die finanziellen Kürzungen des Sozialressorts bei den Bremer Begegnungsstätten

Für den Vorstand der AG 60 plus im UB Bremen Stadt

Ekkehard Grimm

Iselin von Ehrenstein

Bernd Grottke

Hubert Resch

Arbeitskreis Stadtentwicklung (gemeinsam mit dem Unterbezirk Bremen-Nord)

Der Arbeitskreis wurde in der vergangenen Wahlperiode des Unterbezirksvorstandes als Antwort auf die vielfältigen Themen der Stadtentwicklung eingerichtet. Eine Besonderheit ist, dass er beide Unterbezirke der Stadtgemeinde Bremen umfasst.

Ergebnis der Diskussionen in einer Arbeitsgruppe des Arbeitskreises aus der Wahlperiode 2010/11 ist u. a. der von verschiedenen Ortsvereinen erarbeitete und auf dem Parteitag im März 2012 beschlossene Antrag zum Bahnlärm „A1 2012“.

25. Juli 2012 in Vegesack:

Heiner Heseler, Staatsrat beim Wirtschaftssenator referierte über die städtebauliche Entwicklung in Bremen-Nord, insbesondere über die Schlüsselprojekte und die Ergebnisse der Bürgermeister-Arbeitsgruppe Bremen-Nord. Weitere Themen waren die Stärkung des Wohn- und Wirtschaftsstandortes, die Entwicklung der Maritimen Meile, des Haven Höövt, des Spicarium, des Schaufenster Bootsbau, der BWK, des Science Park u. a.. Die Genossinnen und Genossen diskutierten außerdem über einen einheitlichen VBN-Tarif in Bremen-Stadt und Bremen-Nord. Hier ist es inzwischen einer Einigung gekommen. Weiterhin informierte Jürgen Pohlmann, baupolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, über die aktuelle Entwicklung in der bremischen Wohnungspolitik.

23. November 2012:

Die mit Gunnar Polzin (Abteilungsleiter Verkehr beim Bausenator) und Uwe Beckmeyer (MdB) zur bremischen und Bundes-Verkehrsentwicklungsplanung angesetzte Veranstaltung musste leider wegen Termenschwierigkeiten kurzfristig abgesagt werden

11. März 2013:

Hier berichtete Ralph Baumheier, Leiter der Planungsabteilung in der Senatskanzlei den Genossinnen und Genossen zum Sachstand Wohnungspolitik, zum Bündnis für Wohnen und zur Wohnflächenplanung. Die darauf folgende Diskussion bezog die Umsetzung der Beschlüsse zur Wohnungspolitik des Unterbezirk „A8/2012“ und „A9/2012“ mit ein. Der Arbeitskreis bereitete damit die Beschlussfassung des Vorstandes zu den überwiesenen Antragsbestandteilen vor.

Insgesamt gab es zu Wohnungspolitik umfangreiche Initiativen und Veranstaltungen des gesamten Unterbezirk. Auch veranstaltete der Unterbezirksvorstand gemeinsam mit dem Ortsverein Altstadt-Mitte eine öffentliche Veranstaltung zur Innenstadtentwicklung. Insgesamt kann als Fazit festgestellt werden, dass die Arbeit des Arbeitskreises aus der Wahlperiode 2010/11 auf der Ebene des gesamten Unterbezirk fortgesetzt wurde.

Für den Vorstand
Melanie Kennard

AK Wirtschaft und Gewerbe

Der Arbeitskreis Wirtschaft und Gewerbe tagte einmal am 27. Juni 2012 mit Dirk Kühling, Abteilungsleiter beim Senator für Wirtschaft und Häfen. In dieser Sitzung diskutierten wir den Sachstand der Gewerbeflächenentwicklung in Bremen. Ziel ist es, eine in den stadtbremischen Beiräten einvernehmliche Haltung zur gesamtbremischen Gewerbeflächenplanung zu erarbeiten, die sowohl zur Arbeitsplatzsicherung und Arbeitsplatzschaffung als auch zu einem abgestimmten Neben- und Miteinander von Wohnen und Arbeiten beiträgt.

Da die Themenbereiche der beiden Arbeitskreise sich im Rahmen der kommunalen Stadtentwicklung überschneiden, sollte der nächste Vorstand darüber nachdenken, sie zusammenzulegen. Zu den Landesthemen Wirtschaft und Arbeit gibt es bei der Landesorganisation als Vereine organisierte Foren.

Für den Vorstand
Uta Kummer

Arbeitskreis Soziales

Der Arbeitskreis Soziales hat seine Arbeit 2012/ 2013 erfolgreich fortgesetzt.

Schwerpunkt der Arbeit war die Kinderbetreuung im Besonderen die Ausbauplanung für Kinder unter drei Jahren. Eine Beiräte Konferenz mit dem Thema KiTa- und Ausbauplanung für Kinder unter drei Jahren wurde durchgeführt.

In diesem Zusammenhang wurde die Bedarfsermittlung der Familien, die Online durchgeführt wurde, kritisch hinterfragt. Bildungsferne Familien haben sich an dieser Befragung nicht beteiligt, so dass sich die Ausbauplanung auf dieser Grundlage als unzureichend darstellte. Gemeinsam mit der Bürgerschaftsfraktion und dem Ressort wurde diese Diskussion fortgesetzt und auf eine Erweiterung des Platzangebotes eingewirkt.

Weitere Gesprächsrunden fanden mit Expertinnen/Experten statt und in allen Diskussionen wurde auf einen erheblichen Platzweiterungsbedarf hingewiesen und das der Ausbau prioritär in Stadtteilen mit besonderen Entwicklungsbedarf voran zu treiben ist. Die bevorzugte Platzvergabe für berufstätige Eltern stellte einen weiteren Diskussionspunkt dar. Um die Chancengleichheit und die Teilhabe von Kindern aus eher mehrfach belasteten Familien zu ermöglichen, muss dieses Verfahren verändert werden. Diese umfangreichen Gesprächsrunden waren die Grundlage für den Antrag „A7 2012“, der auf dem Unterbezirksparteitag am 27. November 2012 erfolgreich beschlossen wurde. Für den nächsten Unterbezirksparteitag im März 2014 wurde ein weiterer Antrag beraten, um die notwendige Ausbauplanung für Kinder U3/Ü3 quantitativ, verbunden mit einem Qualitätsanspruch zu forcieren.

Wir müssen weiterhin alle Anstrengungen darauflegen, dass wir Familien und ihre Kinder aus eher bildungsfernen Zusammenhängen erreichen, damit sie die Chance nutzen und ihre Kinder wohnungsnah im Kindergarten betreut und gefördert werden. Der Leitsatz der SPD muss lauten und sich praxisnah umsetzen: Wir lassen kein Kind zurück!

Für den Vorstand
Brigitte Grziwa –Pohlmann

Forum Sozialpolitik

Im Frühjahr 2013 gründete der Unterbezirk Bremen-Stadt das Forum Sozialpolitik. Das Forum zielt darauf ab, die Diskussion sozialpolitischer Fragen zu intensivieren. Dabei werden explizit gemeinsame Debatten mit anderen sozialpolitischen Akteuren der Stadt (Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften) angestrebt. Inhaltlich geht es um die Verbindung von kommunalen und landespolitischen Handlungsanforderungen mit bundespolitischen Forderungen. Das Forum strebt an, die programmatische Profilierung der Bremer SPD, gerade auch in Hinblick auf die nächste Bürgerschaftswahl, zu verbessern.

Den ersten inhaltlichen Schwerpunkt bildete die Pflegepolitik. Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass der durch die demographische Entwicklung steigende Pflegebedarf in Deutschland nicht einfach durch eine Verstärkung der Pflegeanstrengungen ohne eine deutliche Systemkorrektur gedeckt werden kann. Sollten die bisherigen Strukturen beibehalten werden, wird in einigen Jahren schlicht das Pflegepersonal fehlen. Der Unterbezirk setzt deshalb auf eine Politik, die es durch die Entwicklung einer kommunalen Pflegeinfrastruktur älteren Menschen ermöglicht, solange wie möglich selbstbestimmt in ihrem normalen Lebensumfeld zu verbleiben und Pflegebedarfe soweit wie möglich hinauszuschieben bzw. sogar ganz zu vermeiden. Dazu bedarf es einer engen Vernetzung von Pflegedienstleistern, einer Verbesserung des Wohnumfelds und -quartiers - bzw. der Einbeziehung von stadtteilbezogenen Akteuren. Im Rahmen einzelner interner Expertendiskussionen und einer öffentlichen Veranstaltung erarbeitete das Forum einen umfassenden Antrag, der auf dem Unterbezirksparteitag im November 2013 angenommen wurde. Inzwischen laufen in Abstimmung mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion weitere Initiativen, um den Antrag in die politische Praxis umzusetzen.

Aktuell befasst sich der Arbeitskreis mit den Auswirkungen der Zuwanderung, sowohl in Bezug auf die steigende Zahl von Flüchtlingen, die in der Stadt Bremen aufgenommen werden müssen, als auch mit einer zahlenmäßig zwar begrenzten aber sozialpolitisch zum Teil mit erheblichen Problemen behafteten Armutswanderung innerhalb Europas. Die Bearbeitung der damit verbundenen Fragestellungen ist nur politikfeldübergreifend möglich. Dabei sind innenpolitische, sozialrechtliche und –politische, wie auch bildungspolitische Fragen berührt. Auch hier ist es das Ziel, zu dieser Problematik Lösungsansätze aufzuzeigen, die nicht allein von der Kommune Bremen sondern nur zusammen mit dem Bund bzw. der Europäischen Union realisierbar sind.

Joachim Schuster
Forum Sozialpolitik

Arbeitskreis Christinnen und Christen (AKC)

Auf Bundesebene gibt es die „Christinnen und Christen in der SPD“ (AKC) als offiziellen Arbeitskreis seit Januar 2008. Der AKC ist ein Zusammenschluss von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich neben anderen Überzeugungen auch aus ihrem christlichen Glauben heraus in der SPD engagieren. Der AKC will christliche Werte und Motive für sozialdemokratische Politik fruchtbar machen und sucht den Dialog mit Kirchen, kirchlichen Verbänden und anderen Institutionen.

Seit Februar 2010 treffen wir uns in unregelmäßigen Abständen als Bremer AKC. Die Arbeitskreistreffen nutzen wir zu Gesprächen über politische Themen mit kirchlichem Bezug und Informationsbesuchen in kirchlichen Einrichtungen. So waren wir u. a. im Verdener Dom und informierten uns über die dortige Gemeindearbeit.

Im Jahr 2014 wollen wir unsere Arbeit intensivieren und würden uns freuen, wenn alle, die mitwirken möchten, sich bei uns melden.

Kontakt: Gerald Wagner, Tel.: 0176/60 89 35 31

Christian Wietfeldt

Angela Schmelter

Gerald Wagner

Arbeitskreis Netzpolitik

Der Arbeitskreis Netzpolitik trifft sich monatlich. Unser Ziel ist es für interessierte Genossinnen und Genossen einen Austausch zu Themen wie Datenschutz, Informationsfreiheit, Beteiligungsmöglichkeiten durch Internetangebote, Bildungsangebote usw. zu bieten. Der Arbeitskreis ist für alle offen und wendet sich auch an Nicht-SPD-Mitglieder.

Im Februar 2013 beteiligten wir uns am Tag der Ortsvereine und stellten dort den Arbeitskreis vor.

Im April 2013 veranstalteten wir den ersten „Netztag“. Erstmals haben wir das Format eines „Bar-camps“ angewendet, bei dem kein fester Ablaufplan vorgegeben, sondern von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst festgelegt wird. Themen waren u. a. „Flüssige Sozis - Liquid Democracy auch in der SPD“, „OV-Homepage easy - WordPress für Ortsvereine in 30 Minuten“ und „Arbeit & Bildung in der Netzgesellschaft – Was fehlt in der SPD-Programmatik?“ Die Veranstaltung wurde durch das SPD-Fraktionsbüro sehr gut unterstützt, die Verpflegung durch den Sponsor Andreas Kottisch (MdBB) gesichert.

Für den Unterbezirksparteitag im November 2013 haben wir zwei Anträge erarbeitet. Wir beschäftigten uns mit der Aufklärung des NSA-Komplexes sowie dem neuen Personalausweis. Da Arbeitskreise bisher nicht antragsberechtigt sind, wurden die Anträge durch verschiedene Ortsvereine unterstützt.

Darüber hinaus hat der Arbeitskreis Initiativen durch die Bürgerschaftsfraktion angeregt und begleitet, wie z. B. im Bereich freie Bildungsmaterialien (OER) oder Creative Commons.

Das Ergebnis des Koalitionsvertrages im Bereich Bürgerrechte und Datenschutz ist aus Sicht der Arbeitskreis-Aktiven mangelhaft. Teile der SPD (Führung) tun sich schwer mit dem Wort „Bürgerrechte“. Ist der NSA-Skandal vergessen? Wo bleiben die Konsequenzen aus den NSU-Morden? Hier müssen wir noch viel Überzeugungsarbeit innerhalb unserer Partei leisten.

Wie sagte schon Willy Brandt: „Im Zweifel für die Freiheit“

Für den Arbeitskreis Netzpolitik

Rainer Hamann, Jörn Hendrichs, Maurice Mäschig, Stephanie Dehne, Oke Oldenburg, Peter Busch, Olaf Rossow, Dominic Spinnreker, Klaus-Dieter Wenger

Sozialdemokratischer Arbeitskreis für interkulturelle Zusammenarbeit (SAIZ)

Der SAIZ stellt sich vor

Den sozialdemokratischen Arbeitskreis für interkulturelle Zusammenarbeit (SAIZ) gibt es in dieser Form seit April 2013 unter der Betreuung von Elombo Bolayela.

Unter dem Ziel und der Aufgabe des SAIZ verstehen wir den Mitgliedern, Menschen aus allen Altersklassen und den in Deutschland vertretenden Interessenten mit verschiedensten Migrationshintergründen, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) näher zu bringen.

Ein weiteres Ziel der Mitglieder des SAIZ ist es, die Bereiche Integration, Bildung und Arbeit zu beobachten, zu analysieren und darauf basierend Projekte durchzuführen und realistische Verbesserungsvorschläge für die Stadt Bremen in diesen Punkten vorzulegen. In diesem Arbeitskreis kann jeder politisch Interessierte, ob mit oder ohne Parteibuch, mitwirken.

Die Vorstandstreffen und die Mitgliederversammlungen finden einmal im Monat in den Räumen der SPD Bürgerschaftsfraktion in der Wachtstraße um 19:00 Uhr statt. Hierzu lädt der Arbeitskreis regelmäßig Gäste aus verschiedenen Bereichen zu den ausgewählten Themen ein.

1. Sprecher/in	Christiana Manickavasagar	Kontakt: christiana2576@hotmail.de
2. Sprecher/in	Mutiatu Awolola	Kontakt: m_awolola@hotmail.com
Schriftführer/in	Leon Schmid	
Schriftführer/in	Keerthi Kulanayakam	
Betreuer des SAIZ	Elombo Bolayela	Kontakt: s-elombo@bolayela.de

Politische Gäste 2013

Da der Arbeitskreis SAIZ erst seit kurzem in dieser Form fungiert, lag der Schwerpunkt im Jahr 2013 darauf, mit Referenten über die aktuellen Themen in den Bereichen Integration, Bildung und Arbeit zu sprechen. Folgende Gastsprecher tauschten sich mit den Mitgliedern der SAIZ 2013 aus:

- Mitglieder des Forums Eine Welt/AIA (Ausschuss für Internationale Angelegenheiten)
- Der Vorstand des Unterbezirks Bremen-Stadt
- Carsten Sieling, Mitglied des Deutschen Bundestages
- Mustafa Güngör, Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion
- Silke Harth, Migrations- und Integrationsbeauftragte der Bremer Senatskanzlei

Christiana Manickavasagar und Elombo Bolayela
SAIZ

Innerparteiliche Bildungsarbeit

In der Wahlperiode 2010/2011 hatte der Unterbezirksvorstand das Konzept verfolgt, die Bildungsarbeit der Ortsvereine und des Unterbezirks mit Hilfe von Bildungsobleuten, die von den Ortsvereinen benannt waren, zu motivieren. Gedacht war, entsprechende Maßnahmen der Ortsvereine zu unterstützen und bekannt zu machen. Koordiniert werden sollten diese Aktivitäten über die Konferenz der Bildungsobleute. Am Ende der Wahlperiode war jedoch das Engagement der Ortsvereine zum Erliegen gekommen. Damit war auch die Tätigkeit der Bildungsobleutenkonferenz gegenstandslos geworden.

Unmittelbar nach Beginn der Wahlperiode 2012/2013 fragte die Unterbezirksvorsitzende Uta Kummer an, ob ich bereit wäre, mich auch weiterhin um die Innerparteiliche Schulungs-/Bildungsarbeit des Unterbezirks zu kümmern. Der Unterbezirksvorstand nahm am 24. September 2012 mein Konzept zur Kenntnis und bat mich, es im Auftrag des Unterbezirksvorstands umzusetzen. Dabei machte ich deutlich, dass es nicht um Praxisthemen der Ortsvereinsarbeit oder der Rhetorik gehen sollte. Für derartige Themen existieren Angebote verschiedener SPD-naher Bildungsträger.

Nach den Erfahrungen der vorangegangenen Wahlperiode, bat ich meinerseits aktive Genossinnen und Genossen um Hilfe, die bereit waren, derartige Angebote zu entwerfen, Interessierten anzubieten und die Angebote auch selbst durchzuführen.

Die Genossinnen und Genossen Maria Filar, Eva Früh, Arno Gottschalk, Gisela Menger und Karsten Nikisch erklärten sich dazu bereit und bildeten auf diese Weise eine Gruppe zur Vorbereitung und Durchführung folgender Seminare in den Jahren 2012 bis 2014 in Abstimmung mit dem Unterbezirksvorstand:

- Scheitern des real existierenden Sozialismus
- Welchen Staat wollen wir?
- Grundlagen der Sozialdemokratie - von den Anfängen bis 1920
- Finanzkrise 2008 bis ... ?

Die Schulungsmaßnahmen haben grundsätzlich die Form von Seminaren, die an einem Sonnabend in der Zeit von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr stattfinden. Das Experiment des zweiten Seminars, dazu die Räume der Fraktion zu nutzen, ist mit extrem niedriger Beteiligung nicht erfolgreich gewesen. Wir haben daher auf die schon länger geübte Praxis des Ortsvereins Gartenstadt-Vahr zurückgegriffen, die Veranstaltungen in den Räumen der JONA-Gemeinde, Eislebenerstr. 58, durchzuführen.

Der Grund für die durchgängig gute Beteiligung an diesem Standort gibt allen Beteiligten – offen gestanden – Rätsel auf, ist aber natürlich kein Grund zu klagen.

Vielleicht abschließend ein Wort zur praktischen Seite der Seminare für die konkrete Parteiarbeit: Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Seminars „Grundlagen der Sozialdemokratie“ ist natürlich nicht entgangen, dass die vom Bundesvorstand auf die Reise durch Deutschland geschickte Ausstellung zum Thema „150 Jahre Sozialdemokratie“ die kritische Phase 1914 bis 1920 durch Ausblenden schwierigster Konflikte schönfärberisch wiedergegeben hat. Und ebenso hat das Seminar bei der Abstimmung über den Koalitionsvertrag die Vorfrage initiiert, wieso bei einer Mandatsmehrheit von 58 Prozent der Bundestagssitze links von der CDU/CSU nicht eine Regierung unter Führung der SPD Ziel der Bundesparteiführung war.

Und wir gehen natürlich auch davon aus, dass das am 15. März stattfindende Seminar zur nach wie vor andauernden Finanzkrise für die Willensbildung des Landesparteitages zum Thema „Was tut not bei der Regulierung der europäischen Banken?“ eine Rolle spielen kann.

Gerd Markus
Bildungsbeauftragter

Beschlussbericht

Die **Beschlüsse der Parteitage für die Wahlperiode 2012/2013** sind chronologisch aufgeführt. Am Schluss wird jeweils über Veranlassung und Ergebnis berichtet.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
01	A 1/2012	17. März 2012 (JHV)	Ortsverein Peterswerder/Steintor, Ortsverein Walle, Ortsverein Findorff

Lärm macht krank – Lärm ist unsozial - Bürgerinnen und Bürger vor Bahnlärm schützen!

1. Einleitung

Das Eisenbahnbundesamt selber weist es in seinen Karten aus: Die Bremer City ist, was den Bahnlärm angeht, die lauteste Innenstadt der 12 lautesten Städte in Deutschland! Bremen liegt im Schnittpunkt der vier norddeutschen Häfen. Unsere Häfen waren immer "Eisenbahnhäfen", und der Anteil des Schienengüterverkehrs soll wieder gesteigert werden. Der gesamte Schienengüterverkehr läuft aber über den Eisenbahnknotenpunkt Bremer Hauptbahnhof, egal, von welchem Hafen er kommt. Unter den Hafencities ist Bremen damit am stärksten belastet.

Was gut ist für die Häfen, sollte auch die Bürgerinnen und Bürger einer Handelsstadt freuen! Aber Güterschienenverkehr ist laut; viele Waggons sind völlig veraltet. Die Züge fahren auf derselben Strecke wie der Personenverkehr und deshalb überwiegend nachts, wenn die Strecke frei ist. Wenn die wirtschaftlichen Prognosen für Bremerhaven und Wilhelmshaven aufgehen, müssen wir damit rechnen, dass die Güterzüge sich des Nachts in den nächsten zehn Jahren verdoppeln werden. 180.000 Bremerinnen und Bremer wohnen an der Bahn, ein Drittel der Bevölkerung!

Besonders hart betroffen sind der Hauptbahnhof und die dicht besiedelten Stadtteile Östliche Vorstadt bis Hemelingen/Sebaldsbrück und Findorff bis Walle/Gröpelingen, durch die die Bahnstrecke mitten hin durchführt; Bahnhofsvorstadt, Stephaniquartier, die Neustadt und Woltmershausen. Die Bürgerinnen und Bürger dort möchten ungestört schlafen, ihre Häuser und Wohnungen auch bei offenem Fenster, auf dem Balkon oder im Garten nutzen und in Ruhe leben können: Lärm macht krank! Das ist inzwischen wissenschaftlich erwiesen. Der Lärm ist auch sozial ungleich verteilt: Wer ärmer ist, lebt im Lärm; wer reicher ist, kann sich Haus oder Wohnung an einem städtischen Platz der Ruhe leisten. Wenn wir nicht eingreifen, trägt eine steigende Lärmbelastung somit zu tieferer sozialer Spaltung bei und führt darüber hinaus dazu, dass bahnahe Freiflächen nicht im Sinne einer Aufwertung von Stadtquartieren entwickelt werden können.

Aber nicht nur viele Waggons, auch die Rechtslage ist 40 Jahre hinter der Zeit zurück! An bestehenden Strecken haben die Bürger kein Recht auf Lärmschutz. Auch die Stadt hat keinen rechtlichen Zugriff auf Fuhrpark, Tempo oder Trassenführung der Bahn. Ihre eigenen Projekte in der Stadtentwicklung, die planerischen und sozialen Prioritäten, die sie setzen möchte, spielen für die Bahn keine Rolle. Hier ist die bremische Politik gefordert, sich auf der Bundesebene und gegenüber der Deutschen Bahn AG Geltung zu verschaffen!

Was für Bremen gilt, trifft auch auf die anderen Bundesländer zu. Die schwarz-gelbe Bundesregierung macht viele Versprechungen zur Minderung des Bahnlärms, aber sie handelt nicht: alles wird auf die lange Bank geschoben. Als Beispiel sei die wiederholte Vertagung der Beratungen über die Einführung lärmabhängiger Trassenpreise durch die schwarz-gelbe Koalitionsmehrheit im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages genannt. Darunter leiden auch Regionen, in denen die Belastung durch Bahnlärm noch viel dramatischer ist als in Bremen, insbesondere im Rheintal.

Deshalb fordern wir den Unterbezirkstag auf, sich dafür einzusetzen, dass die SPD das anders macht! Kommunal und als Region müssen wir noch geschlossener und stärker auftreten. Die SPD Bremen Stadt formuliert daher im Folgenden Ihre Anforderungen an das Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2013 und für die Strategie des Bremer Senats, insbesondere des Senators für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr. Damit positioniert sich die Bremer SPD, stellt im Wahlprogramm für den Bundestagswahlkampf klare, konkrete und umsetzbare Forderungen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Bahnlärm auf und macht sich für deren Einlösung stark.

2. Anforderungen an das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013

Der Unterbezirksparteitag möge folgende Forderungen für das SPD Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 beschließen:

- **Schienenbonus von 5 dB (A) unverzüglich aufheben und auch auf den Bestand anwenden**
Bei der Berechnung der Schutzansprüche der Bürger werden gegenwärtig fünf Dezibel vom wirklichen Lärm abgezogen. Es gibt dafür keine wissenschaftlich begründbare Berechtigung mehr; Bahnlärm ist genauso schädlich wie LKW-Lärm. Der Schienenbonus soll aber voraussichtlich erst 2016 oder gar 2021 endgültig gestrichen werden, und das nur an Neubaustrecken, nicht an bestehenden. Das hilft Bremen nicht weiter! Für mit Güterverkehr hochbelastete Schienenstrecken muss die Bundesregierung ihn unverzüglich aussetzen; er muss auch – schrittweise und nach transparenten Kriterien - auf die bestehenden Trassen angewendet werden.
- **Lärmabhängige Trassenpreise sofort einführen**
Ab Ende 2012 sollen lärmabhängige Trassenpreise eingeführt werden, um den Eisenbahnverkehrsunternehmen einen finanziellen Anreiz zur schnelleren Umrüstung ihrer Waggons zu bieten. Die Einführung soll stufenweise vorgenommen werden. Die volle Maßnahme greift erst in zehn Jahren. Die Mehrzahl der betroffenen Waggons ist dann endgültig schrottreif und eine betriebswirtschaftlich sowieso gebotene Investition wird zusätzlich noch subventioniert. Diese Maßnahme muss deshalb unverzüglich und in vollem Umfang durchgeführt werden.
- **Umrüstung auf leise Bremsen sofort beginnen**
Spätestens 2018 sollte durch eine bundesrechtliche Verordnung bei allen Fahrzeugen eine Umrüstung auf leise Bremsen (K- oder LL-Sohle-Bremsen) vorgenommen werden müssen. Für Bestandsfahrzeuge müssten dann die gleichen Lärmobergrenzen gelten wie bereits heute für Neufahrzeuge. Ab 2018 sollte ein Nachtfahrverbot für bis dahin noch nicht umgerüstete Güterwaggons gelten.

- **Das freiwillige Lärmschutzprogramm der Bahn zur Regelsanierung auf 250 Mio. Euro/Jahr aufstocken und alternative Lärmschutzmaßnahmen zulassen**
Die rot-grüne Bundesregierung hatte 1998 als erste ein Sanierungsprogramm aufgelegt. Seit fünf Jahren ist es nicht mehr erhöht worden. Das Regelsanierungsprogramm von 100 Mio. € muss auf 250 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt werden.
Die Maßnahmen des Programms sollten anstelle der Standardlösungen (Schallschutzfenster und/oder Lärmschutzwände) auf kombinierte innovative Maßnahmen umgestellt werden. Maxime muss die jeweils optimale Ausrichtung auf die örtlichen akustischen Verhältnisse sein.
- **Zusätzliche Pilotprojekte durchführen und Budgets dafür zur Verfügung stellen**
Die Bundesregierung soll die „Pilotprojekte für Lärmschutz“, die im Konjunkturpaket II waren, nicht stoppen, sondern weiter ausbauen! Technische Innovationen, Maßnahmen wie lärmarme Bremssysteme, geräuschreduzierte Drehgestelle, Schienendämpfer, die Synchronisierung von Achsabstand und Schwellen u. a. müssen weiter gefördert werden. Förderungen alleine reichen aber nicht: sie müssen dann auch zugelassen werden!
- **Mittelungspegel-Regelung durch Spitzenpegel-Häufigkeits-Regelung ersetzen**
Die Lärmbelastung durch den Güterzugverkehr wird als so genannter Mittelungspegel durch eine Durchschnittsbildung ermittelt. Dieser nivelliert den extremen Spitzenlärm, der im Güterzugverkehr u.a. durch Bremsen, Quietschen, Wiederanfahren oder in Kurven entsteht. Diese Mittelungspegel-Regelung muss, ähnlich wie beim Fluglärmgesetz, durch eine Spitzenpegel-Häufigkeits-Regelung ergänzt werden, die dem Spitzenlärm Rechnung trägt. An relevanten Punkten müssen die Berechnungsverfahren durch Lärmmessstationen kontrolliert werden.
- **Für Bestandsstrecken muss ein rechtlicher Anspruch auf Lärmschutz eingeräumt werden! Dafür muss der Begriff der „wesentlichen Änderung“ im BImSchG neu definiert und die 16. BImSchV unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Menschen nivelliert werden.**
Heute gibt es einen Rechtsanspruch auf Vorsorge vor Lärm nur bei „wesentlichen Änderungen“ und Neubaumaßnahmen. Vorsorge- und Sanierungswerte klaffen um 11 Dezibel auseinander. Schon bei 10 dB (A) spricht man von einer Verdoppelung des Lärms! Die Schwellenwerte müssen auf dem Niveau der Vorsorge vereinheitlicht werden! Als „wesentlich“ sollte jede Änderung angesehen werden, die für die Bewohner links und rechts der Bahntrassen eine nachweisbar höhere Belastung mit sich bringt. Die gesundheitlich relevanten Grenzwerte dürfen auf keinen Fall mehr überschritten werden, wie dies heute an allen Bestandsstrecken in bestimmten Abschnitten der Fall ist.
- **Den Schutz vor Erschütterungen ins BImSchG aufnehmen**
Den Hausbesitzern links und rechts der Bahn ist es nicht nur zu laut; sie müssen auch um ihre Häuser fürchten wegen der Erschütterungen, denen diese ausgesetzt sind. Davor gibt es bisher keinen Schutz. Der Schutz vor Erschütterungen durch die Bahn muss vollumfänglich in das Immissionsschutzgesetz aufgenommen werden. Wir wollen klare Grenzwerte und Maßnahmenverordnungen! Schutz vor Erschütterungen ist technisch möglich durch Maßnahmen an Fahrzeugen und Trassen. Im Einzelfall können auch einzelne Häuser von Erschütterungen entkoppelt werden.

➤ **Güterverkehr künftig außerhalb von Wohngebieten führen**

Die Bundesrepublik Deutschland lebt vom Export; deshalb wird der Güterverkehr weiter zunehmen. Neubaustrecken mit überwiegendem Güterverkehr dürfen nicht mehr durch Wohngebiete geführt werden. Für Bestandsstrecken mit überwiegendem Güterverkehr sind Umfahrungen zu bauen, damit die Anwohner weitgehend von Lärm, Erschütterungen und Gefahrgutunfällen verschont werden.

Eine verantwortliche und nachhaltige Verkehrspolitik muss dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der Verlärmung ihrer Städte und Landschaften Rechnung tragen! An die Stelle von nachsorgendem Lärmschutz und Reparaturmaßnahmen muss eine vorausschauende Gestaltung von Verkehr, Stadtentwicklung und Architektur treten, die Lärm und Lärmschutz von Anfang an Rechnung trägt.

3. Anforderungen an den Senat der Freien Hansestadt Bremen

In Bremen wird der Eisenbahnknotenpunkt Bremer Hauptbahnhof modernisiert, um den wachsenden Verkehr aus den Nordseehäfen auch in Zukunft reibungslos aufnehmen zu können. Die Deutsche Bahn sagt: Während sich der Bahnverkehr verdoppeln soll, soll sich der Lärm halbieren. Wie die Bahn dieses Programm umsetzen will, steht in den Sternen.

Eine Minderung der Lärmbelastung an Streckenabschnitten der Bahn im Bremer Stadtgebiet erfordert daher über die Veränderung der bundespolitischen Rahmenbedingungen hinaus ein konkretes Engagement des Senats der Freien Hansestadt Bremen.

Der Unterbezirksparteitag Bremen-Stadt fordert daher den Bremer Senat und insbesondere den Senator für Stadtentwicklung, Umwelt, Bau und Verkehr zu folgenden Initiativen auf:

➤ **Stufen- und Zeitplan des Senats zur Halbierung des Bahnlärms nötig**

Der Senat wird ersucht, einen konkreten Stufen- und Zeitplan für die Umsetzung der allgemeinen Lärmschutzziele in der Koalitionsvereinbarung vom Mai 2011 zu entwickeln und sich im Bundesrat und gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) für die Umsetzung der hierfür erforderlichen Maßnahmen entschieden einzusetzen.

a. Planfeststellungsverfahren: Bahn muss Zusagen einhalten, Prüfaufträge transparent machen und kommunale Interessen berücksichtigen

Der Senator für Stadtentwicklung, Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert, sich gegenüber der Deutsche Bahn AG dafür einzusetzen, die in den Planfeststellungsverfahren Gleis 1 und Oldenburger Kurve gemachten Zusagen auf nachträglichen passiven Lärmschutz und auf zwei Lärmschutzwände einzuhalten - in der Bahnhofsvorstadt und im Stephaniquartier vor der Brücke. Die Prüfaufträge für weiteren Lärmschutz in Findorff und Walle - insbesondere die im Ortstermin des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages am 6. Februar 2012 gemachten Zusagen - sowie in den Kurven Breitenweg und der geplanten Oldenburger Kurve müssen ernsthaft umgesetzt werden.

- **Gegen die Verlärmung des Hauptbahnhofs - Hauptbahnhof muss ein Platz der Begegnung bleiben**
Der Unterbezirksparteitag unterstützt den Beirat Mitte in seinem Bemühen, im Zusammenhang mit dem Planfeststellungsverfahren zu Gleis 1 die Rechte der Stadt auf Stadtentwicklung und Gestaltung nach ihren eigenen kommunalen Schwerpunktsetzungen gegenüber der Deutschen Bahn zu stärken. Der Senator für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr hat dies zielführend zu unterstützen. Der Hauptbahnhof muss ein Ort der Begegnung bleiben, und darf nicht durch den Güterverkehr immer weiter verlärmert werden.
- **Senat muss alle Möglichkeiten zum Lärmschutz in den Planverfahren ausschöpfen**
Der Senator für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr wird aufgefordert, im Hinblick auf das Planfeststellungsverfahren umgehend alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, zusätzlichen Lärmschutz an den Brücken Breitenweg und Stephanibrücke gegenüber der Bahn durchzusetzen. Auch der Breitenweg und das Quartier um die Martinikirche, mitten im Herzen der Stadt, müssen geschützt werden. Die Erwachsenenschule an der Weserbahn ist völlig verlärmert.
Dem Verkauf der Grundstücke am Hauptbahnhof, der für das neue Gleis nötig ist, darf nur dann zugestimmt werden, wenn den Interessen aller Anwohner der Bahn am Lärmschutz überzeugend Rechnung getragen wird!

- b. Gutachten für Umgehungstrassen für den Schienengüterverkehr entschlossen in Angriff nehmen**
Der Unterbezirksparteitag erwartet vom Senat, dass das Gutachten zur Prüfung von alternativen Umgehungstrassen für den Güterverkehr, das die SPD-Bürgerschaftsfraktion im Dezember 2010 beantragt hat, endlich vergeben und zügig bearbeitet wird. Mögliche alternative Strecken sind konstruktiv und entschlossen zu prüfen und in den nächsten Bundesverkehrswegeplan einzubringen!

Veranlassung:

Der Beschluss wurde vom Unterbezirksbüro an den SPD-Bundesvorstand (AG Erarbeitung des Wahlprogramms) bezüglich Abschnitt 2. und an die Senatskanzlei und SPD-Bürgerschaftsfraktion bezüglich Abschnitt 3. weitergeleitet.

Ergebnis:

Die Beschlüsse wurden überwiegend in das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013 eingearbeitet (siehe S. 34) und sind auch Gegenstand des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD der 18. Legislaturperiode (S. 41): Lärmsanierungsmittel, Trassenpreisgestaltung, Abschaffung Schienenbonus, Umrüstung leise Bremsen. Offen sind noch die Fragen zum Bundesimmissionschutzgesetz. In Bremen wurden in den Haushaltsbeschlüssen 2012/13 und 2014/15 zusätzliche bremische Lärmsanierungsmittel von 0,5 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt. Der Unterbezirksvorstand hat das Thema für die Bremer Ausbaustrecke am 16. April 2012 beraten. Die zusätzlichen Lärmschutzmittel sieht er als geeignet an, dem Beschluss des Parteitages zum Lärmschutz Rechnung zu tragen.

Die zusätzlichen Maßnahmen an der Oldenburger Kurve wurden zwischenzeitlich in Angriff genommen. Die Kapazitätsstudie zum Bremer Bahnknoten ist in Auftrag gegeben worden.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
02	A 2/2012	17. März 2012 (JHV)	OV Schwachhausen Süd/Ost

Umsetzung von Nahwärmekonzepten

Der Unterbezirk Bremen Stadt fordert die zuständigen Stellen auf, die Landesbauordnung und die Feuerungsverordnung des Landes Bremen derart zu verändern, dass Nahwärmekonzepte für neu zu bauende Gebäude und bestehende Gebäude, die verändert werden, vordringlicher umzusetzen sind als im Erneuerbare- Energien- Gesetz 2011 gefordert ist.

In den Verordnungen wird festgelegt, dass für solche Bauten eine zentrale Beheizung derart zu planen ist, dass

1. Nahwärmeleitungen zu den direkten Nachbarn zu planen sind, die bezüglich der Dimensionierung in der Lage sind, gemäß den Regeln der Technik die Wärmelast der direkt verbundenen benachbarten Gebäude abzudecken bzw. durchzuleiten.
2. Aufstellräume und technische Anlagen für Beheizungen vorzusehen sind, welche die unter 1. definierte entsprechende Wärmelast erzeugen können.
3. Vorrichtungen für Wärmemengenmessungen enthalten, um eventuelle Wärmelieferungen an das nächststehende Gebäude zu zählen

Veranlassung:

Der Antrag wurde an den UB-Vorstand mit Bitte um weitere Beratung überwiesen. Der Unterbezirksvorstand hat den Antrag an die SPD-Bürgerschaftsfraktion weitergeleitet, mit der Bitte, eine Kleine Anfrage zum Thema an den Senat zu richten. Mit der vorliegenden Antwort beschließt der Unterbezirksvorstand wie folgt:

Ergebnis:

Der klimaschützende und energiepolitische Vorteil von Nahwärmekonzepten hängt wesentlich von der Art der Wärmeerzeugung ab. Der ökonomische Vorteil für die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer ist wiederum ganz wesentlich vom konkreten Einzelfall abhängig und kann nicht generell vorausgesetzt werden. Darüber hinaus entstehen fast immer zusätzliche Energiekosten durch die nötige Pumpleistung. Insofern müssen Nahwärmekonzepte immer in umfassende Konzepte für Erzeugung, Verteilung und Abgabe von Energie eingebunden sein, um ökologische und ökonomische Wirksamkeit zu entfalten. Eine separate Änderung von bremischen Gesetzen mit dem Ziel, einzelne Vorgaben über die bundesgesetzlichen Vorgaben hinaus zwingend vorzuschreiben, erscheint dem Unterbezirksvorstand nicht sinnvoll.

Der Unterbezirksvorstand empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
03	A 3/2012	17. März 2012 (JHV)	ASF

Mädchen- und Fraueneinrichtungen finanziell absichern

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren auf, dafür zu sorgen, dass in den aktuellen Beratungen zum Bremer Haushalt folgende Schritte verwirklicht werden:

- Die nachhaltige Absicherung von Fraueneinrichtungen soll durch die Förderung der frauenspezifischen Infrastruktur entsprechend ihrer in den letzten Jahren gewachsenen Aufgaben gewährleistet werden.
- Eine finanzielle Absicherung der Grundstruktur von Bremer - und auch Bremerhavener - Mädchen- und Fraueneinrichtungen muss durch die jeweils zuständigen Stellen und Ressorts erfolgen.
- Mädchen- und Fraueneinrichtungen sollen vermehrt aus dem kurzzeitigen Vergaberecht herausgenommen werden. Notwendig ist die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für eine dauerhafte kontinuierliche Finanzierungsbasis anstatt punktueller Projektförderung.

Veranlassung:

Der Beschluss wurde an die SPD-Bürgerschaftsfraktion mit Bitte um Berücksichtigung in der weiteren Arbeit, speziell in den Haushaltsberatungen, weitergeleitet.

Ergebnis:

In den parlamentarischen Haushaltsberatungen 2012/13 und 2014/15 wurden diverse Frauen- und Mädcheneinrichtungen finanziell zusätzlich unterstützt. Die Frage der dauerhaften Absicherung durch Überführung von einer freiwilligen in eine gesetzliche Aufgabe ist vor dem Hintergrund der Haushaltslage Bremens zu sehen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
04	A 4/2012	17. März 2012 (JHV)	OV Buntentor

Erhöhung der Müllgebühren möglichst vermeiden

Die SPD, Unterbezirk Bremen-Stadt fordert den Senat auf, eine Erhöhung der Müllgebühren in der Stadt Bremen so gering wie möglich oder entbehrlich zu machen. Sollten Gebührenerhöhungen unumgänglich sein und sollte das Gebührensystem verändert werden, wird eine breite öffentliche Diskussion zu diesem Thema eingefordert. Ziel muss auf jeden Fall eine gerechte Verteilung der Belastungen der Haushalte und transparente Gestaltung des Gebührensystems sein.

Der Senat wird gleichfalls aufgefordert, zu überprüfen, unter welchen Voraussetzungen eine Leistungsverbesserung im Bereich der Straßenreinigung und der Versorgung mit Abfallbehältern insbesondere in den Stadtteilen außerhalb der Innenstadt erreicht werden kann.

Dafür sind auch Schritte wie eine Neuverhandlung des Leistungsvertrages oder eine Rekommunalisierung der Müllabfuhr und Straßenreinigung zu überprüfen.

Veranlassung:

Der Antrag wurde beschlossen, soll aber im UB-Vorstand beraten werden.

Ergebnis:

Der Unterbezirksvorstand hat den Antrag im Zusammenhang mit der der Umweltdeputation vorliegenden Beschlussvorlage des Umweltsenators am 7. Mai 2012 mit folgendem Ergebnis beraten: Der Unterbezirksvorstand sieht keinen Anlass, den SPD-Umweltdeputierten zu empfehlen, dem grundsätzlichen Beschluss über eine Gesetzesänderung nicht zuzustimmen. Die geplante Gebührenerhöhung und Veränderung der Gebührenstruktur erscheint grundsätzlich nachvollziehbar. Weiterhin hat der Unterbezirksvorstand den Antrag an die SPD-Bürgerschaftsfraktion weitergegeben, damit im Prozess der Gesetzgebung die weiteren Intentionen des Antrages (Transparenz, öffentliche Diskussion) berücksichtigt werden.

Die SPD-Beiratsfraktionen wurde in einem Brief Ende Juni 2012 über diesen Sachstand informiert. Das Ortsgesetz über die Gebührenänderung wurde im November 2012 nach 1 1/2 jähriger umfassender Beratung ohne weitere strukturelle Veränderungen gegenüber dem Entwurf vom Mai 2012 von der Stadtbürgerschaft beschlossen.

Die im Antrag zusätzlich geforderte Leistungsausweitung der Straßenreinigung wird vor dem Hintergrund der vorgenommenen Gebührenerhöhung derzeit nicht vorgenommen.

Der Landesvorstand hat im August 2013 einen Beschluss über eine mögliche Rekommunalisierung der Abfallentsorgung und Straßenreinigung gefasst. Das Thema wird im dortigen Arbeitskreis weiter diskutiert.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
05	A 5/2012	17. März 2012 (JHV)	OV Gartenstadt-Vahr

Begrenzung der Mandatsträger/innenzahl im UBV OV Gartenstadt-Vahr

Um die eigenständige Meinungsbildung des Unterbezirks zu fördern, beschließt der Unterbezirk, dass dem Vorstand nicht mehr als 4 Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion angehören sollen.

Veranlassung:

Der Antrag wurde an den Unterbezirksvorstand überwiesen.

Ergebnis:

Die neue Satzung des Unterbezirks wurde am 27. November 2013 vom Parteitag beschlossen. Eine weitere Begrenzung der Anzahl der Mandatsträgerinnen/Mandatsträger im Unterbezirksvorstand (§5 (5)) auf weniger als 1/3 ist danach nicht vorgesehen. Ein entsprechender Änderungsantrag im Sinne des „A5/2012“ wurde vom Parteitag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
06	A 6/2012	27. November 2012	OV Gartenstadt-Vahr

Verfügbarkeit der Daten zur Versorgung mit Kita- und Hortplätzen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden gebeten sicherzustellen, dass die Daten der Versorgung der Ortsteile mit Krippen-, Kita- und Hortplätzen spätestens zwei Monate nach Beginn des Kindergartenjahres öffentlich zu Verfügung gestellt werden.

Sie sollen alle verfügbaren Plätze, die durch die Stadtgemeinde, freie Träger oder private Initiativen bereitgestellt werden, nach Ortsteilen der Stadt Bremen ausweisen. Darüber hinaus sind erstens die Anteile der drei Platzangebote an der Zahl der Kinder der 0-u.3-Jährigen, der 3-u.6-Jährigen und der 6-u.12-Jährigen Kinder im Ortsteil und zweitens die Versorgungsanteile von Kindern mit Migrationshintergrund auszuweisen. Die Daten sind rückwirkend für die Jahre 2008 und 2010 zur Verfügung zu stellen. Die Beiräte sind zu unterrichten.

Zusatzbeschluss: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion der Stadtgemeinde Bremen ist jeweils von der Beschlusslage zu unterrichten

Veranlassung:

Der Antrag wurde beschlossen. Der Beschluss wurde an die SPD-Bürgerschaftsfraktion und an die SPD-Mitglieder des Senats mit der Bitte um Berücksichtigung in der weiteren Arbeit weitergeleitet.

Ergebnis:

Die Belegungen der Plätze auf Ortsteilebene kann unter www.kinderbetreuungscompass.de eingesehen werden. Der Migrationshintergrund wird bei der Kindergartenanmeldung nicht erfasst. Aussagekräftig sind aber die Zahlen zum Bedarf an Sprachförderung. Der Ablaufplan wird mit allen beteiligten Trägern im Jugendhilfeausschuss abgestimmt. Die SPD-Mitglieder im Jugendhilfeausschuss und in der Sozialdeputation setzen sich kontinuierlich für eine möglichst frühe Veröffentlichung der Anmeldezahlen ein.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
07	A 7/2012	27. November 2012	Unterbezirksvorstand (AK Sozialpolitik)

Versorgung von unter Dreijährigen (U3) sicherstellen

Der Unterbezirksparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf:

- ab 1. August 2013 den Rechtsanspruch sicher zu stellen, somit eine bedarfsgerechte Anzahl von Plätzen und entsprechenden bedarfsgerechten Betreuungszeiten zur wohnortnahen Versorgung von unter Dreijährigen (U3) Bremer Kindern vor zu halten,
- dass die Koalitionsvereinbarung zur Platzvergabe umgesetzt wird, und dass die Berufstätigkeit der Eltern kein bevorzugendes Kriterium darstellt, dazu muss das Ortsgesetz durch die Stadtbürgerschaft für die aktuellen Anforderungen dementsprechend geändert werden,
- dass ausreichend Erzieherinnen und Erzieher als qualifiziertes Personal in den Kitas eingesetzt werden, und dass der vorhandene Erzieherinnen- und Erzieherschlüssel nicht negativ verändert wird,
- dass die Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher bedarfsgerecht ausgebaut wird und dass das geplante Zurückfahren der Zusatzklassen in der Erzieherausbildung (1. August 2013) nicht umgesetzt wird,
- in der Ausbauplanung den stadt eigenen Träger Kita Bremen stärker zu berücksichtigen,
- den Ausbau prioritär in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf voranzutreiben und dort für die Einrichtung institutioneller Betreuungsplätze zu sorgen,
- den Ausbau dahingehend zu steuern, dass alle Einrichtungen perspektivisch eine durchgängige Betreuung für Kinder von 0 bis 6 Jahren anbieten können,
- die Entwicklung des Konzeptes zu Kinder- und Familienzentren zu fördern und auszubauen,
- dass die Beiräte und die Träger frühzeitig in die Ausbauplanung einbezogen und die konkreten Zahlen über Bedarfe in den einzelnen Stadtteilen in einem transparenten Verfahren zur Verfügung gestellt werden.

Veranlassung:

Der Beschluss wurde an die SPD-Bürgerschaftsfraktion und an die SPD-Mitglieder des Senats mit der Bitte um Berücksichtigung in der weiteren Arbeit weitergeleitet

Ergebnis:

Der Unterbezirksvorstand hat mit seinem Arbeitskreis Sozialpolitik das Thema eng und laufend begleitet (siehe dortiger Bericht).

Der Rechtsanspruch auf U3-Betreuung ist seit August 2013 rein quantitativ erfüllt. Qualitativ besteht jedoch weiterhin Verbesserungsbedarf.

Das Ortsgesetz zu den Aufnahmekriterien wird aktuell umfassend geändert. Nach dem vorliegenden Entwurf wird die Berufstätigkeit der Eltern nicht mehr einziges und bevorzugtes Kriterium der Platzvergabe sein. Die Kürzungen bei der Ausbildung der Erzieher/innen wurden zurückgenommen. Nachsteuerungsbedarf besteht weiterhin in der Ausbauplanung in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf.

Die weitere Ausbauplanung im U3- und KiTa-Bereich im Sinne der weiteren Bedarfe insbesondere in qualitativer Hinsicht ist Gegenstand eines neuerlichen Antrages des UBV zum nächsten Parteitag.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
08	A 8/2012	27. November 2012	Unterbezirksvorstand

Sozialdemokratische Wohnungspolitik

Art. 14 der Bremischen Verfassung

„Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat einen Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruches zu fördern.“

Unser Ziel: Angemessener und bezahlbarer Wohnraum für alle Einwohnerinnen und Einwohner Bremens

Die Sicherung eines ausreichenden und qualitativ angemessenen Wohnungsangebotes für alle Generationen und alle Einkommensschichten, gerechte und bezahlbare Mieten, ein leistungsstarkes Wohngeld und ein sozial gerechtes Mietrecht sind die Grundpfeiler sozialdemokratischer Wohnungspolitik im Bund und in Bremen. Um die Vielfalt und soziale Durchmischung zu sichern, müssen auch in teureren Stadtteilen Wohnungen für Menschen mit geringeren Einkommen zugänglich sein – und umgekehrt. Wir brauchen mehr Wohnraum für neue Einwohnerinnen und Einwohner, nicht nur, um unsere Einkommenssituation zu verbessern, sondern auch, um Bremen als attraktive Stadt zu erhalten und auszubauen. Sozialdemokratische Wohnungspolitik ist dabei eingebettet in eine integrative, sozial ausgewogene und nachhaltige Stadtentwicklung in Bremen und seinen Stadtteilen und Quartieren.

Eine Bestandsaufnahme der aktuellen Lage:

In den letzten Jahren gab es im Bund, aber auch im Land Bremen zu wenige Neubauten. Waren es im Jahr 1992 noch 2.500 Wohnungen, so ist die Zahl der Neubaufertigstellungen im Land Bremen auf unter 500 im Jahr 2009 gesunken. Der Bedarf bis 2020 liegt aber bei 14.000 neuen Wohnungen, wenn Bremen seine Einwohnerzahl halten will. Jährlich müssen also 1.200 bis 1.400 Wohneinheiten neu gebaut werden. Dieses Ziel ist in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, und der Senat hat im August beschlossen, in den Jahren 2012/2013 den Bau von 700 Wohnungen öffentlich zu fördern.

Dazu kommt, dass immer mehr Sozialbindungen auslaufen. Waren im Jahr 2000 noch 29.600 Wohnungen in der Bindung, so waren es 2010 nur noch 10.400, und diese Zahl würde sich – ohne Gegensteuern – bis 2020 noch einmal halbieren. Sozialer Wohnungsneubau bleibt also weiter notwendig.

Bedarf gibt es vor allem an kleinen und preiswerten Wohnungen bzw. in geringerem Ausmaß an Wohnungen für Großfamilien. Wir beobachten allerdings, dass bislang vor allem im hochpreisigen Segment gebaut wird.

Bei Neubauten sind – ohne Förderung – kaum preiswerte Mieten zu erreichen. Es ist deshalb sehr wichtig, neben dem Thema Neubau auch über die Entwicklungen im Bestand nachzudenken. Probleme sind hier der energetische Standard, Barrierefreiheit, Wohnungsgrößen und -zuschnitte. Für den Mietwohnbestand in Bremen sind dabei die Wohnungen der GEWOBA von entscheidender

Bedeutung (32.000 Wohnungen). Durch die Sanierungen steigen aber auch hier die Mietpreise. Gerade umfangreiche energetische Sanierungen führen dazu, dass diese Wohnungen nicht mehr von ALG II-Empfängern angemietet werden können.

Auch die Nebenkosten steigen. Sie entwickeln sich zu einem wesentlichen Faktor der Mietkosten und stellen vor allem auch für Familien mit geringem Erwerbseinkommen ein Problem dar.

Fazit:

Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt erfordern eine aktive Flächenpolitik und eine Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus. Sie werden sich aber nicht über die gerade beschlossenen Wohnbauförderung und das Marktgeschehen alleine regeln lassen. Öffentliche Einflussnahme ist notwendig - und dabei kommen der GEWOBA und der Stäwog als kommunalen Gesellschaften wichtige Rollen zu.

Wohnbauförderung und soziale Wohnungspolitik werden derzeit intensiv öffentlich diskutiert. Die Bremer SPD begrüßt besonders, dass Jens Böhrnsen als Präsident des Senats ein „Bündnis für Wohnen“ initiiert und ins Rathaus eingeladen hat.

Unsere Forderung: Eine Neuorientierung der Wohnungs- und Städtebauförderungspolitik auf Bundesebene

Der Bund wird aufgefordert:

- Die Kompensationszahlungen zur Durchführung des Sozialen Wohnungsbaus an die Länder in gleicher Höhe weiter zu zahlen und die Zweckbindung beizubehalten.
- Den Mietwohnungsbau durch angemessene degressive Abschreibungssätze im Steuerrecht zu fördern.
- Sonderförderprogramme für Regionen mit akutem Wohnungsmangel aufzulegen.
- Die Kürzungen im Programm Soziale Stadt zurückzunehmen und das Programm zumindest auf das vorherige Niveau zurückzuführen.
- Das Programm „Altersgerechtes Umbauen“ wieder aufzunehmen.
- Im Mietrecht Mieterhöhungsmöglichkeiten weiter zu beschränken (auf maximal 15 Prozent in 3 Jahren), die Modernisierungsumlage auf 7 Prozent zu beschränken und das soziale Mietrecht insgesamt weiter zu entwickeln.
- Den Genossenschaftsgedanken durch Förderung von Modellprojekten zu stärken.

Mehr Wohnraum in Bremen (und Bremerhaven)

Die Pläne des Bausenators für eine Ausweitung der Wohnbauflächen sind ein Schritt in die richtige Richtung. Wir brauchen mehr Flächen für sozialen Wohnungsbau. Daneben benötigen wir auch Wohnungsbau zur Eigentumbildung, auch für mittlere Einkommenschichten.

Für eine solche aktive Flächenpolitik müssen die nötigen Instrumente entwickelt und bereitgestellt werden:

- Prüfung der Bebauungsplan- und Genehmigungsverfahren zur Straffung und Vereinfachung
- Ausrichtung der Personalplanung an den Verfahrenserfordernissen

- Klare und zeitlich straffe Regelungen in Konfliktfällen
- Quartalsbezogenes Controlling der erteilten Baugenehmigungen, des Baubeginns sowie der Fertigstellung von Wohnungen
- Modellprojekte „Kostengünstiges Bauen“, auch in Tradition des Bremer Hauses
- Wohnraumförderung durch städtebauliche Verträge auch für mittlere Einkommen
- Weiterhin Orientierung am Vorrang der Innenentwicklung, Bebauung von Baulücken, Arrondierung von Quartieren, Nutzung von Brachflächen
- Die öffentliche Förderung von Eigentumsbildung kann auch ein wesentlicher Beitrag zu sozialer Stabilisierung und sozialer Durchmischung sein. Deshalb ist die gezielte Förderung von Wohneigentum in Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf anzustreben.

Mehr preiswerten Wohnraum in Bremen und Bremerhaven

Im Land Bremen begrüßen wir den Beschluss des Senats, von den in den Jahren 2012/2013 zu errichtenden 2.400 bis 2.800 Wohneinheiten ein Viertel (700) mit öffentlicher Förderung zu realisieren und erwarten,

- dass der Senator für Umwelt, Bauen und Verkehr die Planungsvorhaben zügig und unter Beteiligung der Beiräte und der Öffentlichkeit durchführt.
- dass Belegungsbindungen für den Sozialen Wohnungsbau langfristig möglichst erhalten bleiben und nicht – wie bisher oft praktiziert – vorzeitig abgelöst werden.
- dass durch städtebauliche Verträge Investoren an Folgekosten beteiligt werden und sie einen Teil von Neubauvorhaben auch mit einer Belegungsbindung ausstatten oder einer mittelbaren Belegungsbindung zustimmen.
- dass der Senat stadteigene Grundstücke für Vorhaben preiswerten Wohnungsbaus kostengünstig zur Verfügung stellt.
- dass für einen Ausbau des studentischen Wohnens und des Wohnens für Auszubildende Förderprogramme in Anspruch genommen und bremisch ergänzt werden müssen.
- dass Wohnungsnotfälle besondere Zugangsrechte zum Wohnungsmarkt erhalten.

Energetische Sanierungen sind als Bestandteil der Energiewende notwendig. Sinnvoll ist, dass höhere Mieten bei geringeren Energiekosten zum Beispiel im Rahmen der Übernahmen der Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch anerkannt werden. Bremens Anforderung an die energetische Sanierung und Bauweise sollte aber nicht über bundesweite Regelungen der nächsten Energiesparverordnungsnovelle 2013 hinausgehen. Energetische Sanierung sollte mit Augenmaß, auch in Hinblick auf niedrige Einkommensgruppen, gestaltet werden. Die Kosten sollten auf die Miete nur dann umgelegt werden, wenn die Energiekosten in gleichem Umfang gesenkt werden (warmmietneutral). Flankiert werden müssen diese Maßnahmen durch Beratungs- und Weiterbildungsangebote. Weiterhin ist darauf zu achten, dass die Zugangskriterien zur bremischen Förderung der energetischer Sanierung möglichst niedrigschwellig angesetzt sind.

GEWOBA und Stäwog sind unsere Partner

Die GEWOBA ist eine wichtige Partnerin bei der Umsetzung unserer Vorstellungen in der Stadt Bremen.

Von der GEWOBA erwarten wir, dass sie

- die Planungs- und Bauabteilung zügig wieder aufbaut. Damit kann die GEWOBA wieder in den Neubau von Wohnungen einsteigen. Vorrang sollten hier preiswerte und sozial ausgerichtete Vorhaben haben. Die GEWOBA sollte außerdem weitere Wohnungen (preiswerte Bestände) aufkaufen, ggf. sanieren und für alle Zielgruppen zur Verfügung stellen.
- weiterhin Projekte zur Stärkung und Aufwertung von Quartieren mit besonderem Bedarf durchführt (auch in Verbindung mit der Schulentwicklung in Stadtteilen).
- einen Teil der Gewinne, die bei hochpreisigen Bauvorhaben realisiert werden, der Förderung von sozialem Wohnungsbau widmet.
- neue Gebiete zur preisgünstigen Wohnbebauung entwickelt.
- Modellprojekte zum preiswerten Wohnen und Bauen konzipiert und dann auch realisiert.

Preiswerten Wohnraum auch im Bestand sichern

Preiswerten Wohnraum kann man angesichts hoher Baukosten und des erheblichen finanziellen Aufwands bei öffentlicher Förderung allerdings nur zum Teil über Wohnungsneubau sicherstellen. Es kommt daher auch darauf an, eine große Zahl preiswerter Wohnungen im Wohnungsbestand zu sichern.

Im Land Bremen haben die kommunalen bzw. kommunal beeinflussten Wohnungsbaugesellschaften eine wichtige Rolle bei der Sicherung preiswerter Mieten, zumal sie in den unteren Preissegmenten oft über einen bedeutenden Marktanteil verfügen. Folgende Maßnahmen sollten mit den Wohnungsbaugesellschaften im Rahmen des „Bündnisses für Wohnen“ erörtert und vereinbart werden:

1. *Beschränkung von Mieterhöhungen für alle Haushalte*

Das geltende Mietrecht macht eine Erhöhung der Bestandsmieten in drei Jahren um bis zu 20 Prozent möglich. Angesichts der deutlich geringeren Inflationsraten (und auch zum Beispiel der geringeren Steigerung von Renten und Arbeitnehmereinkommen) ist es denkbar, eine Beschränkung der Erhöhungen auf 12 Prozent in 4 Jahren zu vereinbaren.

2. *Beschränkung der Mieterhöhungen bei Modernisierungen*

Die Umlagemöglichkeit bei Modernisierung auf die Miete geht bislang von hohen Zinsaufwendungen für die Maßnahmen aus. Die Zinsen sind aber auf einem historischen Tiefststand. Die Umlage sollte durch die Unternehmen daher auf maximal 7 Prozent der aufgewendeten Kosten per anno beschränkt werden.

3. *Keine „Wegmodernisierung“ preiswerten Wohnraums*

Es ist zu beobachten, dass durch die Modernisierung von Wohnraum der Bestand an preiswertem Wohnraum immer mehr zurückgeht. Modernisierungen sollten daher nur vorgenommen werden, wenn der Umfang der Erhöhung der Kaltmieten durch sinkende Betriebs- und Energiekosten vollständig aufgefangen wird.

4. *Soziale Mischung sicherstellen*

Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bieten Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten an. Dies soll sich auch in der Belegung ihrer Wohnungen widerspiegeln, und zwar in allen Quartieren. Die Gesellschaften vergeben daher zukünftig

mindestens 50% aller zur Wiedervermietung anstehenden Wohnungen an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein, und zwar bezogen auf jeden Stadtteil.

5. Individuelle Lösungen finden

Für Mieterinnen und Mieter, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation eine Mieterhöhung nicht erbringen können, wird durch die Gesellschaft eine individuelle Lösung gefunden. Dazu kann auch gehören, dass bei großen Wohnungen ein Wechsel in eine kleinere, preiswerte Wohnung angeboten wird.

6. Wohnungsangebot an die Erfordernisse des demographischen Wandels anpassen

Die Gesellschaften bauen Wohnungen und Gebäude so um, dass sie auch bei Mobilitätsbeeinträchtigungen gut nutzbar sind und organisieren in Zusammenarbeit mit Anbietern von Diensten flexible Versorgungsangebote bei Pflege- und Unterstützungsbedarf, die selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen.

Es ist anzustreben, dass sich andere, auch ehemals gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen diesen Maßnahmen jedenfalls teilweise anschließen. Bei den kommunalen Unternehmen ist zu berücksichtigen, dass sich die Maßnahmen auf die Abführungen an die Anteilseigner auswirken können. Dies ist aber angesichts der Bedeutung für das Zusammenleben und die Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven und zur Zukunftssicherung der Unternehmen vertretbar.

Zur Begrenzung von überzogenen Mieterhöhungen im Bestand werden wir – neben unseren bundespolitischen Maßnahmen und den Maßnahmen der Wohnungsunternehmen – einen Mietspiegel in Bremen einführen.

Soziale Stadtentwicklung

Wohnungspolitik ist Bestandteil einer ganzheitlichen Stadtentwicklung. Es geht um Nahverkehr, soziale und Bildungsinfrastruktur, um Naherholung, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. Die Programme Soziale Stadt und Wohnen in Nachbarschaften sind dabei unverzichtbarer Bestandteil, die wir erhalten und ausbauen werden. Eine ausgewogene Stadtentwicklungspolitik dient der Stärkung des sozialen Zusammenhaltes einerseits und der Attraktivitätssteigerung für die Bremer und Bremerinnen und neue Einwohner und Einwohnerinnen andererseits. An diesem Grundgedanken werden wir festhalten.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
09	A 9/2012	27. November 2012	Ortsverein Buntentor

Die SPD-Landesorganisation Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, alle Schritte zu unternehmen, die geeignet sind, für breite Bevölkerungsschichten mit kleinem und mittlerem Einkommen ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Die SPD-Landesorganisation Bremen fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, bundesweit eine Initiative zum Ausbau von staatlicher Förderung für sozialen Wohnungsbau zu ergreifen.

Um in Bremen und Bremerhaven möglichst schnell eine Vergrößerung des Angebots an erschwinglichem Wohnraum zu schaffen, fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, durch das Studentenwerk Bremen verstärkt Studentenwohnungen bauen zu lassen. Dabei sollte auch überprüft werden, ob leerstehende innerstädtische Gewerbeimmobilien umgenutzt werden können.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden weiter aufgefordert, Initiativen zu prüfen, mit denen Eigentümer unterstützt aber auch angehalten werden können, verwahrlosten Wohnraum wieder herzurichten. Wenn dabei eine Sozialbindung erreicht werden kann, sollte auch eine staatliche Förderung ermöglicht werden.

Veranlassung A8/2012 & A9/2013:

Der Beschlüsse wurde an den Parteivorstand (A8/2012 in Teilen), die SPD-Bürgerschaftsfraktion und an die SPD-Mitglieder des Senats mit der Bitte um Berücksichtigung in der weiteren Arbeit weitergeleitet

Ergebnis A8/2012 & A9/2013:

Die Beschlüsse zur Bundesebene wurden überwiegend in das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013 eingearbeitet (S. 73-76) und sind auch Gegenstand des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD der 18. Legislaturperiode (S. 114): Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus, Absicherung des Programms Soziale Stadt, Neuauflage der Förderung für altersgerechte Wohnungen, Mietpreisbremse, Unterstützung von Genossenschaften. Änderungen im Steuerrecht (Abschreibungssatz) sind aus finanzpolitischer Gesamtsicht heraus nicht vorgesehen.

In Bremen steht das Thema bei Senat und Bürgerschaftsfraktion laufend oben auf der Tagesordnung. In einem „Bündnis für Wohnen“ werden mit Akteurinnen/Akteuren aus der Wohnungswirtschaft Wege aus der Wohnungsknappheit erarbeitet. Als wesentlicher Baustein ist hier ein Wohnraumförderungsprogramm für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen zu nennen, das von Senat und Bürgerschaft in 2012 auf den Weg gebracht wurde. Auch wird das Wohnungsangebot insgesamt durch die Ausweisung diverser neuer Wohnbauflächen erhöht werden.

Basierend auf den Erkenntnissen des AK-Stadtentwicklung vom 11. März 2013 wurde mit den überwiesenen Änderungsvorschlägen folgendermaßen verfahren:

Einfügen eines weiteren Spiegelstrichs in Zeile 104:

Annahme mit leichten Änderungen:

- *Die öffentliche Förderung von Eigentumsbildung ist kann auch ein wesentlicher Beitrag zu sozialen Stabilisierung und sozialen Durchmischung sein. Deshalb ist die gezielte Förderung von Wohneigentum in Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf anzustreben.*

Annahme der Änderung der Zeile 121 mit Einfügung „Auszubildende“

- dass für einen Ausbau des studentischen Wohnens und des Wohnens für Auszubildende Förderprogramme in Anspruch genommen und ~~bei Bedarf~~ bremisch ergänzt werden **müssen**.

Ergänzung der Formulierung des Unterpunktes in den Zeile 190-196: Ablehnung

Begründung: Die von der Baudeputation am 14.3. beschlossenen Quotenregelungen (Mindestgrößen der Wohngebiete, Ausnahmeregelungen, ...) in Verbindung mit der Annahme des Änderungsantrages zu Zeile 104 (Eigentumsförderung) gewährleisten eine ausreichende Berücksichtigung der jeweiligen

Besonderheiten in Stadtteilen mit besonderem Förderbedarf.

Einzelne Beschlüsse:

Für das studentische Wohnen ist in der Überseestadt ein wichtiges Projekt begonnen worden. Weitere müssen folgen. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass eine Förderung allein im normalen Wohnraumförderprogramm offensichtlich nicht ausreicht und spezielle Förderinstrumente entwickelt werden müssen

Bezüglich der Wohnberatung für altersgerechtes Wohnen ist die Finanzierung der zuständigen Beratungsstelle mittelfristig sichergestellt.

Insgesamt müssen nach Ansicht des Unterbezirksvorstands noch weitere Anstrengungen unternommen werden, um das politische Ziel der angemessenen Wohnungsversorgung für alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Dies gilt umso mehr mit der anhaltenden und verstärkten Zuwanderung. Der Unterbezirk wird das Thema auf einem wohnungspolitischen Forum Anfang März 2014 weiterberaten.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
10	A 10/2012	27. November 2012	Ortsverein Altstadt

Statt City-Center: Stadtzentrum stärken!

Der UB Parteitag möge beschließen, dass die Altstadt/City nach folgenden Grundsätzen entwickelt wird:

1. Kein Neubau eines City-Centers nach dem Muster einer ECE-Shopping-Mall in der Altstadt.
2. Aufgabe des Parkhauses Mitte und Nutzung der frei werdenden Flächen/des frei werdenden Grundstücks für Einzelhandel, Büro und Wohnen.
3. Weiterentwicklung des vorhandenen Fußgängerbereiches über die Söge-straße hinaus in Richtung Violenstraße und nach Westen bis zur Bgm.-Smidt-Straße und damit Erweiterung der autofreien Einkaufs- und Flanierzone mit attraktiven Rundläufen zwischen Obernstraße und Wall.
4. Kompensation der wegfallenden Parkplätze wenigstens teilweise durch Kapazitätsausweitungen am Rande der Altstadt.

Veranlassung

Überweisung an den Unterbezirksvorstand

Ergebnis:

Der Unterbezirksvorstand Bremen-Stadt hat am 15. April 2013 gemeinsam mit dem Ortsverein Altstadt-Mitte eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Expertinnen und Experten zum Thema Innenstadtentwicklung durchgeführt.

Ausgehend von dieser Diskussion beschließt der Unterbezirksvorstand Folgendes:

1. Das Projekt Ansgariquartier („City-Center“) stellt grundsätzlich einen sinnvollen und wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Bremer Innenstadt dar. Die bisher von Senat und Deputationen vorgeschlagenen Bausteine und Entwicklungsschritte im „Informationsmemorandum“ scheinen geeignet, die Chancen, die ein solches Projekt bietet, auch nutzbar zu machen. Um die angestrebten Effekte auch wirklich zu erzielen, ist eine kleinteilige Bebauung mit der Anlage von Laufwegen sowie eine sorgsame und kleinschrittige Begleitung des gesamten Prozesses durch Beirat, Deputationen und ansässige Kaufmannschaft unerlässlich.
2. Der vom Ortsverein Altstadt-Mitte darüber hinaus geforderte Abriss des Parkhauses Mitte stellt für den Unterbezirksvorstand jedoch zum jetzigen Zeitpunkt keinen durchführbaren Beitrag (Stichwort Eigentumsverhältnisse) zum Projekt Ansgariquartier dar. Gleichwohl kann für die weitere zukünftige Entwicklung der Bremer Innenstadt (Stichwort Flächenentwicklung, Rundläufe) der Abriss des Parkhauses Mitte durchaus eine zu prüfende Option sein. Der Unterbezirksvorstand behält sich vor, diese Option im Rahmen der Diskussion um das Regierungsprogramm 2015-2019 wieder aufzunehmen.

Der 4. Fortschrittsbericht zur Innenstadtentwicklung liegt vor. Der Zuschlag für die Grundstücksvergabe ist für Sommer 2014 vorgesehen. Das Konzept Innenstadt 2025 soll im 1. Quartal 2014 vorliegen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
11	A 11/2012	27. November 2012	Ortsverein Horn-Achterdiek

Die SPD-Bundespartei wird aufgefordert, in ihrem Wahlprogramm für den Bundestagswahlkampf 2013 folgende Aussage aufzunehmen:

„Die SPD strebt an, das Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung dahingehend zu ändern, dass die Provision für Makler von der Auftrag gebenden Partei zu tragen ist (Bestellerprinzip).“

Veranlassung:

Der Beschluss wurde weitergeleitet an die Antragskommission zur Erarbeitung des Wahlprogrammes für die Bundestagswahl

Ergebnis:

Der Senat ist einer entsprechenden Bundesratsinitiative beigetreten. Das Bestellerprinzip findet sich auch im Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU für die 18. Legislaturperiode (S. 115).

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
12	A 12/2012	27. November 2012	Ortsverein Horn-Achterdiek

Die SPD-Bundespartei wird aufgefordert, in ihrem Wahlprogramm für den Bundestagswahlkampf 2013 folgende Aussage aufzunehmen:

Deutschlandstipendium abschaffen – Gute Bildung für alle statt Elitenförderung

Die SPD wird das Deutschlandstipendium abschaffen. Die SPD steht für eine gute Bildung für alle und eine von der Wirtschaft unabhängige Bildung an Hochschulen und Universitäten. Das Geld, das bisher von Seiten der Bundesregierung für das Deutschlandstipendium eingesetzt wurde, soll der zusätzlichen Finanzierung der Lehre dienen. So kommt es allen Studierenden zugute.

Veranlassung:

Der Beschluss wurde weitergeleitet an die Antragskommission zur Erarbeitung des Wahlprogrammes für die Bundestagswahl.

Ergebnis:

Im Regierungsprogramm der SPD ist ein Auslaufen des Stipendiums und Überführung ins BAfÖG gefordert worden. Dies konnte jedoch in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU nicht durchgesetzt werden.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
13	A 13/2012	27. November 2012	Ortsverein Horn-Achterdiek in Zusammenarbeit mit dem AK- Netzpolitik

Die SPD-Bundespartei wird aufgefordert, in ihrem Wahlprogramm für den Bundestagswahlkampf 2013 folgende Aussage aufzunehmen:

Rechtssicherheit für Anbieter von freiem Internet

Die SPD wird sich für eine Änderung der WLAN-Betreiberhaftung einsetzen, um mehr Rechtssicherheit für die Anbieter zu schaffen. Hierzu wird sie auf eine Änderung des Telemediengesetzes hinzuwirken, um WLAN-Betreiber einem Access-Provider gleichzustellen und im Urheberrecht Änderungen vornehmen, die klare Voraussetzungen für das Vorliegen einer Störerhaftung schaffen, wobei nach Möglichkeit insbesondere nichtgewerbliche WLAN-Betreiber von einer entsprechenden Haftung freizustellen sind. Ferner wird die SPD Regelungen schaffen, in denen die Anforderungen an die jeweils einzusetzenden Schutzmaßnahmen durch die Betreiber eindeutig definiert werden und sich an alltagstauglichen Kriterien orientieren.“

Veranlassung:

Der Beschluss wurde weitergeleitet an die Antragskommission zur Erarbeitung des Wahlprogrammes für die Bundestagswahl.

Ergebnis:

Der Senat ist einer entsprechenden Bundesratsinitiative beigetreten. Das Regierungsprogramm der SPD sieht eine Passage zur Störerhaftung vor. Im Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU ist eine Rechtssicherheit für Anbieter von freiem Internet ebenfalls in der Diskussion.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
14	A 14/2012	27. November 2012	Ortsverein Gartenstadt-Vahr

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf zu prüfen inwiefern, im Rahmen eines bundesweiten Vorgehens, die Vereine an polizeilichen Einsatzkosten beteiligt werden können.

Veranlassung:

Der Beschluss wurde an die SPD-Bürgerschaftsfraktion und an die SPD-Mitglieder des Senats mit der Bitte um Berücksichtigung in der weiteren Arbeit weitergeleitet.

Ergebnis:

Das Thema wurde bereits im November 2011 auf einem Unterbezirksparteitag umfassend und kontrovers (Stichwort Gewaltmonopol des Staates, Abgrenzung von Veranstaltungen) diskutiert. Die Beschlusslage des „A14/2012“ sieht nunmehr eine Prüfung eines bundeseinheitlichen Vorgehens vor. Mit DFB und DFL ist inzwischen zumindest eine Einigung über die Fanprojektfinanzierung erreicht worden.

Die rot-grünen Bürgerschaftsfraktionen haben im Dezember 2013 den Senat um Prüfung der Finanzierung von Polizeieinsätzen bei gewinnorientierten Großveranstaltungen gebeten.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
15	A 15/2012	27. November 2012	Ortsverein Gartenstadt-Vahr

Die Dauer der Abgeordnetenmandate der Bremischen Bürgerschaft (Stadtgemeinde und Landtag) wird auf zwei Wahlperioden festgelegt.

Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, die über diese Zeit hinaus für die SPD kandidieren wollen:

- müssen dem UB-Parteitag von zwei seiner Mitglieder für eine darüber hinausgehende Mandatszeit vorgeschlagen werden und
- bedürfen für ihre Kandidatur mit einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen eines qualifizierten Votums des Unterbezirksparteitages in Einzelwahl. Die Abstimmung erfolgt nach einem Tätigkeitsbericht der Kandidatin oder des Kandidaten über ihre bzw. seine bisherige parlamentarische Tätigkeit und einer sich daran anschließenden Aussprache.
- Dieses Votum des Unterbezirksparteitages ist vor Beginn der Arbeit der Mandatskommission abzugeben. Sie präjudiziert das Votum der Mandatskommission nicht.

Veranlassung:

Der Antrag wurde in den Unterbezirksvorstand überwiesen, damit dieser ihn im Rahmen der Satzungsdebatte berücksichtigt.

Ergebnis:

Die neue Satzung des UB wurde am 27. November 2013 vom Parteitag beschlossen. Danach gibt es im § 8 (7) die allgemeine politische Vorgabe nach Erneuerung der Fraktion statt der bisherigen sogen. 12-Ender Regelung. Eine weitere Begrenzung der Mandatsdauer für Stadt-Bremer SPD-Bürgerschafts-abgeordnete auf 8 Jahre ist nicht vorgesehen. Ein entsprechender Änderungsantrag im Sinne des „A15 2012“ wurde vom Parteitag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
16	A 16/2012	27. November 2012	Ortsverein Gartenstadt-Vahr

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Angesichts der Beschäftigungskrisen einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union fordert der Bundesparteitag die SPD-Fraktionen im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament auf, beschäftigungs- und wachstumsfördernde Programme zugunsten dieser Länder zu erarbeiten und in geeigneter Weise zu initiieren, um die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern zu bekämpfen. Diese Programme sind nicht alleine durch die öffentlichen Haushalte dieser Länder zu finanzieren. Vielmehr sind Instrumente wie z.B. die Europäische Investitionsbank zu nutzen. Finanzielle Konditionen, wie sie bei Entwicklungshilfekrediten international üblich sind, können als Muster derartiger Verträge dienen.

Veranlassung:

Der Antrag wurde angenommen und als Antrag an den nächsten Bundesparteitag am 14. April 2013 gestellt.

Ergebnis:

Der auf dem Bundesparteitag vom 14. bis 16. November 2013 beschlossene Leitantrag „Neues Vertrauen für ein besseres Europa“ befasst sich im Kapitel Investitionen in Wachstum und Beschäftigung mit der zukünftigen Gestaltung der europäischen Beschäftigungspolitik (näheres siehe Beschlussbuch Bundesparteitag 14. – 16. November 2013).

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
17	A 17/2012	27. November 2012	Ortsverein Schwachhausen-Nord

Autofreier Sonntag in Bremen

Der Unterbezirksparteitag befürwortet die Durchführung des autofreien Sonntages in Bremen auch in den kommenden Jahren. Mit dieser Aktion wird auf der Basis von Freiwilligkeit verdeutlicht, dass es für die Mobilität in der Stadt umweltfreundliche Alternativen zum Auto gibt.

Der Unterbezirksparteitag befürwortet jedoch eine für den öffentlichen Haushalt kostenneutrale Durchführung des autofreien Sonntages. Der Unterbezirksparteitag schlägt dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr vor, stattdessen Sponsoren für diese Veranstaltung zu gewinnen.

Veranlassung:

Der Antrag wurde beschlossen und an den Senat weitergegeben.

Ergebnis:

Der autofreie Sonntag hat 2012 und 2013 mit mehreren 10000 Besucher/innen stattgefunden. Trotz der Beteiligung von zahlreichen Kooperationspartner/innen musste der Tag mit 100.000 Euro aus beschlossenen Haushaltsmitteln zufinanziert werden.

Die SPD Bremen-Stadt hat sich gemeinsam mit den Jusos 2013 mit einem (gebührenfreien) Infostand an dem autofreien Sonntag beteiligt und über ihre verkehrspolitischen Vorhaben informiert.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
18	A 18/2012	27. November 2012	Ortsverein Schwachhausen-Nord

Geschäftsführergehälter bei den bremischen Gesellschaften anpassen

Der Unterbezirk Bremen-Stadt begrüßt die Veröffentlichung der Geschäftsführergehälter der bremischen Gesellschaften im Beteiligungs-Bericht des Landes. Mit dieser Information wird notwendige Transparenz geschaffen, die Voraussetzung für eine Kontrolle der staatlichen und kommunalen Gesellschaften durch Parlament und Öffentlichkeit ist.

Die Geschäftsführergehälter liegen zum Teil deutlich über den Gehältern, die für vergleichbare Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bezahlt werden. Das ist vor dem Hintergrund der knappen Haushaltslage des Landes und der Stadtgemeinde und angesichts der Entwicklung der Tarifgehälter für den öffentlichen Dienst und der Beamtenbesoldung in Bremen nicht zu rechtfertigen. Der Verweis auf ein Arbeitsplatzrisiko zieht in den Fällen nicht, in denen die Betroffenen ein Rückkehrrecht in den öffentlichen Dienst haben. Der Verweis auf Haftungsrisiken ist verfehlt, weil diese Risiken durch Versicherungen abgedeckt werden können.

Der Unterbezirksparteitag fordert daher die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, zu prüfen wie bei Leitungsfunktionen bei den im öffentlichem Eigentum stehenden privaten Gesellschaften, die nur Aufgaben der Verwaltung erfüllen und nicht am Markt agieren, künftig wie vergleichbare Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst vergütet werden. Das gleiche gilt für Leitungsfunktionen, bei denen ein Rückkehrrecht in den öffentlichen Dienst gesichert ist.

Veranlassung:

Der Beschluss wurde an die SPD-Bürgerschaftsfraktion und an die SPD-Mitglieder des Senats mit der Bitte um Berücksichtigung in der weiteren Arbeit weitergeleitet.

Ergebnis:

Die in dem Beschluss zum Ausdruck gebrachte Zielsetzung wird im Rahmen der Fortentwicklung des Beteiligungsmanagements, insbesondere des Beteiligungshandbuchs der Freien Hansestadt Bremen sowie der Aktualisierung der geltenden Regeln des Corporate Governance Kodex eingebracht und verfolgt. Dabei ist auch eine Überprüfung vorgesehen, ob bei den Verabredungen zu den Geschäftsführergehältern in Unternehmen die nicht im Wettbewerb stehen Begrenzungen im Sinne des Antrags eingeführt werden können. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang, dass in den zurückliegenden Jahren in nahezu allen Fällen Geschäftsführungen von außerhalb der Verwaltung eingestellt wurde, so dass in diesen überwiegenden Fällen ein Rückkehrrecht in den bremischen öffentlichen Dienst von vornherein ausgeschlossen ist.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
19	A 19/2012	27. November 2012	Ortsverein Walle

Erneuerung der Homepage

Wir bitten die im Vorstand ernannten Zuständigen nochmals, die derzeitige Homepage des Unterbezirkes Bremen-Stadt und dessen Ortsvereine in ihrem Design und Aufbau grundlegend zu erneuern.

Veranlassung:

Der Antrag wurde beschlossen.

Ergebnis:

Die neue Homepage des Unterbezirks ist seit dem 1. Mai 2013 online. Die Homepage wird nunmehr ausschließlich aus dem Unterbezirksbüro und -Vorstand gepflegt. Einzelne Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften können selbst keine Beiträge mehr einstellen, Ortsvereine können aber ohne weiteres von der Unterbezirksseite aus verlinkt werden. Dies geht einerseits zulasten der Vielfalt und Buntheit, andererseits aber zugunsten von Übersichtlichkeit und der ehrenamtlichen Ressourcen des Vorstandes.

Der Unterbezirk Bremen-Stadt ist seit Mai 2013 auch auf Facebook mit einer eigenen Seite (mit restriktiven Kommentar- und Mitteilungsfunktionen) vertreten.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
20	A 20/2012	27. November 2012	ASF UB HB-Stadt

BAFÖG-Regelung auf Bundesebene sozialer gestalten

Der SPD-Unterbezirksparteitag Bremen-Stadt fordert den Bremer Senat auf, eine Initiative für eine Neuregelung des BAFÖG-Bezugs auf Bundesebene zu starten. BAFÖG kann derzeit lediglich über zwei Ausbildungsabschnitte hinweg bezogen werden. Dadurch wird es allen bildungswilligen Menschen schwer gemacht, die sich nach einem geförderten Schulabschluss und einem weiteren noch förderbaren Ausbildungsschritt noch für ein Studium entscheiden wollen. Damit dieser Weg nicht nur denjenigen offen steht, die privat über genug finanzielle Mittel verfügen, muss auf Bundesebene der Zugang zur Förderung von Höherqualifizierung neu geregelt werden.

Veranlassung/Ergebnis:

Im Regierungsprogramm der SPD ist eine "bedarfsgerechte Weiterentwicklung des BAFÖG" vorgesehen. Länderseitig gibt es momentan keine konkreten Initiativen, aber das Thema ist schon mehrfach z.B. im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz aufgerufen worden und es sind Forderungskataloge formuliert worden. Letztlich sind diese aber nicht weiter verfolgt worden, da die Länder zu einer grundsätzlichen Neustrukturierung der Finanzierung des BAFÖG kommen wollten und auf den Koa-Vertrag hofften. Diese Hoffnung hat sich unmittelbar nicht erfüllt, und nun wird mit dem Bund gegenwärtig verhandelt, wie es mit dem BAFÖG weitergehen soll. Konsens zwischen Bund und Ländern ist, dass die sozialen Dimensionen optimiert werden müssen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
21	A 21/2012	27. November 2012	Ortsverein Horn-Achterdiek

Alkoholverbot bei Sportveranstaltungen

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich für ein Verbot der Alkoholwerbung bei Sportveranstaltungen in Bremen, an denen Jugendliche und Kinder als Zuschauer und/oder Teilnehmer beteiligt sind, einzusetzen.

Dies gilt insbesondere für den Profisport, bei dem massiv für alkoholische Getränke geworben wird.

Veranlassung:

Erledigt durch den weiteren Umgang mit dem Antrag „A1/2011“

A1/2011: Antrag zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Der Senat wird aufgefordert, sowohl im Bundesrat eine Initiative zum sofortigen gesetzlichen Werbeverbot für Alkohol im sportlichen Umfeld einzubringen, als auch durch eigene Maßnahmen in Bremen Vorreiter zu sein.

Ergebnis:

Die Landesarbeitsgemeinschaft Sport hat am 18. Oktober 2012 eine öffentliche Veranstaltung zu dem Thema durchgeführt (34. Sportforum).

Der Unterbezirksvorstand (12. November 2012) beschließt infolgedessen:

Der Unterbezirksvorstand stimmt der Zielrichtung des Antrages, Kinder und Jugendliche vor Alkohol im sportlichen Umfeld zu schützen, grundsätzlich zu. Eine alleinige Reduzierung auf das Werbeverbot für Alkohol ist jedoch nicht der richtige Weg. Alkoholprävention funktioniert durch einen Mix an Vorbild, Aufklärung und Kontrolle, wie es auch Grundlage des "Aktionsplan Alkoholprävention 2011" des Bremer Senats ist. Weiterhin appelliert der Unterbezirksvorstand an die Vereine, ihrer Vorbildwirkung gerecht zu werden.

Der Unterbezirksvorstand kann sich allerdings langfristig durchaus vorstellen, dass ein Verbot von Alkoholwerbung insgesamt, nicht nur im sportlichen Umfeld, eine sinnvolle Maßnahme ist.

Der Unterbezirksvorstand empfiehlt, dem Antrag in geänderter Fassung zuzustimmen.

Neufassung des Antragstextes:

Der Senat wird aufgefordert, durch die Fortführung und Neuentwicklung eigener Maßnahmen in Bremen Vorreiter zu sein. Er wird weiterhin aufgefordert, zu prüfen, ob und wie durch eine bundesweite Gesetzesinitiative die Werbung für Alkohol insgesamt verboten werden kann.

Die Länderinitiative aus Berlin hat gezeigt, dass eine Mehrheit für Einschränkungen der Alkoholwerbung im Bundesrat leider nicht ersichtlich ist. Insofern wird sich der Senat mittelfristig darauf konzentrieren, die bestehenden Maßnahmen gegen Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen in Bremen weiter auszubauen, siehe zuletzt Erhöhung der Strafgerichte bei missbräuchlichem Verkauf von Alkohol.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
22	A 22/2012	27. November 2012	Ortsverein Horn-Achterdiek

Tanzverbot an Feiertagen abschaffen!

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Änderung des Bremischen Feiertagsgesetzes mit dem Ziel der Abschaffung des Verbots von Tanz- und Sportveranstaltungen einzusetzen und hierzu §6 komplett zu streichen.

§6 Absatz 2 des Bremischen Gesetzes über die Sonn- und Feiertage vom 12. November 1954 (Brem.GBl. S. 115), zuletzt geändert durch Änderung von Zuständigkeiten vom 22. Juni 2004 (Brem.GBl. S. 314), besagt: „Öffentliche Tanzveranstaltungen und Veranstaltungen in Räumen mit Schankbetrieb, die über den Schank- und Speisebetrieb hinausgehen, sind verboten.“ Darüber hinaus werden die konkreten Zeiten „am Karfreitag von 0 Uhr bis Karsamstag 4 Uhr, am Volkstrauertag und am Totensonntag von 4 Uhr bis 24 Uhr“ genannt. Da ein Verstoß gegen diese Regelungen als Ordnungswidrigkeit angesehen wird, müssen Veranstaltungen bei denen getanzt wird, an den genannten Tagen schließen oder ihren Gästen das Tanzen verbieten. Auch Sportveranstaltungen sind an diesen Tagen verboten, ebenso wie öffentliche Veranstaltungen ohne "ernsten Charakter".

Veranlassung:

Der Antrag wurde beschlossen.

Ergebnis:

Eine Gesetzesänderung wurde durch die Bremische Bürgerschaft beschlossen: Der Unterbezirksvorstand hat den Gesetzesentwurf in der Vorstandssitzung am 10.12.2012 beraten. Er stellt fest, dass der Antrag nicht 1:1 umgesetzt wurde. Er erachtet aber den Kompromiss, auch gerade unter dem Gesichtspunkt, dass das Gesetz in 5 Jahren ausläuft, also dann neu beraten wird, für akzeptierbar.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
23	A 23/2012	27. November 2012	Ortsverein Woltmershausen

Problem:

Es werden derzeit Reviere im Lande Bremen umstrukturiert. Der Senator für Inneres und Sport legt bei der Personalbemessung und der Standortwahl einzelner Reviere für eine Umstrukturierung die jeweilige polizeiliche Lage und die Anzeigenhäufigkeit zu Grunde. Das subjektive Sicherheitsgefühl der BürgerInnen wird durch die Zentralisierung von Polizeistandorten erheblich berührt. Es steht zu befürchten, dass durch die Zentralisierung eine kleinräumige Einsatzpräsenz nicht mehr gewährleistet wird. Die Polizisten haben dann Einsätze in ihnen unbekanntem Stadtteilen und können trotz eines Navigationsgeräts Schleichwege nicht finden. Zudem verlängert eine Zentralisierung die Anfahrt zu den Einsatzorten. Die Auslastung der Anzeigenaufnahme sagt nichts über die reale Kriminalitätshäufigkeit aus. Die Dunkelziffer der nicht angezeigten Straftaten ist hoch.

Beschluss:

1. Der Senator für Inneres und Sport wird aufgefordert, einen bedarfsgerechten Personaleinsatz bei der Polizei Bremen zu gewährleisten. Der Senator für Inneres und Sport muss insbesondere Sorge dafür tragen, dass Stellen bei der Polizei Bremen nach Pensionierungen wieder besetzt werden. Ferner wird darum gebeten, dass ausreichend Ausbildungsplätze für den Polizeinachwuchs geschaffen und dass eine ausreichende Krankheits- und Mutterschutzvertretung gewährleistet wird.

Veranlassung:

Punkt 1 des Beschlusses wurde Angenommen.

Überweisung der folgenden Punkte in den Unterbezirksvorstand:

2. Der Senator für Inneres und Sport wird aufgefordert zu ermitteln, in welchen Bereichen des Landes Bremens Kriminalitätsbrennpunkte liegen. Für diese Bereiche wird eine erhöhte Polizeipräsenz gefordert.

3. Wir fordern den Senator für Inneres und Sport auf, von weiteren Revierumstrukturierungen und/oder Revierschließungen im Lande Bremen Abstand zu nehmen.

Ergebnis:

Im Vorfeld des Parteitages wurde ein Teilthema des Antrages (Umorganisation der Polizeireviere) am 11. Juni 2012 mit Senator Ulrich Mäurer und Polizeipräsident Lutz Müller beraten. Der Unterbezirksvorstand forderte, dass die Umorganisation der Reviere nicht auf Kosten der Sicherheit in den Stadtteilen gehen darf und hat den Beratungsstand den SPD-Beiratsfraktionen mitgeteilt. Die geplanten Umorganisationen in Oslebshausen, Findorff und Woltmershausen wurden inzwischen in z. T. geänderter Form mit den Beiräten geeint. Schließungen von Revieren sind nicht vorgesehen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
24	A 24/2012	27. November 2012	Jusos

Finanzierungsstopp für die Jacobs University

Wir erkennen die Bedeutung der Jacobs University Bremen für die Bremische Wissenschafts- und Forschungslandschaft sowie ihre Rolle für den Standort Bremen-Nord an. Für sämtliche öffentlich geförderte Hochschulen im Land Bremen müssen allerdings dieselben Voraussetzungen gelten, insbesondere muss das Bremische Hochschulgesetz Anwendung finden. Wir fordern daher die Verhandlungen mit der Jacobs University mit folgenden Zielen fortzuführen:

- Die SPD setzt sich dafür ein, dass dauerhaft keine weiteren Mittel vom Land Bremen an die Jacobs University Bremen (JUB) fließen.
- Es sollen weder vom Senat noch von der Bürgerschaft weitere Zusagen bzgl. dauerhafter finanzieller Unterstützung der JUB gemacht werden.
- Es soll geprüft werden, ob die JUB bei Bedrohung ihrer Existenz in die öffentliche Hand überführt werden kann.
- Im Falle einer solchen Überführung in die öffentliche Hand muss für die JUB, wie für jede andere Bremer Hochschule, das Bremische Hochschulgesetz gelten. Eine Bevorzugung der JUB gegenüber der anderen Hochschulen in Hinblick auf die finanzielle Ausstattung, die Betreuungsrelation und die Qualität von Forschung und Lehre darf es nicht geben.

Veranlassung:

Der Antrag wurde beschlossen.

Ergebnis:

Das Thema war auch Gegenstand von Beratungen auf dem Landesparteitag im April 2013. Die Verhandlungen zwischen Senat, JUB und Jacobs Foundation wurden im August 2013 mit einem trilateralen Vertrag abgeschlossen. Danach ist eine letztmalige öffentliche Co-Finanzierung bis 2017 von 5x3 Millionen Euro vorgesehen, verbunden mit diversen Auflagen und Kontrollrechten. Der Landesvorstand hat den Sachstand im August 2013 beraten, der Unterbezirksvorstand am 26. August 2013. Mit der Aussage, der letztmaligen Finanzierung bis 2017 sieht er den Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt als erfüllt an. Inzwischen sind die nötigen Gelder in die Haushalte des Wirtschaftssenators 2014/15 eingestellt.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
25	A 25/2012	27. November 2012	Jusos

Lobbyismus bekämpfen, Transparenz schaffen – anfangen in der eigenen Partei anfangen!

Ergebnis:

Vom Antragssteller zurückgezogen

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
26	I1/2012	27. November 2012	Initiativantrag

Zur Pflegesituation in Bremen

Ergebnis:

Der Initiativantrag wurde durch den Parteitag gelehnt.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
27	A1/2013	11. April 2013	Unterbezirksvorstand

Der Unterbezirksparteitag möge folgenden Antrag an den Landesparteitag stellen:

Verlässliche Investitionsplanung für die öffentliche Infrastruktur

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der Bürgerschaftsfraktion auf, im Zuge der Haushaltsberatungen für 2014/15 und der damit zusammenhängenden Finanzplanung eine projektbezogene mittel- und langfristige ressortübergreifende Investitionsplanung vorzulegen.

Schwerpunkte der Investitionspolitik müssen

- der Bestandserhalt der öffentlichen Infrastruktur
- werterhaltende Modernisierungen der öffentlichen Infrastruktur
- Investitionen in Projekte mit eindeutigen arbeitsplatzschaffenden Wirkungen
- die Flankierung der politischen Schwerpunkte Bildung und Kinderbetreuung
- die Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge

sein.

Die Investitionsplanung darf sich nicht allein der Einhaltung abstrakter Investitionsquoten unterordnen. Vielmehr müssen Wege aufgezeigt werden, wie für die Attraktivität Bremens als Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort zentrale Investitionen realisiert werden können.

Ergebnis:

Der Antrag wurde an den Landesparteitag gestellt.

Veranlassung:

Der Landesparteitag hat den Antrag im April 2013 unter Einbeziehung von Bremerhaven beschlossen. Die Investitionsplanung ist Gegenstand der beschlossenen Haushalte 2014/15 und der Finanzplanung. Der dort dargelegte Sachstand erfüllt nach Ansicht des Unterbezirksvorstands die gestellten Forderungen noch nicht vollumfänglich. Beispielhaft dafür ist die noch unzureichende Sanierungsplanung der Bremer Bäder.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
28	A2/2013	11. April 2013	Unterbezirksvorstand

Überarbeitung und Weiterentwicklung der Satzung des Unterbezirks Bremen-Stadt

Der Unterbezirksparteitag fordert den Vorstand des SPD-Unterbezirkes Bremen-Stadt auf, auf dem kommenden Unterbezirksparteitag, noch in diesem Jahr, einen Antrag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, der eine Überarbeitung und Anpassung der Satzung des Unterbezirkes Bremen-Stadt beinhaltet.

Dabei sollen folgende Punkt insbesondere berücksichtigt werden:

- Die organisatorische Weiterentwicklung der Partei auf Bundes- und Landesebene.
- Die aktuellen vereinheitlichenden und rahmensetzenden Verfahrensvorschläge für die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgerschaftsliste und für die Beiratslisten auf Landesebene.
- Die Konkretisierung dieser Verfahren auf Ebene des Unterbezirks.
- Die Weiterentwicklung des (personalisierten) Wahlrechtes in Bremen.
- Die Stärkung der Beteiligung von Frauen.
- Die Aktualisierung von Verfahrensfragen für Parteitage.

Die aktuell vorliegenden und an den Unterbezirksvorstand überwiesenen satzungsändernden Anträge **A5/2012** „Zusammensetzung des Unterbezirksvorstands laut Satzung; Anteil der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger inklusive Deputierte“ und **A15/2012** „Die Dauer der Abgeordnetenmandate der Bremischen Bürgerschaft auf zwei Wahlperioden begrenzen“, beide eingebracht aus dem Ortsverein Gartenstadt Vahr, werden in die Diskussion mit einbezogen.

Ggf. können Teile der bisherigen Satzungsvorgaben auch in eine Richtlinie aufgenommen werden.

Der Unterbezirksvorstand setzt eine Arbeitsgruppe bei der Vorbereitung der Antragsbearbeitung ein.

Es ist zu prüfen, ob die Geschäftsordnung ebenfalls einer Anpassung unterzogen werden muss.

Veranlassung:

Der Antrag wurde beschlossen.

Ergebnis:

Der Unterbezirksvorstand hat einen parteioffenen Diskussionsprozess vorbereitet und geführt. Es fanden zwei parteioffene Arbeitsgruppen statt, von dessen Terminen alle Mitglieder sowohl per Post als auch per E-Mail Kenntnis hatten. Der erste Entwurf wurde im Juli 2013 an alle Vorsitzenden der Ortsverein und Arbeitsgemeinschaften mit der Bitte um Beratung in den Gliederungen versandt. Der Beratungsstand war allen Mitgliedern zugänglich. Anfang Oktober wurden die daraus hervorgegangenen Änderungsvorschläge diskutiert. Der endgültige Entwurf wurde in einer Ortsvereinsvorsitzendenkonferenz Ende Oktober vorgestellt. Die neue Satzung wurde als „A12/2013“ auf dem Parteitag im November 2013 beraten und mit großer Mehrheit beschlossen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
29	A2/2013	11. April 2013	Unterbezirksvorstand

Gute Schule für alle

„Bremen braucht Talente – von Anfang an. Bildung ist für uns mehr als bloße Gewinnung von Qualifikationen für den Arbeitsmarkt. Bildung ist der Schlüssel zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben, zu Beschäftigung und Innovation. Bildung ist ein Schlüssel für die Entfaltung der Persönlichkeit und eine wichtige Voraussetzung dafür, dass eigene Leben gestalten zu können.“

Diese Zielsetzung aus dem Koalitionsvertrag 2011-15 steht immer noch und wieder bei Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz oben auf der Agenda, insbesondere jetzt im Zuge der Haushalts-Beratungen für 2014/15.

Nachdem in der letzten Legislaturperiode die Diskussion um die Schulstrukturreform (Stichwort Schulkonsens) eine wichtige Rolle gespielt hatte und diese mit dem Beschluss über das veränderte Schulgesetz abgeschlossen wurde, geht es in dieser Legislaturperiode um die Umsetzung der Schulreform und ihre inhaltliche Ausgestaltung.

Wir haben in den letzten Jahren viel erreicht. Wir haben mit Renate Jürgens-Pieper an der Spitze einen bundesweit beachteten Schulkonsens erreicht. Wir haben begonnen, das Schulsystem erfolgreich zu mehr gemeinsamem und ganztägigem Lernen umzubauen. So wurden Ganztagschulen und Oberschulen als moderne Gesamtschulen gegründet, die Schüler-Lehrer-Relation ist auf unter den Bundesdurchschnitt gesunken. Das ist vor allem gelungen, weil wir in der Regierung in den letzten Jahren auch finanzielle Schwerpunkte in die Bereiche Bildung, Kinder und Jugend gesetzt haben. Durch Umsteuerung in diese Bereiche hat die rot-grüne Regierung in den Jahren 2007-11 und 12/13 umfangreiche Schwerpunktmittel bereitgestellt.

Unter der angespannten finanzpolitischen Rahmenbedingungen eines Haushaltsnotlagelandes müssen wir große Anstrengungen unternehmen, um unsere wichtigen Bildungspolitische Ziele weiterzuführen. Wir werden den eingeschlagenen Weg nicht verlassen, aber die einzelne Bausteine möglicherweise langsamer und gezielter einsetzen. Dazu ist es unumgänglich, dass wir gezielt Prioritäten setzen.

Deshalb stellt der Unterbezirksparteitag Bremen-Stadt fest und fordert die Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, entsprechend der folgenden Grundsätze zu handeln:

- 1) Bildung, Kinder und Jugendliche werden weiterhin wichtige Schwerpunkte der Regierung in dieser Legislaturperiode bleiben. Wir setzen die Schulreform (Sprachförderung, Ausbau des Ganztagsunterrichts, Weiterführung der Inklusion, Stärkung der Oberschulen) weiter fort. Der überparteiliche Schulkonsens und dessen Umsetzung muss weiter finanziell abgesichert werden.
- 2) Für Grundschulen in Ortsteilen mit besonderem Förderbedarf bzw. mit Schülerinnen und Schülern, die überwiegend in Ortsteilen mit besonderem Förderbedarf wohnen, aber bislang noch nicht Ganztagschulen sind, müssen Übergangslösungen finanziert werden wie z. B. die Unterstützung bei

Hausaufgaben und die Organisation eines Mittagstisches. Die längeren Lern- und Betreuungszeiten verbessern die sprachliche Qualifikation und die Integration.

3) Gerade bei enger werdenden finanziellen Spielräumen ist eine transparente Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsgrundlagen und Prioritätensetzungen (Stellen- und Stundenzuweisungen, Abordnungen, Kapazitätsgrenzen und Klassengrößen) und die Kooperation aller Beteiligten (Schüler und Schülerinnen, Lehrkräfte, Eltern, Bildungsverwaltung) unabdingbar.

4) Nachdem wir feststellen können, dass sich die neue Schulstruktur über wiegend mit mehr Ganztagschulen und Oberschulen als moderne Gesamtschulen bewährt hat, setzen wir einen Schwerpunkt jetzt auf die Weiterentwicklung der Qualität der Unterrichtsversorgung.

5) Die bisherigen Schwerpunktmittel der Bereiche Bildung, Kinder und Jugend müssen im Zuge der Haushaltsberatungen mit Aufwachen der Projekte verstetigt werden. Die Schwerpunktmittel müssen gerade bei enger werdenden Spielräumen zur Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit eingesetzt werden und deshalb vor allem in den Ortsteilen mit besonderem Förderbedarf gebündelt und gezielt eingesetzt werden.

6) Es muss eine ausreichende und verlässliche Grundversorgung des Unterrichts gewährleistet sein. Ohne Absicherung der Mindeststandards ist ein sinnvoller Ausbau nicht möglich. Stundenausfälle müssen die Ausnahme bleiben. Der Vertretungsunterricht ist sicherzustellen.

7) Die Fortsetzung der Einführung des inklusiven Unterrichts darf nicht gefährdet werden. Ein ausreichender und wenn nötig auch zeitweise gesonderter Unterricht verhaltensauffälliger Kinder ist für die Akzeptanz des inklusiven Unterrichts insgesamt erforderlich. Die hierfür bereit gestellten Ressourcen reichen offensichtlich nicht aus. Die SPD Bremen-Stadt erwartet hier eine angemessene Nachbesserung. Ein Runder Tisch Inklusion kann der gemeinsamen Problemlösung dienen und die gesellschaftlichen Akzeptanz unterstützen.

8) Der Ausbau des Ganztagsunterrichts in quantitativer wie auch qualitativer Hinsicht wird schrittweise fortgesetzt. Dabei legen wir Wert auf die gebundene Form. Ganztägiges Lernen ist eines der Schlüsselthemen zum Erreichen von Chancengleichheit im Bildungssystem. Ein mittel- und langfristiger Masterplan Ganztagsunterricht soll die Meilensteine und Schritte des Ausbaus als verlässliche Planungsgrundlage darstellen.

9) Auf Bundesebene fordert die SPD Bremen-Stadt die Aufhebung des Kooperationsverbotes des Bundes. Gute Bildung und Teilhabe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, mit der die Kommunen nicht alleine gelassen werden dürfen.

Veranlassung:

Der Antrag wurde mit einigen, oben bereits eingearbeiteten, Änderungen beschlossen.

Ergebnis:

Die Haushaltsbeschlüsse 2014/15 belegen deutlich die Fortsetzung der bildungspolitischen Schwerpunktsetzung. Zur Absicherung der Unterrichtsversorgung wie der Umsetzung der Schulreform wird die Zahl der Beschäftigten abermals steigen. Zusätzlich wurden die bislang nur im Rahmen der Schwerpunktmittel -somit temporär- zur Verfügung stehenden 44 Stellen in den

Personalhaushalt verlagert und somit verstetigt. Für den Vertretungspool werden 1 Million Euro p.a. vorgehalten (das entspricht einem Stellenvolumen von ca. 20 VZÄ). Weitere 20 Stellen stehen für die zeitweilige separate Beschulung besonders verhaltensauffälliger Schüler/innen bereit. Auch der überwiegende Teil der bisher im Bildungs- und Teilhabepaketes eingestellten Schulsozialarbeiter/innen kann vorerst weiterbeschäftigt werden. Ab 2014 geht mit der Schule Pfälzer Weg eine weitere gebundene Ganztagschule an den Start. In den parlamentarischen Haushaltsberatungen hat die SPD ab 2015/16 weitere offene Ganztagschulen in die Beratungen einbringen und beschließen können.

Eine Reihe von Verordnungen und Richtlinien, die gerade in Kraft getreten, im Beteiligungsverfahren oder im Entwurfsstadium befindlich sind (wie z. B. GanztagschulVO, LeitungszeitVO oder ZuweisungsRiLi) haben explizit zum Ziel, Entscheidungsgrundlagen und Prioritätensetzungen transparent und nachvollziehbar zu machen.

Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern konnte im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD nicht verhandelt werden, wohl aber finanzielle Entlastungen für die Länder im Bildungsbereich insgesamt (S. 88).

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
30	A4/2013	11. April 2013	Ortsverein Schwachhausen-S Süd/Ost

Die SPD wendet sich gegen eine Reform der Beratungs-/und Prozesskostenhilfe auf Kosten finanziell Schwächerer, insbesondere auf Kosten alleinerziehender Frauen, Geringverdienender oder auf Transferleistungen angewiesener Menschen.

Wir fordern die SPD -Bundestagsfraktion auf, diese geplanten Verschlechterungen zu verhindern.

Veranlassung:

Der Antrag wurde an den Parteivorstand überwiesen.

Ergebnis:

Der Bundestag hat im Mai 2013 die entschärfte Gesetzesversion seines Rechtsausschusses (u. a. Beibehaltung der Freibeträge) beschlossen. Damit wird der Intention des Beschlusses Rechnung getragen. Das geänderte Gesetz ist seit dem 1. Januar 2014 in Kraft.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
31	A5/2013	11. April 2013	Jusos

Abschaffung der Entgelte für weiterbildende Master-Studiengänge

Die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft wird aufgefordert zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass für weiterbildende Master-Studiengänge nur dann Entgelte erhoben werden, wenn sie tatsächlich einen direkten beruflichen Bezug haben.

Veranlassung:

Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion

Ergebnis:

Weiterbildende Masterstudiengänge ohne direkten beruflichen Bezug gibt es in Bremen aufgrund der geltenden KMK-Richtlinien nicht. Bei den in Bremen angebotenen Masterstudiengängen handelt es sich um „Weiterbildungsstudiengänge“ mit bestimmten beruflichen Zugangsvoraussetzungen. Diese können nur angeboten werden, da die Hochschulen dafür Gebühren nehmen können. Der Unterbezirksvorstand geht davon aus, dass die gebührenpflichtigen Weiterbildungs-Masterstudiengänge finanziell und kapazitätsmäßig nicht zulasten der normalen, gebührenfreien Lehre gehen. Der UBV wird die Entwicklung weiter verfolgen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
32	A6/2013	11. April 2013	Ortsverein Hemelingen

Mindestabstände zwischen Wohnen und belastender Industrie/Bundes-Immissionsschutzgesetz-Betrieben (BlmSchG-Betriebe)

Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder auf, sich dafür einzusetzen, dass die Genehmigung belastender Betriebe, insbesondere sogenannter BlmSchG-Betriebe, in der Stadtgemeinde Bremen nur noch mit einem einheitlichen Mindestabstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung und nach einheitlichen Kriterien erfolgt.

Diese Zielsetzung soll bereits in den in der Neuaufstellung befindlichen Flächennutzungsplan aufgenommen werden.

Die direkte Nachbarschaft von Bebauungsplänen, die Industrie bzw. BlmSchG-Betriebe zulassen zu Bebauungsplänen, die Wohnbebauung zulassen, soll dabei abgeschafft werden, indem die Bebauungspläne entsprechend geändert werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, auf welchem Weg solche Abstandsregelungen für das Land bzw. die Stadtgemeinde Bremen unabhängig vom konkreten Bebauungsplan rechtswirksam getroffen werden können, um eine schnellere Wirksamkeit für alle Bürgerinnen und Bürger in Bremen zu erreichen.

Vorrangiges Ziel ist eine Veränderung der Entwicklungsrichtung der Gewerbe- bzw. Industriegebiete in solchen Randlagen zu bestehender Wohnbebauung, nicht jedoch die Beseitigung bestehender Betriebe.

Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder auf, auch alle rechtlich möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um aktuelle Ansiedlungsvorhaben zu verhindern, die den oben genannten Zielstellungen entgegenlaufen. Die Überarbeitung der Bebauungspläne ist in solchen Fällen zu priorisieren. Zugleich sind – soweit solche Vorhaben erwiesenermaßen rechtlich nicht mehr zu verhindern sind - in der Nähe zu Wohnbebauung höhere Sicherheits-Anforderungen an solche Vorhaben zu stellen als in größerer Entfernung zur Wohnbebauung.

Zusätzliche Beschlüsse des Parteitags zu der Thematik:

Der Unterbezirksparteitag fordert gleichzeitig die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, das Gewerbeaufsichtsamt so auszustatten, dass eine angemessene Kontrolle der BlmSchG-Betriebe sichergestellt ist

Der Unterbezirksparteitag fordert gleichzeitig die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats auf, dass für BlmSchG-Betriebe in Genehmigungsverfahren und deren Verlängerung das Verbesserungsgebot konsequent angewandt wird und die erreichbaren technologischen Entwicklungen (bspw. Filteranlagen, Einhausungen, Lärmschutz) umgesetzt werden, um einen bestmöglichen Immissionsschutz für die Bevölkerung und die Beschäftigten sicherzustellen.

Veranlassung/Ergebnis:

Die Thematik der Mindestabstände ist Bestandteil der Beratungen zu den Gegenständen des A10 2013. Siehe dort.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
33	A7/2013	11. April 2013	Ortsverein Walle

Der Unterbezirksparteitag stellt folgenden Antrag an den Landesparteitag:

Zukunftswerkstatt Europa

Der Landesvorstand der SPD-Bremen wird aufgefordert, in diesem Jahr eine Zukunftswerkstatt zum Thema Europa durchzuführen. Dazu sollen u. a. Bremer Politikerinnen/Politiker und Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler eingeladen werden.

Die Ergebnisse offener Workshops und Diskussionen sollen in einem Europa-Konzept zusammengefasst und durch den Landesvorstand auf dem Landesparteitag zur Abstimmung gestellt werden. Abschließend soll es als Bremer Beitrag Eingang in die Programme von SPD und SPE für die Wahlen zum Europäischen Parlament finden.

Dabei stehen die Ziele, die Struktur und die Arbeitsweise einer demokratischen und sozialen Europäischen Union sowie die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit im Vordergrund.

Veranlassung:

Beschlossen und weitergegeben an den nächsten Landesparteitag

Ergebnis:

Ein Arbeitskreis auf Landesebene hat seine Arbeit zum Thema Europa aufgenommen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
34	A8/2013	11. April 2013	Ortsverein Gartenstadt-Vahr

Neufassung des Antrags zur Kostenüberwälzung von Großveranstaltungen

Ergebnis:

Vom Antragsteller in Hinblick auf die Beschlusslage „A14/2012“ zurückgezogen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
35	A9/2013	11. April 2013	Ortsverein Gartenstadt-Vahr

Antrag zur Enttabuisierung von Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung

Ergebnis:

Vom Antragsteller zurückgezogen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
36	A10/2013	11. April 2013	Ortsvereine Hemelingen, Hastedt und Arbergen-Mahndorf

Erarbeitung eines abfallwirtschaftlichen Standortkonzeptes für die Stadtgemeinde Bremen

Der Unterbezirksparteitag Bremen-Stadt fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder auf, sich zeitnah dafür einzusetzen:

1. Erarbeitung und Vorlage eines Abfallentsorgungskonzeptes für die Stadtgemeinde Bremen.
2. Dabei enge Beteiligung der Beiräte am Entstehungsprozess des Abfallentsorgungskonzeptes für die Stadtgemeinde Bremen.
3. Erarbeitung des Abfallentsorgungskonzeptes unter dem Gesichtspunkt der Stadtteilgerechtigkeit.

Der Vorstand des Unterbezirkes Bremen-Stadt wird zusätzlich beauftragt, diese Forderung nach Möglichkeit gemeinsam mit dem Unterbezirk Bremen-Nord an die SPD-Mitglieder im Bremer Senat heranzutragen.

Veranlassung:

Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion

Ergebnis:

Das Thema befindet sich noch in der Beratung durch die zuständige Deputation und steht auch im Zusammenhang mit der Bearbeitung des neuen F-Plans.

Im Rahmen der Rekommunalisierungsdebatte hat der Landesvorstand am 23. August 2013 einen Beschluss über die Zukunft der Abfallentsorgung gefasst.
Ein konkreter Bauantrag auf ein Zwischenlager in Hemelingen liegt zurzeit nicht vor.

Das Gesamtthema befindet sich mit einem Bürgerschaftsantrag der Koalitionsfraktionen "Zukünftige Struktur der Abfallentsorgung und Straßenreinigung" DS 18/3575 vom August 2013 in der parlamentarischen Beratung. Ein nach Kreislaufwirtschaftsgesetz und für die im Bürgerschaftsantrag aufgeworfenen Fragen erforderliches neues Abfallwirtschaftskonzept ist für Mitte 2014 in Bearbeitung.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
37	A11/2013	11. April 2013	Ortsverein Horn-Lehesterdeich

Besserer Brandschutz für Wärmedämmverbundsysteme

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bremer Senats werden aufgefordert, die Bremer Baubestimmungen zeitnah so zu verändern, dass der Brandschutz für Wärmedämmverbundsysteme (WDVS) verbessert wird.

Dazu gehört, dass alle Baustoffe ihr Brandverhalten und Bauteile den Feuerwiderstand ausschließlich nach der aktuellen europäischen Norm DIN EN 13501 nachweisen. Baustoffe und Bauteile die nur über eine Brandschutzklassifizierung nach der nationalen Norm DIN 4102 verfügen, dürfen nicht mehr verwendet werden.

Zusätzlich soll sich Bremen dafür einsetzen, dass die Doppelnormung auch bundesweit beendet und die nationale Norm DIN 4102 gemäß CEN/CENELEC-Geschäftsordnung zurückgezogen wird.

Veranlassung:

Überweisung an die SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Ergebnis:

WDVS sind bei sachgerechter Anwendung nicht grundsätzlich unsicher. Die Bauministerkonferenz hat trotzdem einen Unterausschuss mit der Untersuchung von Brandfällen von WDVS beauftragt und gegebenenfalls Handlungsempfehlungen auszusprechen. Die Handwerkskammer Bremen bietet Seminare für den sachgerechten Umgang mit diesem Material an. Die bremischen Zulassungen entsprechen dem derzeit bundesweiten Standard.

Die mitunter gravierenden Folgen von Bränden von WDVS gehen meist auf Sonderfaktoren wie Fehlplanungen, Schlamperei am Bau oder unzureichende Qualifizierung der Mitarbeiter/innen zurück. Ein übergeordnetes Problem sind jedoch Unterschiede zwischen nationalen und europäischen Regelungen zum Prüfverfahren zur Einordnung der Dämmstoffe. Dies kann nur bundesgesetzlich geregelt werden, weswegen der Unterbezirksvorstand den Antrag an die Bundestagsfraktion weitergibt.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
38	A12/2013	27. November 2013	Unterbezirksvorstand

Die Satzung des Unterbezirks Bremen-Stadt wird wie folgt geändert:

Satzung für den SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt

§ 1 Geltungsbereich

Der Unterbezirk Bremen-Stadt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) ist Teil der SPD-Landesorganisation Bremen. Sein Tätigkeitsbereich ist die Stadtgemeinde Bremen (ohne den Stadtbezirk Bremen-Nord).

§ 2 Gliederung und Arbeitsgemeinschaften

- (1) Der Unterbezirk gliedert sich in Ortsvereine.
- (2) In den Ortsvereinen und dem Unterbezirk vollzieht sich die politische Willensbildung der Partei.
- (3) Die Arbeitsgemeinschaften wirken an der politischen Willensbildung mit.

§ 3 Organe

- (1) Die Organe des Unterbezirks sind:
 - a) der Unterbezirksparteitag
 - b) der Unterbezirksvorstand
- (2) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt 2 Jahre und kann aus sachlichen Gründen verkürzt oder verlängert werden.

§ 4 Unterbezirksparteitag

- (1) Der Parteitag ist das oberste Organ des Unterbezirks. Er bestimmt die politischen Richtlinien des Unterbezirks.
- (2) Er hat insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen:
 1. Er wählt mindestens jedes zweite Jahr den Vorstand und drei Kassenrevisorinnen und Kassenrevisoren.
 2. Er nimmt mindestens jedes zweite Jahr die Berichte des Vorstandes und der Revisorinnen und Revisoren entgegen und beschließt über die Entlastung des Vorstandes.
 3. Er wählt die Mitglieder der Schiedskommission.
 4. Er kann dem Landesparteitag Vorschläge für die Wahl von Delegierten zum Bundesparteitag

machen.

5. Er kann der Wahlkreis-konferenz zur Bestimmung der Direktkandidatin/des Direktkandidaten für den Bundestag sowie der Delegiertenkonferenz zur Aufstellung der Landesliste für den Bundestag Kandidatinnen/Kandidaten vorschlagen.
6. Er schlägt der Wahlbereichsdelegiertenkonferenz die Kandidatinnen/Kandidaten für die Bürgerschaft vor.
7. Er wählt eine Mandatskommission zur Aufstellung eines Vorschlags für die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bremische Bürgerschaft. Das Nähere wird in § 8 geregelt.
8. Er wählt sich für jede Versammlung ein fünfköpfiges Präsidium. Ihm darf kein Mitglied des Vorstands angehören.

(3) Der Parteitag setzt sich zusammen aus insgesamt 180 Mitgliedern:

1. den 145 für zwei Jahre von den Ortsvereinen gewählten Delegierten. Die Feststellung der Mitgliederzahl erfolgt entsprechend dem Landesstatut § 4 (1) a. Jeder Ortsverein erhält ein Grundmandat. Die weiteren Mandate werden entsprechend der Mitgliederzahl vergeben.
 2. Den 11 Mitgliedern des Unterbezirksvorstands;
 3. den für zwei Jahre gewählten 24 Delegierten der Arbeitsgemeinschaften:
AfA (6), AsF (6), AG 60plus (6), Jusos (6).
- (4) Der Parteitag soll mindestens zweimal pro Jahr von der/dem Vorsitzenden des Unterbezirks einberufen werden. Der/die Vorsitzende eröffnet den Parteitag und leitet die Wahl des Präsidiums. Außerordentliche Parteitage sind von dem/der Vorsitzenden einzuberufen, sobald der Vorstand dies beschließt oder mindestens fünf Ortsvereine oder 10 Prozent der Delegierten einen Antrag stellen.
- Die Einladung mit Tagesordnungsvorschlag zum ordentlichen Parteitag muss den Delegierten mindestens zwei Wochen vor dem Parteitag zugehen, die bis dahin vorliegenden Anträge eine Woche vor dem Parteitag. Die Einladung zu einem außerordentlichen Parteitag kann mit Frist von einer Woche erfolgen. Satzungsändernde Anträge müssen vier Wochen vor dem Parteitag den Delegierten zugegangen sein. – Elektronische Zusendung ist zulässig.
- (5) Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens 50 Prozent der gewählten Delegierten anwesend sind. Beschlüsse des Parteitages sind durch das Präsidium schriftlich niederzulegen und zeitnah parteiöffentlich zugänglich zu machen.
 - (6) Der Parteitag ist parteiöffentlich. Gäste können durch Beschluss des Parteitages zugelassen werden.
 - (7) Der Parteitag gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 5

Unterbezirksvorstand

- (1) Der Vorstand ist das vom Parteitag mit der Durchführung der Politik und Parteiarbeit beauftragte Organ.
- (2) Der Vorstand ist dem Parteitag gegenüber für die ordnungsgemäße Führung der Geschäfte verantwortlich. Er verwaltet das Vermögen des Unterbezirks.
- (3) Der Vorstand besteht aus:
 - dem/der Vorsitzenden,
 - dem/der stellvertretenden Vorsitzenden,
 - dem/der SchatzmeisterIn,

- dem/der SchriftführerIn,
 - 7 Beisitzerinnen und Beisitzern
- (4) Vorstandssitzungen sind in der Regel parteiöffentlich.
 - (5) Dem Vorstand sollen maximal 1/3 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (Senatorinnen/Senatoren, Bürgerschafts-, Bundestags- und Europaabgeordnete) angehören.

§ 6

Unterbezirksschiedskommission

Zusammensetzung, Zuständigkeit, Aufgaben und Arbeitsweise regeln das Organisationsstatut, die Wahlordnung und die Schiedsordnung der Bundespartei.

§ 7

Ortsvereine

- (1) Die Ortsvereine können ihre Parteiarbeit nach eigener Satzung führen, die mit den übergeordneten Organisationsstatuten nicht im Widerspruch stehen darf.
- (2) Organe der Ortsvereine sind:
 - a) die Mitgliederversammlung;
 - b) der Vorstand.

§ 8

Mandatskommission

- (1) Zur Erarbeitung eines Vorschlags für die Kandidatinnen/Kandidatenliste für die Wahl der Abgeordneten zur Bremischen Bürgerschaft wird eine Mandatskommission gebildet.
- (2) Die Mandatskommission besteht aus 15 Mitgliedern, davon 13 Mitgliedern von fünf Regionaleinheiten des Unterbezirks und zwei Mitgliedern von den auf der Unterbezirksebene stimmberechtigten Arbeitsgemeinschaften, sowie aus drei Mitgliedern mit beratender Funktion:
 - dem/der Unterbezirksvorsitzenden;
 - dem/der Landesvorsitzenden;
 - dem/der Fraktionsvorsitzenden.
- (3) Es werden Regionaleinheiten aus den Ortsvereinen in den aufgezählten Beiratsbereichen gebildet:
 - West: Blockland, Findorff, Gröpelingen, Walle
 - Nordost: Schwachhausen, Horn-Lehe, Borgfeld, Oberneuland
 - Ost: Hemelingen, Osterholz, Vahr
 - Mitte: Mitte, Östliche Vorstadt
 - Süd: Obervieland, Neustadt, Huchting, Woltmershausen, Seehausen, Strom.
- (4) Der Unterbezirksparteitag wählt aus den Regionaleinheiten vier Mitglieder aus Süd, je drei Mitglieder aus West und Ost, zwei Mitglieder aus Nordost und ein Mitglied aus Mitte und zwei Mitglieder aus den Arbeitsgemeinschaften.
Die Quotierung wird auf die einzelnen Regionaleinheiten angewendet.
Die zwei Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften müssen eine Frau und ein Mann sein.
- (5) Die Entscheidungen der Mandatskommission müssen von mindestens 11 Mitgliedern getragen werden.
- (6) Die stimmberechtigten Mitglieder der Mandatskommission dürfen nicht selbst für die Bremische Bürgerschaft kandidieren.

- (7) Der Listenvorschlag soll über die Vorgaben in der Landesrichtlinie hinaus auch dem Ziel der Erneuerung in der Fraktion Rechnung tragen.
- (8) Die Mandatskommission kann dem Parteitag einen Vorschlag zur Besetzung der Plätze in den Deputationen vorlegen.

§ 9 Verhaltensregeln

- (1) Kein Mitglied darf in mehr als zwei Vorständen von Gliederungen der Partei im Sinne von § 8 des Organisationsstatuts Sitz und Stimme haben. Ein Mitglied, das dem Vorstand der Bürgerschafts- oder Bundestagsfraktion angehört, darf nur in einem Vorstand nach Satz 1 stimmberechtigtes Mitglied sein.
- (2) Kein Mitglied darf in mehr als einem Vorstandsgremium nach Absatz 1 den Vorsitz übernehmen.

§ 10 Schlussbestimmungen

- (1) Ergänzend gelten das Statut der Landesorganisation Bremen sowie das Organisationsstatut, die Finanz-, die Wahl- und die Schiedsordnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
- (2) Dieses Statut kann mit 2/3-Mehrheit der anwesenden Delegierten durch den Unterbezirksparteitag geändert werden:

Beschlossen auf dem Unterbezirksparteitag am 27. November 2013.

Veranlassung/Ergebnis:

Beschlossen durch den Unterbezirksparteitag.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
39	A13/2013	27. November 2013	Unterbezirksvorstand

Die Geschäftsordnung für Unterbezirksparteitage des Unterbezirks Bremen-Stadt wird wie folgt geändert:

Geschäftsordnung für den Unterbezirksparteitag der SPD Bremen-Stadt

1. Der/die 1. Vorsitzende des Unterbezirks oder seine/ihre Vertreter(in) eröffnet den Unterbezirksparteitag und leitet die Wahl des fünfköpfigen Präsidiums, welches die Versammlungsleitung wahrnimmt.
2. Der Unterbezirksparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit wird durch die Mandatsprüfungs- und Zählkommission und nach ihrem Bericht nur auf Antrag festgestellt.
3. Anträge können von Ortsvereinen oder Arbeitsgemeinschaften sowie vom Unterbezirksvorstand eingebracht werden. Anträge, die bis zum 14. Tag vor dem Parteitag im Parteibüro eingehen, werden zusammen mit der Einladung per Post an die Delegierten verschickt. Die gestellten Anträge werden vom Unterbezirksvorstand im Sinne einer Antragskommission – in Rückkopplung mit den Antragstellerinnen/Antragstellern – für die Beratung vorbereitet. Politische Aussagen der Antragstellerinnen/Antragsteller und Kontroversen müssen sichtbar bleiben.

Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden nur behandelt zu Themenbereichen, die sich unmittelbar vor einer Versammlung zu aktuellen Fragen ergeben haben und zur Zeit der Antragsfrist nicht bekannt waren. Sie müssen von mindestens zwanzig stimmberechtigten Delegierten des Parteitages unterschrieben sein. Über die Reihenfolge der Behandlung der Initiativanträge entscheidet die Versammlung auf Vorschlag des Präsidiums. Bei aktuellen Ereignissen kann ihrer Beratung unter Aktuelles in der Tagesordnung Raum gegeben werden. Der Zeitraum ist zu begrenzen, um der Antragsberatung ausreichend Raum zu geben. Dies wird am Beginn des Parteitages vom Präsidium als Änderung der Tagesordnung bekanntgegeben und vom Parteitag entschieden.

4. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Wird ein Abstimmungsergebnis angezweifelt, ist über das Abstimmungsergebnis eine Entscheidung des Präsidiums herbeizuführen. Das Abstimmungsergebnis ist auszuzählen, falls das Präsidium nicht einstimmig entscheidet, oder falls die Auszählung von einem stimmberechtigten Mitglied des Unterbezirksparteitages ausdrücklich beantragt wird.
5. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsstellenden erhalten außerhalb der Redeliste das Wort. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist nach je einer Für- und Gegenrede offen abzustimmen. Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

6. Das Präsidium ist für die Einhaltung der Geschäftsordnung und der beschlossenen Redezeiten verantwortlich. Die Rednerinnen/Redner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Sofern in Debatten Auskünfte bzw. Stellungnahmen vom Unterbezirksvorstand verlangt werden, können Mitglieder des Vorstandes außerhalb der Reihenfolge der Rednerinnen-/Rednerliste das Wort erhalten.

Der Schluss der Redeliste tritt ein durch Erledigung der Redeliste oder durch Beschluss des Parteitag. Wer sich an der Aussprache beteiligt hat, kann keinen Schluss der Redeliste oder der Aussprache beantragen. Wird von einem/einer stimmberechtigten Delegierten der Schluss der Redeliste oder der Aussprache beantragt, so ist die Redeliste zu verlesen. Nachdem eine stimmberechtigte Delegierte/ein stimmberechtigter Delegierter für den Schluss und eine oder einer dagegen gesprochen hat, wird abgestimmt. Spricht niemand dagegen, gilt der Antrag als angenommen. Wenn die ordentliche Beratung aller Anträge nicht sichergestellt werden kann, soll im Verlauf des Parteitages rechtzeitig eine Vertagung erwogen werden. Darüber und über die Möglichkeit einer Abstimmung ohne Debatte, beispielsweise für das Erreichen von Fristen, entscheidet der Parteitag auf Vorschlag des Präsidiums. Findet der Parteitag als Abendveranstaltung vor einem Werktag statt, ist ein Ende gegen 22:00 Uhr anzustreben. Der/die Unterbezirksvorsitzende schließt dann den Parteitag.

Beschlossen auf dem Unterbezirksparteitag am 27. November 2013.

Veranlassung/Ergebnis:

Beschlossen durch den Unterbezirksparteitag.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
40	A14/2013	27. November 2013	Unterbezirksvorstand

Für eine gute Pflege in öffentlicher Verantwortung

Pflegepolitik wird zu einem immer wichtigeren Politikfeld der Daseinsvorsorge. Bedingt durch den demographischen Wandel nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen zu. Zugleich steigt die Zahl an Demenz erkrankter Menschen. Dies stellt neue Anforderungen an die Pflege aber auch an das Gesundheitswesen.

Auf der anderen Seite erschwert der Wandel der Familienstrukturen Pflege innerhalb familiärer Zusammenhänge. Pflege wird damit immer mehr zur öffentlichen Aufgabe. Eine weitere Professionalisierung der Pflegedienstleistungen ist unabdingbar, um die Pflege in der Familie zu unterstützen, zu ergänzen oder wo nötig zu ersetzen. Gleichzeitig kommt der außerfamiliären Unterstützung im Vorfeld von Pflege, z. B. durch Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe und der Aufsuchenden Altenarbeit sowie der Verhinderung unnötiger und vorzeitiger Pflegebedarfe, eine wachsende Bedeutung zu.

Pflegepolitik darf sich nicht darauf beschränken, Pflegedienstleistungen anzubieten. Vorrangig muss es darum gehen, durch Beratung und Hilfen im Quartier älteren Menschen ein langes selbstbestimmtes Wohnen in den eigenen „vier Wänden“ zu ermöglichen. Dies erfordert präventive und infrastrukturelle Angebote im Quartier sowie zur Wohnraum- und Wohnumfeldverbesserung. Ziel muss es sein, den Eintritt von Pflegebedürftigkeit solange wie möglich zu vermeiden und auch bei eingetretener Pflegebedürftigkeit ein weiterhin selbstbestimmtes Wohnen zu ermöglichen.

Für Pflegebedürftige handelt es sich um einen Lebensabschnitt, der besondere Unterstützungsleistungen für verschiedene Bedürfnisse verlangt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Gesellschaft sich stark verändert und Lebensentwürfe bunter werden. Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeiten oder sexueller Orientierungen müssen auch im Fall der Pflegebedürftigkeit soweit wie möglich an der Gesellschaft teilhaben können. Hier ergibt sich zudem eine breite Schnittstelle mit der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention. Denn auch Pflegepolitik bedeutet, Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe für körperlich oder geistig eingeschränkte Menschen zu schaffen. Dies umfasst auch die Unterstützung der Angehörigen. Dementsprechend umfassend muss dieses Politikfeld bearbeitet werden.

In ihrem Regierungsprogramm hat sich die SPD für wichtige Reformen in der Pflegepolitik ausgesprochen, die wir nachdrücklich unterstützen. Dazu gehört die Einführung eines neuen, erweiterten Pflegebegriffs, der über die rein somatisch verstandene Pflege hinausgeht und Demenz einbezieht, eine Erhöhung und Ausweitung der Leistungen sowie eine perspektivische Angleichung der Leistungshöhen im ambulanten und stationären Bereich. Mit diesen kurzfristig umsetzbaren Reformen wird einerseits die Pflegeversicherung bedarfsgerecht weiterentwickelt und andererseits das Unterstützungsniveau an die Preisentwicklung der letzten Jahrzehnte angeglichen. Seit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 sind die Leistungen der Pflegeversicherungen nur geringfügig angehoben worden, real also angesichts der Kostensteigerungen deutlich abgesenkt worden. Mit einer Anhebung der Leistungen würden auch die Kommunen entlastet werden, denn diese müssen heute über die Sozialhilfe unterstützend tätig werden, wenn das eigene Einkommen der Pflegebedürftigen zusammen mit den Leistungen der Pflegeversicherung nicht ausreichen, um

den Bedarf zu decken. Bremen gibt aktuell über diesen Mechanismus rund 50 Mio. € für Hilfen zur Pflege aus.

Mittelfristig ist die private Pflegeversicherung in die Solidarische Pflegeversicherung zu integrieren. Die Bürgerversicherung Pflege schafft durch die solidarisch verbreiterte Einnahmehasis langfristig die finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung besserer, bedarfsgerechterer Leistungen, auch auf der Basis eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Außerdem ist eine nachhaltige und solidarische Finanzierung der Pflege die Voraussetzung dafür, dass neue, gute und sichere Arbeitsplätze im Bereich der Dienstleistungen von Menschen für Menschen entstehen können.

Ein zentraler Themenkreis des Reformkonzeptes ist die Schaffung einer verzahnten kommunalen Infrastruktur, um die verschiedenen Elemente einer umfassenden Unterstützungs- und Pflegepolitik kommunal zu realisieren. Dies ist auch auf Bremer Ebene umzusetzen.

Steuerung der Pflegeangebote

Gegenwärtig ist in Bremen ein überproportionaler Ausbau stationärer Pflegeplätze zu verzeichnen, der mit der demographischen Entwicklung nicht zu begründen ist. Obwohl bereits seit Jahren große Überkapazitäten bestehen, werden immer noch neue stationäre Pflegeeinrichtungen gebaut. Derartige Überkapazitäten führen zu erheblichen Leerständen in vielen Einrichtungen. Dadurch wird die Qualität stationärer Pflege bedroht, da es für die Einrichtungen immer schwerer wird, betriebswirtschaftlich rentabel qualitativ hochwertige Pflege anzubieten. Zudem ergibt sich die Gefahr, dass stationäre Pflegeeinrichtungen unterstützende ambulante Angebote und neue Wohnformen verdrängen, wo diese besser geeignet wären. Neue stationäre Pflegeheime sind oft nicht bedarfsgerecht und gehen nicht ausreichend auf die Wünsche älterer Menschen nach Selbständigkeit und Selbstbestimmung ein.

Um dem entgegenzuwirken, treten wir dafür ein, auf der Landes- und kommunalen Ebene Steuerungskompetenzen und Regulierungsmechanismen zu schaffen, um eine **qualitativ und quantitativ bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur** zu entwickeln. Diese Planung muss auch die Schnittstellen zwischen dem Gesundheitswesen und dem Pflegesektor einbeziehen. Dabei wird nicht der Wettbewerb der Anbieter ausgeschaltet. Vielmehr werden Überkapazitäten eingeschränkt und qualitative Leitplanken in den Wettbewerb eingezogen. Wo der Markt nicht funktioniert, wird ihm geholfen.

Über diese Angebotssteuerung soll sichergestellt werden,

- dass eine öffentliche Debatte darüber ermöglicht wird, an welcher Stelle zur Deckung welchen Bedarfs neue Einrichtungen entstehen,
- dass Einrichtungen sich in eine kommunale Pflegeinfrastruktur einbetten und Angebote über eine stationäre Versorgung hinaus gewährleistet sind.
- dass stationäre Pflegeeinrichtungen sich auf die Versorgung derjenigen beschränken, die auf ein stationäres Setting angewiesen sind.

Es muss geprüft werden, ob eine solche Steuerung durch eine Kombination von qualitativen Anforderungen im Wohn- und Betreuungsrecht des Landes sowie dem Bauplanungsrecht bzw. dem Baunutzungsrecht gewährleistet werden kann. Alternativ bzw. ergänzend müssen bundesgesetzliche Änderungen geprüft und vorangetrieben werden.

Zu einem guten Pflegeangebot gehört auch eine ausreichende Personalausstattung. In der Personalverordnung auf Landesebene ist neben der bisherigen Fachkraftquote auch eine personelle Mindestausstattung (quantitativ und qualitativ) verbindlich festzuschreiben. Die Ausbildungsplätze in der Altenpflege sind jährlich um 10 Prozent zu steigern. Ausbildungsvergütungen nach Tarif zu zahlen, die Umschulungen durch Jobcenter und Arbeitsagentur in diesem Zukunftsberuf sind deutlich zu steigern.

Einheitlicher Tarifvertrag in der Altenpflege

Wir unterstützen die Absicht der freien Wohlfahrtspflege in Bremen und der Gewerkschaft verdi Gespräche mit dem Ziel eines **einheitlichen Pflegearbeitsvertrages im Land Bremen** aufzunehmen. Ein solcher Tarifvertrag, der privatwirtschaftliche und gemeinnützige Anbieter einbezieht, wäre ein wesentliches Instrument zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflegesektor und der Verhinderung von Billig-Pflege. Wir unterstützen einen solchen Tarifvertrag und fordern, diesen im Falle des Abschlusses für allgemeinverbindlich im Land Bremen zu erklären. Dabei wäre sicherzustellen, dass das gefundene Tarifniveau dann als ortsübliches Vergütungsniveau in den Entgelten der Kommune bzw. des Landes berücksichtigt wird.

Sicherstellung einer bedarfsgerechten Pflegeinfrastruktur im Quartier

Ziel muss es sein, erstens den Eintritt von Pflegebedürftigkeit soweit wie möglich hinauszuzögern und zweitens so lange wie möglich eine Unterstützung von Pflegebedürftigen in ihrem angestammten Umfeld (Quartier oder Stadtteil) sicherzustellen. Dabei sind ambulante Pflegedienstleistungen nur ein Teil der notwendigen Hilfestellungen. Dazu gehören u.a. auch hauswirtschaftliche Unterstützung, Essensangebote, gesundheitliche Dienstleistungen. Von zentraler Bedeutung ist zugleich gesellschaftliche Teilhabe, um Isolation vorzubeugen aber auch die Selbstorganisationsfähigkeit der Hilfebedürftigen zu fördern. Hier bedarf es der Vernetzung zwischen Dienstleistungszentren, die über 4.000 Nachbarschaftshelferinnen vermitteln, Institutionen im Quartier (Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen, etc.), Pflegeeinrichtungen (Heimen, Tagespflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten) und Wohnungsgesellschaften. Pflegeeinrichtungen müssen verpflichtet werden, Teil dieser Vernetzung zu sein und sie offensiv zu fördern.

Wohnungspolitisch muss gemeinsam mit den Wohnungsbaugesellschaften dafür gesorgt werden, dass mehr preisgünstiger barrierefreier Wohnraum bereitgestellt wird und neue Formen der Unterstützung und Versorgung mit Dienstleistungen (Service-Wohnen, Pflegewohngemeinschaften, ambulante und Tagespflege) im Quartier ermöglicht werden. Vorhandene Modelle wie das Stadtteilhaus in Tenever sind auf andere Stadtteile zu übertragen.

Wir fordern den Senat auf, die bestehenden Ansätze in Bremen auszuwerten und daraus ein Handlungsprogramm für die Weiterentwicklung solcher Angebote in allen Stadtteilen zu entwickeln. Diese Neuorientierung lässt sich den Stadtteilen nicht vorschreiben, sondern nur gemeinsam mit ihnen entwickeln.

Gewährleistung einer kompetenten, unabhängigen und umfassenden Beratung

Die Struktur und die Qualität der einzelnen Pflegeleistungen sind für Betroffene häufig undurchschaubar. Deshalb muss das Recht einer umfassenden und sowohl vom Kostenträger als auch von den Leistungserbringern unabhängigen Beratung gewährleistet werden. Die Finanzierung dieser Beratung muss von der Pflegeversicherung übernommen werden.

Kernstück dieser Beratung in der Stadt Bremen bilden bisher die Dienstleistungszentren, in die andere Beratungsangebote integriert werden sollten bzw. die durch kompetente Spezialberatung unterstützt werden sollten (zum Beispiel Demenzberatung DIKS und Wohnberatung kom.fort). Von den Dienstleistungszentren sollte auch weiterhin und verstärkt eine aufsuchende Beratung angeboten werden, die eingesetzt werden soll, wenn ein potentieller Beratungsbedarf bekannt wird. Dies ist etwa bei der Beantragung einer Pflegestufe oder bei Weiterleitung von Ratsuchenden durch Lotsen des Gesundheitssystems – etwa Hausärzten und Krankenhäusern – der Fall. Eine Verzahnung mit dem kommunalen Sozialdienst des Amtes für Soziale Dienste und der aufsuchenden Altenhilfe ist sicher zu stellen. Die Aufsuchende Altenarbeit mit Haupt- und Ehrenamtlichen, die es bisher in drei Stadtteilen gibt, sollte nach und nach ausgeweitet werden und Teil der Netzwerke sein.

Träger der Beratungsstellen sollte ein Trägerverein sein, der die Pflegekassen, die Stadt Bremen, die Leistungserbringer der freien Wohlfahrtspflege und der privaten Leistungserbringer sowie die Betroffenenvertretungen umfasst. Die bestehenden Pflegestützpunkte sollten in dieser neuen Struktur aufgehen.

Der SPD Unterbezirk Bremen-Stadt fordert den Senat auf, die Beratungsinfrastruktur in Bremen entsprechend umzugestalten.

Veranlassung:

Der Beschluss wurde an die SPD-Bürgerschaftsfraktion und an die SPD-Mitglieder des Senats mit der Bitte um Berücksichtigung in der weiteren Arbeit weitergeleitet.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
41	A15/2013	27. November 2013	Ortsverein Gartenstadt-Vahr

Rücktritt des Bundesvorsitzenden, der Generalsekretärin und des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion

Veranlassung:

Der Antrag wurde abgelehnt

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
42	A16/2013	27. November 2013	Ortsverein Gartenstadt-Vahr

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Erneuerung der politischen Programmatik der SPD als Aufgabe aller Gliederungen

Die Umsetzung der Agenda 2010 hat zu einem Vertrauensverlust eines erheblichen Anteils seit 2002 geführt. Das Absinken der Bundestagswahlergebnisse auf etwa 25 Prozent der Wahlberechtigten seit

2009 bedroht den Charakter der SPD als Volkspartei. Dem ist entgegen zu wirken durch die Erarbeitung glaubwürdiger programmatischer Positionen zu den drängendsten gesellschaftlichen Problemen und durch die nachhaltige Vermittlung dieser Themen an die Bevölkerung.

Insbesondere sind entsprechende Positionen

- zur Sicherung auskömmlicher Renten aller Gruppen der Bevölkerung,
- zur kassenfinanzierten Sicherung der Gesundheitsversorgung und Pflege der gesamten Bevölkerung in einer Bürgerversicherung,
- zur Verfassungssicherung des „Rechts auf Arbeit“,
- zur gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung,
- zur Eindämmung des Steuerbetrugs und der Steuerflucht,
- zur Ausweitung der Kontrolle von Finanzwirtschaft und Konzernen,
- und zur Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung

zu erarbeiten.

Dies ist Aufgabe aller Gliederungen, dabei kommt ihren Vorständen eine besondere Verantwortung zu. Sie sind aufgefordert, glaubwürdige Positionen zu den oben genannten Themen als Grundlage für ein neues Parteiprogramm innerhalb von zwei Jahren zu erarbeiten, um das Vertrauen der Bevölkerung in transparentem Verfahren in größerem Umfang wieder herzustellen.

Veranlassung:

Überwiesen an den Unterbezirksvorstand mit dem Auftrag, dem Parteitag ein entsprechendes Verfahren vorzuschlagen und mit einer kritischen Auswertung der Ergebnisse der Bundestagswahlen zu verbinden.

Ergebnis:

Das Thema erfordert eine langfristigere Herangehensweise, gegebenenfalls in Vorbereitung der Diskussion um das Regierungsprogramm Bremen 2015, die dem neu gewählten Vorstand überlassen werden sollte.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
43	A17/2013	27. November 2013	Ortsverein Gartenstadt-Vahr

Respektierung des Ergebnisses der Bundestagswahl und Ausschöpfen seiner Handlungsmöglichkeiten unter Wahrung der Interessen der SPD

Veranlassung:

Der Antrag wurde abgelehnt

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
44	A18/2013	27. November 2013	Ortsverein Altstadt-Mitte

EntschlieÙung

Der Parteitag hält Fragen der Steuergerechtigkeit allgemein und des Spitzensteuersatzes, der Erbschafts- und Vermögenssteuer im Besonderen nach einem Wahlkampf unter der zentralen Parole „mehr soziale Gerechtigkeit“ weiterhin für eine wichtige politische Forderung. Dies wiegt umso schwerer, als unser Wahlkampf vor dem Hintergrund der immer weiter auseinander klaffenden Schere bei der Einkommens- und Vermögensentwicklung sowie der vielen konstatierten Prozesse einer Umverteilung von Unten nach Oben geführt wurde.

Umso befremdlicher muss es erscheinen, dass dieser Punkt von vornherein, das heißt schon vor Beginn der eigentlichen Koalitionsverhandlungen, ausgeklammert wurde.

Die Finanzierung zentraler Forderungen unseres Wahlprogramms und potentieller Beschlüsse des Koalitionsvertrages angesichts der dramatischen Unterfinanzierung des gesamten Bildungssystems und der Infrastrukturen sowie der Haushaltsnotlage so vieler Kommunen ist nachhaltig nur mit strukturellen Steuer-Mehreinnahmen möglich. „Starke Schultern“ müssen dabei auch mehr beitragen. Wir halten es für unseriös, die notwendigen Zuwächse bei den Ausgaben lediglich durch die auf dem schwankenden Grund der Konjunktur erhofften Mehreinnahmen finanzieren zu wollen. Eine Koalitionsvereinbarung muss den Komplex „Steuern“ in dem in unserem Wahlkampf propagierten Sinne ausreichend berücksichtigen.

Der Unterbezirksvorstand wird gebeten, diese EntschlieÙung unverzüglich dem Parteivorstand zu übermitteln.

Veranlassung:

Die EntschlieÙung wurde an den Parteivorstand übermittelt.

Ergebnis:

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode ist naturgemäß ein Kompromiss. Die von der SPD in ihrem Regierungsprogramm geforderten steuerpolitischen Veränderungen sind größtenteils nicht Bestandteil des Kompromisses. Wohl erhalten die erfolgreich verhandelten Aussagen zum Thema Gute Arbeit, Mindestlohn etc. ein großes Umverteilungspotential. Dem Vertragsentwurf wurde von der Mitgliedschaft der SPD zugestimmt. An dem Thema Steuergerechtigkeit muss weiter gearbeitet werden.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
45	A19/2013	27. November 2013	Jusos

ÖPNV ausweiten!

Für ein umweltfreundliches und kostengünstiges Fahrradleihsystem in der Stadtgemeinde Bremen

Forderungen:

- Implementierung und Ausbau von Fahrradleihstationen in der Stadtgemeinde Bremen
- Öffentlichen Personennahverkehr dadurch:
 - Ausbauen und entlasten
 - Jedem Menschen zugänglich machen, unabhängig von der finanziellen Situation
 - Umweltfreundlicher gestalten
 - Flexibler gestalten
 - Tourismusfreundlicher machen

Veranlassung:

Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
46	A20/2013	27. November 2013	Jusos

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Refugees welcome!

Für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik im Land Bremen

Forderungen:

zur Erstunterbringung von Flüchtlingen

- ZAST in Habenhausen in dieser Form so schnell wie möglich schließen
- Essensangebot verbessern, d. h. gesundheitliche und kulturelle Bedürfnisse berücksichtigen und eigene Versorgung ermöglichen
- Privatsphäre: Strikte Achtung der Privatsphäre der Bewohnerinnen/Bewohner, vor allem seitens des Hausmeisters und des Wachpersonals
- Ausweitung der Stellen für Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter - An individuellen Bedarf anpassen und das quantitative Betreuungsverhältnis verbessern
- Ausweitung der ärztlichen Versorgung - mehr Sprechstunden und Kooperationen mit Arztpraxen
- Ausweitung der juristische Beratung ermöglichen – Allen muss eine professionelle Beratung und Betreuung im Asylverfahren ermöglicht werden

zur anschließenden Unterbringung von Flüchtlingen

- 3-Monats-Regelung der Erstunterbringung einhalten
- Flüchtlingen so schnell es geht eigene Wohnungen zur Verfügung stellen
- Keine Sammelunterkünfte und keine mobilen Unterkünfte oder Zeltstädte

zur Medizinischen Versorgung von Flüchtlingen:

- Die medizinische Versorgung von Flüchtlingen ausweiten und an den Standard der restlichen Bevölkerung anpassen.
- Psychologische und psychiatrische Behandlungen müssen auch für Flüchtlinge von den Krankenkassen übernommen werden

zur Bildung/Ausbildung von Flüchtlingen:

- Recht auf qualifizierte Deutschkurse sowohl für erwachsene als auch für minderjährige Flüchtlinge einführen
- Minderjährige Flüchtlinge in Regelschulen unterbringen
- Bildungsbehörde muss stadtteilorientiert und vorausschauend Schulkontingente für Flüchtlinge bereithalten. Das Angebot muss sich nach den Menschen richten, nicht umgekehrt!
- Einstellung interkulturell geschulter Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen etc. in Schulen für Zusammenarbeit mit minderjährigen Flüchtlingen
- Kita-Anspruch auch für Kinder von Asylbewerberinnen/Asylbewerbern umsetzen
- Rechtliche Hürden bei der Ausbildungssuche von jungen Flüchtlingen abbauen

zum Asylrecht:

- Umgehende und konsequente Abschaffung der Abschiebehaft im Land Bremen
- Grundrecht auf Asyl als wirkliches Grundrecht wieder einführen
- Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen, Lebensstandard auf Grundsicherung anheben

Veranlassung:

Überwiesen an den Unterbezirksvorstand/an das Forum Sozialpolitik zur Erarbeitung eines Antrages für den nächsten Parteitag.

Ergebnis:

Das Themenforum Soziales hat gemeinsam mit den Jusos einen überarbeiteten Antrag „Für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik in Bremen“ zur Beratung auf dem Parteitag im März 2014 erarbeitet.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
47	A21/2013	27. November 2013	Jusos

Bremer Hochschullandschaft erhalten

Wir fordern den Senat und die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft auf, den Erhalt der öffentlichen Hochschulen Bremens sicherzustellen, geplante Einsparungen zurückzunehmen und sich für eine Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen einzusetzen. Den Antrag der SPD-Fraktion, den Wissenschaftsetat aufzustocken, unterstützen wir.

Veranlassung:

Der Beschluss wurde an die SPD-Bürgerschaftsfraktion und an die SPD-Mitglieder des Senats mit der Bitte um Berücksichtigung in der weiteren Arbeit weitergeleitet.

Ergebnis:

Unter dem Stichwort Wissenschaftsbrücke sind in den parlamentarischen Haushaltsbeschlüssen 2014/15 zusätzlich je 2,4 Millionen Euro als Aufstockung für Mittelbau und Lehre bereitgestellt worden. Damit müssen 40 Stellen nicht abgebaut werden. Im Koalitionsvertrag des Bundes sind weitere zusätzliche Gelder in Aussicht gestellt worden. Der Senat berät aktuell die Empfehlungen des Wissenschaftsrates.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
48	A22/2013	27. November 2013	Ortsverein Schwachhausen Süd/ Ost in Zusammenarbeit mit dem AK Netzpolitik

NSA Skandal öffentlich bearbeiten - Untersuchungsausschuss einsetzen

Adressat:

- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD-Parteivorstand

Der Unterbezirksparteitag Bremen-Stadt fordert:

- 1) Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Forderung nach Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zur Aufklärung der NSA-Affäre.
- 2) Der ehemalige NSA-Mitarbeiter Edward Snowden soll Gelegenheit bekommen die Arbeit des PUA zu unterstützen, z. B. durch eine Aussage vor dem PUA.
- 3) Unterlagen des PUA sind der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, soweit keine Rechte Dritter entgegenstehen.

Veranlassung/Ergebnis:

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben einen Antrag zur Einsetzung eines „Untersuchungsausschusses NSA“ (18/483) vorgelegt. Der Untersuchungsausschuss soll der Vorlage zufolge klären, in welcher Art und in welchem Umfang seit dem 11. September 2001 durch US-amerikanische und britische Nachrichtendienste „eine verdachtsunabhängige massenhafte Erfassung von Daten über Kommunikationsvorgänge (einschließlich Meta- und Standortdaten) und deren Inhalte von, nach und in Deutschland erfolgte beziehungsweise erfolgt und inwieweit deutsche staatliche Stellen des Bundes hiervon Kenntnis hatten, daran beteiligt waren, diesen entgegenwirkten oder gegebenenfalls rechtswidrig Nutzen daraus zogen“.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
49	A23/2013	27. November 2013	ASF

Notruf e. V. absichern und ausreichend finanzieren

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion und den Senator für Gesundheit auf, dafür zu sorgen, dass in den aktuellen Beratungen zum Bremer Haushalt folgende Schritte verwirklicht werden:

- Der **notruf e. V.** wird in seinem Bestand nicht in Frage gestellt. Es wird stattdessen eine gesetzliche Regelung getroffen, die die Einrichtung auf Dauer absichert.
- Ab dem Haushalt 2014/2015 erhält der **notruf e.V.** dauerhaft mindestens die finanzielle Ausstattung aus öffentlichen Mitteln, wie sie im Haushalt 2012/2013 gewährt wurde.

Veranlassung:

Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Ergebnis:

In den parlamentarischen Haushaltsberatungen 2014/15 ist der Notruf e.V. (wie auch andere Frauen- und Mädcheneinrichtungen) finanziell mit je 30.000 Euro unterstützt worden. Sonst siehe A3/2012.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
49	A24/2013	27. November 2013	Ortsverein Schwachhausen-Nord

Widerspruchsverfahren

Veranlassung/Ergebnis:

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Bürgerschaftsfraktion wird eine kleine Anfrage im Sinne des Antrages stellen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
50	A25/2013	27. November 2013	Ortsverein Schwachhausen-Nord

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Den bezahlten Lobbyismus von Politikern bekämpfen!

Die SPD spricht sich für eine gesetzliche Regelung aus, die verhindert, dass ausgeschiedene Regierungsmitglieder unmittelbar danach ihre in der Regierungstätigkeit erworbenen Kenntnisse und Kontakte für eine bezahlte Lobbyistentätigkeit in Unternehmen und deren Verbänden einsetzen.

Die Tätigkeit von ausgeschiedenen Regierungsmitgliedern als bezahlte Lobbyisten untergräbt das politische Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen und schadet längerfristig der parlamentarischen Demokratie. Es hat in den vergangenen Jahren immer wieder ausgeschiedene Minister gegeben, die unmittelbar nach dem Ausscheiden eine bezahlte Lobbyistentätigkeit aufgenommen haben. Damit entsteht der Eindruck, dass Regierungsmitglieder ihre Aufgabe nicht nur im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung wahrnehmen. Dem muss entgegengetreten werden.

Veranlassung:

Überwiesen an den Unterbezirksvorstand:

Ergebnis:

Die Regierungskoalition im Bund bereitet einen Gesetzesentwurf für eine einjährige Regelung vor.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
51	A26/2013	27. November 2013	Ortsverein Oberneuland

Solidarische Finanzierung des Bremer Baumbestandes

Ergebnis/Veranlassung:

vom Antragsteller zur weiteren internen Beratung zurückgezogen.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
52	A27/2013	27. November 2013	Ortsverein Oberneuland

Schulsozialarbeit bundesweit sicherstellen

Der Unterbezirksparteitag fordert sicherzustellen, dass bundesweit die Schulsozialarbeiterstellen aus Bundesmitteln finanziert werden.

Es ist zunächst dafür zu sorgen, dass die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket 2011 auch zukünftig zur Verfügung stehen. Diese müssen allerdings zeitnah noch weiter ausgebaut werden, um dem steigenden Bedarf an den Schulen gerecht zu werden, und um die erfolgreiche Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter fortzusetzen.

Ergebnis/Veranlassung:

Mit den bremischen Haushalts- und Deputationsbeschlüssen 2014/15 kann der überwiegende Teil der bisher im Bildungs- und Teilhabepaketes eingestellten Schulsozialarbeiter/innen vorerst weiterbeschäftigt werden. Eine dauerhafte Finanzierung ist noch nicht gesichert. Zum Koalitionsvertrag des Bundes an dieser Stelle siehe A3/2013.

Lfd. Nr.	Antragsnummer	Beratungsdatum	Antragsteller
53	A28/2013	27. November 2013	Ortsverein Horn-Achterdiek

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Elektronischen Personalausweis sinnvoll nutzen

Adressat:

- SPD-Bürgerschaftsfraktion
- Senat

Der Unterbezirksparteitag Bremen-Stadt fordert:

Die Bremer Verwaltung soll die Möglichkeiten des neuen elektronischen Personalausweises (nPA) nutzen und Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger anbieten, die die elektronische Authentifizierung verwenden. Es sollen ausschließlich die Verwaltungsvorgänge unterstützt werden, die so wieso eine postalische Reaktion der Verwaltung zur Folge haben (z. B. Anforderung eines polizeilichen Führungszeugnis oder einer Meldebestätigung). Vorgänge, bei denen Daten durch die Bürgerinnen und Bürger direkt geändert werden können, sollen nicht über diesen Weg der Authentifizierung angeboten werden. Im Zuge der Umsetzung soll die Verwaltung der elektronischen Authentifizierung gegenüber kritisch eingestellte Fachleute hinzuziehen, wie z. B. die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) oder den Chaos Computer Club (CCC).

Ergebnis/Veranlassung:

Überwiesen an die SPD-Bürgerschaftsfraktion.

SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt
Oberstraße 39-43; 28195 Bremen
Telefon: 0421/350 18 14; Fax: 0421/350 18 37
E-Mail: ub-bremen-stadt@spd.de; Internet: www.spd-bremen-stadt.de
Bankverbindung: SEB Bank Berlin; BLZ: 100 101 11; Konto: 128 257 1900
IBAN: DE59 10010111 1282571900; BIC: ESSEDE5F100